Institut für Politikwissenschaft an der Universität Wien, A-1010 Wien, Universitätstsraße 7

PolitiX

Zeitschrift des Instituts für Politikwissenschaft an der Universität Wien

Mein erstes

ipw 18|2004

Programm zur INFORMATIONSVERANSTALTUNG

Programm der Einführungsveranstaltung für Erstsemestrige WS 2004/2005
(Die Veranstaltung findet im Hörsaal D des Universitätscampus, Hof 10, Eingang Spitalgasse/Ecke Lazarettgasse statt)

Montag, 4. Oktober

13:00 - 13:30	Begrüßung, Programm, Zeugnismodalitäten
13:30 - 14:30	Erwartungen an das Studium: Einzel- und Kleingruppenarbeit
14:45 - 15:45	Plenum: Ergebnispräsentation
16:00 - 17:00	Aufbau des Studiums

Dienstag, 5. Oktober

09:00 - 09:45	Information des Zentrums für Studienangelegenheiten
09:45 - 10:15	Studienprogrammleiter Doz. Dr. Johann Dvorak und Dr. Elsa Hackl
10:30 - 11:00	Studienrechtliche Angelegenheiten Dr. Fritz Windhager
11:30 - 12:15	Kernbereiche der Politikwissenschaft: "Österr. Politisches System/Regimelehre" Univ. Prof. Sieglinde K. Rosenberger
12:30 - 12:45	Politix: Luise Luksch
14:00 - 16:00	Schulung e-Learning

Mittwoch, 6. Oktober

09:00 - 10:30	Dr. Prillinger (Universitätsbibliothek)
10:30 - 10:45	Einteilung der Gruppen für Bibliotheksführungen
11:00 - 12:00	Mag. Karoline Iber: Universitätsstruktur
12:15 - 13:00	Basisgruppe Politikwissenschaft
14:00 - 16:00	Führungen durch Universitätsbibliothek und Fachbereichsbibliothek

Donnerstag, 7. Oktober

09:00 - 09:30	Kernbereiche der Politikwissenschaft: "Internationale Politik" Prof. Ingfrid Schütz-Müller, Univ.-Ass. Petra Purkerthofer
09:30 - 10:15	Erasmus und andere Auslandsaufenthalte
10:30 - 11:30	Scientific Community (ÖGPW und ÖPZ)
11:30 - 11:45	EDV-Zentrum
12:00 - 13:00	Kernbereiche der Politikwissenschaft: "Politische Theorie/Ideengeschichte" Univ. Prof. Eva Kreisky
14:00 - 16:00	Führungen durch Universitätsbibliothek und Fachbereichsbibliothek

Freitag, 8. Oktober

09:00 - 10:30	Fragen an das Studium
11:00 - 11:45	Kernbereiche der Politikwissenschaft: "Vergleichende Politikwissenschaft" Dr. Andreas Pribersky
12:00 - 13:00	AbsolventInnenstudie Prof. Hans-Georg Heinrich

Einteilung des STUDIENJAHRES 2004/2005

Beginn des Studienjahres	1. Oktober 2004
Ende des Studienjahres	30. September 2005

Wintersemester 2003/2004

Semester- und Vorlesungsbeginn	1.Oktober 2004/ 4. Oktober 2004
Allgemeine Zulassungsfrist	4. Juli bis 29. Oktober 2004
Nachfrist	30. Oktober bis 30. Nov. 2004
vorlesungsfrei	2. und 15. November 2004
Weihnachtsferien	20. Dez. 2004 bis 7. Jänner 2005
Semesterende	31. Jänner 2005
Semesterferien	1. bis 28. Februar 2005

Sommersemester 2005

Semester- und Vorlesungsbeginn	1. März 2005
Allgemeine Zulassungsfrist	17. Jänner bis 29. März 2005
Nachfrist	30. März bis 30. April 2005
Rektorstag / dies academicus (vorlesungsfrei)	11. März 2005
Osterferien	21. März bis 1. April 2005
Pfingstferien	14. Mai bis 17.Mai 2005
Semesterende	30. Juni 2005
Lehrveranstaltungsfreie Zeit	1. Juli bis 30. September 2005

V O L L E R

Programm zur Informationsveranstaltung 2

Einteilung des Studienjahres 2004/2005...........................3

Editorial 6

Warum und was ist POWI?

Das Studium der Politikwissenschaft am ipw 7
Irene Etzersdorfer/Hans-Georg Heinrich
Politik - Was ist das überhaupt?
Oder: Ein Plädoyer für das Argument.............................14
Markus Wolschlager
ÖGPW – Österreichische Gesellschaft für
Politikwissenschaft 18
Petra Purkarthofer

Hinweise für das Studium am ipw

Service & Politik – die Studienrichtungsvertretung
Politikwissenschaft 18
Basisgruppe Powi
Geschichte des Instituts für Politikwissenschaft.............20
Grußwort der Sekretariate...20
Ursula Grob
Ein Blick auf die POWI-Homepage 21
Markus Wolschlager
Das kommentierte Vorlesungsverzeichnis –
kurz: KOVO 22
Bibliotheken-Wegweiser für
PolitikwissenschafterInnen 22
Katharina Zahradnik
Linktipps zum Thema Soziales und Finanzielles............23
Katharina Zahradnik
Das Anmeldesystem - Fragen und Antworten.................24
Marion Löffler
Prüfungsarten und Prüfungstermine 26
Katharina Zahradnik
Wofür sind Sprechstunden da? 26
Katharina Zahradnik
Das Problem der übervollen Lehrveranstaltungen 27
Gerti Zupanich

Universitäts-Chinesisch

Ein Glossar wider den Universitäts-Dschungel 28
Katharina Zahradnik
Uni-Titel – eine Erklärung 29
Katharina Zahradnik
Wie man den Studienalltag organisiert 30
Katharina Zahradnik/Luise Luksch

Tipps zum wissenschaftlichen Arbeiten

Allgemeine politikwissenschaftliche Basisliteratur 31
Birgit Sauer
Lesestunde 34
Markus Wolschlager
Copy and Paste 37
Birgit Sauer
wichtige Kontakte 39
wichtige Adressen 40

Ergänzende Studienschwerpunkte

Interfakultärer Wahlfachkorb „Gender Studies“ 41
Birgit Sauer
Interfakultärer Wahlfachkorb
„Internationale Entwicklung“ 42
Petra Purkarthofer

Doktoratsstudium

Lonely Planet Dissertation
Spaceship POWI 04 43
Claudia Brunner
Gender Studies Studis
oder (k)ein Spiegel der Professorin 44
Hanna Hacker
Gender Kolleg 47
Birgit Sauer

politix politixpolitix po

politix politixpolitix politix

INHALT

Studium International

Bei Fernweh: Erasmus 48
Katharina Zahradnik
ERASMUS - Erfahrungsbericht:
Ein Jahr in Frankreich...49
Markus Wolschlager

Aktuell

Europa muss demokratisch werden...................................51
Michael Hasenöhrl

Exkursion

Schöne Neue Welt 53
Corinna Windisch

Rezension

Frauensache? Politikwissenschaft und Geschlecht 54
Markus Wolschlager

Reaktionen

Thema: "Unter Hakenkreuz und Titostern"
Die Unmöglichkeit von Neutralität
angesichts der Fakten...56
Matthias Falter
Schwarz-Weiß-Malerei...58
Martin Mittersteiner

Impressum

HerausgeberIn:
Institut für Politikwissenschaft (ipw)
MedieninhaberIn, **VerlegerIn**: ipw,
1010 Wien, Universitätsstr. 7
Redaktionsteam:
Luksch Luise, Mittersteiner Martin,
Purkarthofer Petra, Rumpold Carina,
Sauer Birgit, Windisch Corinna,
Wolschlager Markus, Zahradnik
Katharina, Zupanich Gerti
Kontakt: Birgit Sauer
ipw, 1010 Wien, Universitätsstr. 7
T: 4277-47712, F: 4277-47719,
e-mail: birgit.sauer@univie.ac.at
Layout: Martin Mittersteiner/
Luise Luksch
Cover: Martin Mittersteiner
Herstellung: Facultas
Auflage: ca. 1.000 Stück
Erscheinungsweise: 2x/Jahr
Offenlegung gem. §25 MedienG.:
MedieninhaberIn ipw, 1010 Wien,
Universitätsstr. 7
Blattlinie: Politix informiert über
institutsbezogene Aktivitäten, sowie über
aktuelle Entwicklungen in der
Politik.Wissenschaft

politix politixpolitix politix
litix politix

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser!

"Mein erstes Politix" - was soll dieser Heftschwerpunkt bedeuten?
Nun, unsere Institutszeitschrift gibt es ja schon länger. Aber es gab noch nie eine Ausgabe speziell für Erstsemestrige. Ergo, hier ist sie!
Wir haben uns diesmal sehr bemüht (das tun wir zwar grundsätzlich bei jeder Ausgabe, aber diesmal eben ganz besonders), den AnfängerInnen/StudentInnen ein nahezu lückenloses Informationsheft zusammen zu stellen, mit allem, was man als "start-package" brauchen kann: Angefangen bei der Frage "Warum studiere ich Politikwissenschaft?", der Geschichte des Instituts, über Prüfungsmodi, Anmeldungssytem, Stipendienmöglichkeiten, wichtige Adressen und Kontakte, zu Grundlagenliteratur, einem Glossar (vielleicht noch) unbekannter Begriffe, uvm.
Besonderes Augenmerk verdient die Rubrik Ergänzende Studienschwerpunkte, da sich eventuell mehrere StudienbeginnerInnen für diese neuen, noch nicht so bekannten Wahlfachkörbe interessieren werden.

In den vorbereitenden Redaktionssitzungen zu dieser Nummer hat diesmal ein leichtes "Nostalgielüfterl" geweht - manch eine/r hatte beim Brainstorming zu den nun vorliegenden Artikeln ein mildes Lächeln beim Gedanken an den eigenen Studienanfang im Gesicht ... wer weiß, vielleicht hat ja jemand von euch/Ihnen, lange nach Beendigung des Studiums, sein/ihr erstes Politix zu Hause am Regal stehen.

Zur deutschen Rechtschreibung in Politix möchten wir noch anmerken, daß wir beschlossen haben, den VerfasserInnen der Artikel anarchische Freiheit zu gewähren - alt oder eben neu, alle, wie sie möchten. Sicher ist ein durchwegs voller Inhalt.

Wir wünschen einen guten Start ins Studium!

Das Redaktionsteam Politix
Wien, August 2004

Ein Schnappschuss aus Melbourne von unserer ersten Filiale.
Wir bedanken uns bei Hannes Gögele für die Zusendung dieses Fotos!

Das Studium der **Politikwissenschaft** am ipw

Von Irene Etzersdorfer
und Hans-Georg Heinrich

Liebe KollegInnen,

Dieser Text soll Sie nicht nur durch die Eingangsphase Ihres Studiums begleiten, sondern auch Hinweise und Orientierungen für Studiengestaltung und Berufswahl bieten. Der Umstieg von der Mittelschule zur Universität ist nicht ganz einfach und das Studium der Politikwissenschaften weist einige Besonderheiten gegenüber anderen Studienrichtungen auf. Um Ihnen diesen Umstieg zu erleichtern und Sie auf Vor-und Nachteile ihrer Wahl aufmerksam zu machen, soll Ihnen dieser Text als kleine Einstiegslektüre dienen. Allfällige selbstkritische Anmerkungen verfolgen nicht den Zweck, Sie vom Studium abzuhalten oder Sie zu entmutigen; ganz im Gegenteil, glauben wir, die diesen Beruf ergriffen haben, dass Politikwissenschaft einen notwendigen Bestandteil universitärer Bildung darstellt und dass der Beruf der/des PolitologIn einen wichtigen Platz in der heutigen Gesellschaft einnimmt. Die Frage ist daher nicht, ob man Politikwissenschaft betreiben soll, sondern auf welche Weise, und dazu wollen wir einige Anregungen geben.

Politikwissenschaft als Wissenschaft, Studium und Beruf

Politikwissenschaft ist in Österreich eine relativ junge selbständige Disziplin. Doch die Beschäftigung mit ‚dem Politischen' zählt zu den essentiellsten intellektuellen Fragen seit der Existenz schriftlicher Überlieferungen (etwa in manchen antiken Diskursen, die auf der Suche nach den idealen Staats-und Regierungsformen waren). An allen Universitäten, auch den österreichischen, hat man sich immer mit politikwissenschaftlichen Fragestellungen beschäftigt, zunächst und vor allem im Rahmen der Philosophie, der Geschichts- und Rechtswissenschaften, der Soziologie und Nationalökonomie oder der Psychologie. Da die Politikwisssenschaft im heutigen Sinne erst nach dem 2.Weltkrieg im Entstehen begriffen war, und die Disziplinentrennung erst ein Produkt der wissenschaftlichen Revolutionen ab dem 17. Jahrhundert gewesen ist, stammt ihr theoretischer Fundus aus den erwähnten Nachbarwissenschaften: Platon und Aristoteles sind nicht nur die Eckpfeiler des westlichen philosophischen Denkens, sondern sie haben sich gleichermaßen als Naturwissenschafter, Psychologen und ‚bessere' Politiker verstanden; die Kirchenväter dachten als gläubige Christen und Philosophen; Hobbes, Locke und der Autodidakt Rousseau reflektierten die Entstehung des modernen Staates, Bürgerkrieg und Glaubenskämpfe und machten sich Gedanken über das Auftauchen der (männlichen) Bürger als Subjekte auf der politischen Bühne; ein Strang der Aufklärung meinte im wirtschaftlichen Glück der Mehrheit die beste Politik zu sehen, in manchen Strömungen dominierte die Angst vor dem Auftauchen der Massen in der Politik, andere zähmten sie durch ihre Wandlung in Gefolgschaft – sie alle sind politische Denker.

Als neu entstandenem Fach mit einem kritischen Anspruch haftete der Politikwissenschaft der Ruf von ‚Revoluzzertum' und Unseriosität voraus. In den post-faschistischen Gesellschaften beanspruchte etwa der intellektuelle Marxismus den ‚Anti-Faschismus' für sich und konnte mit der Generation der sogenannten 68iger einen gewissen pädagogischen Einfluss gewinnen; auch heute betreiben viele PolitikwissenschafterInnen fundamentale Gesellschaftskritik. Daneben hat es in der Politikwissenschaften auch immer die gesamte Breite von möglichen Grundeinstellungen gegeben: von der unkritischen Verteidigung des jeweiligen Systems bis zu seiner strikten Ablehnung.
Zustimmung oder Abneigung gegenüber der Politikwissenschaft war in Österreich – wie vieles andere auch – von parteipolitischen Präferenzen beeinflusst, die Konservativen standen ihr argwöhnisch gegenüber, wollten sie verhindern oder zumindest unter die Kuratel etablierter Fakultäten stellen, die Linken sahen in ihr ein Instrument zur Gesellschaftsveränderung in ihrem Sinne. Innenpolitischer Wandel und Orientierung an ausländischen Beispielen führten letztendlich dazu, dass die Politikwissenschaft als Diplomstudium etabliert wurde. Das Resultat der verschiedenen Durchsetzungs-, Verhinderungs- und Kontrollstrategien sieht man heute noch daran, dass an österreichischen Universitäten Politikwissenschaft an völlig verschiedenen Instituten und Fakultäten gelehrt und betrieben wird – z.B. in Wien sowohl an der Human- und Sozialwissenschaftlichen als auch an der Fakultät für Wirtschaftswissenschaften und Informatik.
Heute ist die Politikwissenschaft als Fach mehr oder weniger anerkannt. PolitikwissenschafterInnen sind als Berater politischer Parteien tätig, in den Massenmedien präsent, in internationalen Organisationen und NGO's tätig, und gelegentlich verschlägt es sie sogar in die Wissenschaft. Sie sind ganz allgemein gesprochen in den verschiedensten Berufsbereichen angesiedelt, so dass man bereits von einem Gewöhnungseffekt sprechen kann. Trotzdem ist weiterhin fast unbekannt, was die Politikwissenschaft leistet (oder leisten soll) oder was PolitologInnen eigentlich können (oder können sollten).
Die Politikwissenschaft ist eine Wissenschaft über die Politik und die Analyse von Politik, von politischem Verhalten, politischem Denken, politischen Strukturen und Prozessen. Sie ist nicht politische Wissenschaft in dem Sinn, dass die Wissenschaft in Politik verwandelt werden soll, als Politik betrieben wird. In der Wissenschaft von der Politik wird zunächst und vor allem analysiert, werden anhand theoretischer Ordnungsmuster Strukturen erforscht und beobachtbare politische Prozesse in vergleichbare Bestandteile zerlegt, es wird nach sich dem Alltagsverstand

nicht zugänglichen Architekturen jenseits und hinter den sichtbaren Erscheinungen gesucht – kurz, es gibt eine eindeutige Grenze zum Journalismus und zum Politisieren.

Politik selbst konzentriert sich auf die Vorbereitung, Fassung und Durchführung von Entscheidungen, welche die Gemeinschaft betreffen, oder auch auf die Verhinderung von solchen, sie ist, um mit Aristoteles zu sprechen, praktische Philosophie. Die WissenschafterInnen treffen bei ihrer Arbeit natürlich auch Entscheidungen, z.B. darüber, worüber sie forschen wollen, wann ein Forschungsprozess genügend Daten geliefert hat und daher abgebrochen werden kann, oder aus welchen Gründen sie welche Persönlichkeit für den besten Politiker oder beste Politikerin halten – aber das ist bestenfalls zur Vorbereitung eines Themas geeignet. Als ForscherInnen agieren wir gleichzeitig auch als unsere ersten ‚Beforschten', denn wir müssen versuchen, unsere eigenen Meinungen in den Griff zu bekommen, gleichsam zu transzendieren; je größer unsere eigene Fähigkeit zur Introspektion, zur Analyse eigener Wahrnehmungsfilter und- verzerrungen, desto größer ist die Chance, sich von pseudokritischen Gruppenmeinungen zu entfernen und einen eigenen kritischen Zugang zu entwickeln. Wer sich fanatisch auf einen Themenkreis beschränkt und ein ForscherInnenleben lang den ‚Faschismus', den „Kommunismus" oder andere Ideologien bekämpft anstatt lernbereit zu bleiben, laboriert an eigenen unaufgearbeiteten Problemen und wird kaum zu einem ausgewogenen Urteil finden.
PolitikwissenschafterInnen und WissenschafterInnen sind keine abstrakten Wesen, die göttergleich über den Normalsterblichen schweben, sondern völlig normale Menschen mit normalen Alltagsproblemen, und natürlich haben sie auch politische Einstellungen und Vorurteile. Wenn sie diese im Rahmen der Politik als StaatsbürgerInnen äußern (z.B. in einem Leserbrief oder bei der Wahl) sind sie niemandem Rechenschaft schuldig, sofern sie nicht gegen geltendes Recht verstoßen (z.B. darf man sich in Österreich nicht im Sinne des Nationalsozialismus betätigen). Äußert man aber seine wissenschaftliche Meinung, hat man sich auch an die Regeln der wissenschaftlichen Forschung zu halten, d. h. es genügt nicht zu sagen „der Politiker X ist gut, Y aber ist schlecht", sondern man muss zunächst definieren, was „gut" und „schlecht" im gegebenen Forschungskontext heißen soll und dann eine ausreichende Begründung dafür liefern, warum man genau dieser und keiner anderen Meinung ist. Soviel zum Anspruch, die Wirklichkeit ist leider anders: man hört unbegründete Urteile auch von WissenschafterInnen oder umgekehrt können gelegentlich auch PolitikerInnen wissenschaftlich argumentieren.
Es gibt also einerseits große Unterschiede zwischen Wissenschaft und Politik, andererseits auch Gemeinsamkeiten. Die Gemeinsamkeiten entstehen dadurch, dass moderne Wissenschaft genau so wie moderne Politik öffentlich ist (oder zumindest sein sollte). Die vormodernen Geheimwissenschaften entsprachen der vordemokratischen nichtöffentlichen Politik. Es ist kein Zufall, dass die österreichische Universitätsgesetzgebung die Wissenschaft (nicht nur die Politikwissenschaft) auf die demokratischen Werte verpflichtet: Grundstrukturen und -prozesse in der Demokratie finden ihre Entsprechung in der Wissenschaft. Wissenschaft ist öffentlich, so dass Forschungsergebnisse und der Forschungsprozess selbst nachvollzogen werden können. Darüber hinaus müssen die Ergebnisse so dargestellt werden, dass sie widerlegbar sind, was z.B. bei einer Aussage des Typs „die Partei X gewinnt die Wahl oder sie gewinnt die Wahl nicht" nicht der Fall ist. Wissenschaftliche Aussagen sollen möglichst klar sein. Mit Aussagen wie „der Körper wird als ein der individuellen Verwendung vorgegebener Bestandteil der kulturellen Ordnung mit deren ununterbrochener von den Individuen zu leistender Reproduktion verklammert" (ÖZP 1994/2 S. 199) werden Aussagen verdunkelt und dadurch auch der Kritik entzogen (der Satz soll wahrscheinlich bedeuten, dass für den weiblichen Körper kultureller oder politischer Gebärzwang besteht). Die Gleichsetzung „je unverständlicher, desto wissenschaftlicher" richtet sich gegen den Geist von Wissenschaftlichkeit (und Demokratie). Wissenschaftliche Terminologie ist notwendig, hat aber auch Grenzen.
Wissenschaft muss auch gegenüber den verschiedensten Meinungen offen sein. Eine Wissenschaft, die wissenschaftlich erarbeitete und dargestellte Meinungen aus was immer für Gründen ausschliesst, nimmt sich selbst die Entwicklungsmöglichkeiten. Wissenschaft teilt mit Demokratie die Grundüberzeugung, dass Fortschritt nur im Widerstreit der Meinungen möglich ist. Eine Politik, die sich nur auf technokratische Massnahmen beschränkt und etwa linke oder rechte Fundamentalkritik verdrängt, wird in einer Demokratie über kurz oder lang durch den Wahlmechanismus korrigiert werden. Gleichermaßen werden in einem offenen Wissenschaftssystem Meinungen, die mit Fakten in Widerspruch geraten sind, unter dem Druck der Kritik revidiert und geändert werden müssen. Wissenschaft muss zu ausgewogenen und differenzierten Urteilen und Schlüssen gelangen, ähnlich wie ein Richter, der verschiedenen prozessualen Standards unterworfen ist, die zu einem fairen und gerechten Urteil führen sollen. So sind immer alle massgeblichen Seiten anzuhören und alle Beweise, gleichgültig wofür sie sprechen, zu berücksichtigen. Wie jedes Urteil ist auch das Urteil der WissenschafterInnen ausführlich und nachvollziehbar zu begründen und unterliegt – sozusagen im Beschwerdeweg – der Überprüfung durch andere.
Alle Theorien, Aussagen, Urteile und Meinungen können nur beschränkt gelten. Die ideale Theorie gibt es nicht. Im Gegenteil, Wissenschaftlichkeit besteht gerade darin, die beschränkten Geltungsbereiche möglichst genau abzugrenzen. Von vorneherein verdächtig sind vor allem Aussagen, die sogenannte Allquantoren verwenden (also z.B. „Alle Frauen/Männer sind ...", „Alle Radfahrer sind ...", „die Ausländer sind ..." aber auch „die Rechte ist ..." „Die Linke ist", „Der Imperialismus ist schuld ...", „Die Männer sind"), also den Anspruch auf Allgemeingültigkeit erheben. Nach einer verbreiteten Annahme wird US-amerikanische Politik von den Interessen der Erdölkonzerne diktiert. Das kann man sicherlich annehmen, nur wird man dafür starke Beweise anbieten müssen, insbesondere, wenn impliziert wird, dass „die Interessen der Ölkonzerne immer den Ausschlag geben".

Ein einziger Fall würde die Gültigkeit dieser Theorie widerlegen, die auch (etwa im arabischen Raum) zusammen mit der Ansicht geäußert wird, „die jüdische Lobby“ mache US-Außenpolitik. Solche Pauschalaussagen sind immer falsch und sie haben meist den Zweck, dem politischen Gegner möglichst niedrige Beweggründe für sein Handeln zu unterstellen. Die Politik der USA würde ganz anders aussehen, würden wirklich immer die Interessen der Öl-Lobby über sie entscheiden. Die Interessen der USA sind sicherlich langfristig auf die Sicherung der Ölversorgung gerichtet, aber dieses Interesse wird in jedem einzelnen Fall gegen andere Interessen abgewogen (etwa im Falle des Kriegsplans gegen den Irak gegen militärische Bedenken und die Furcht vor einer Wirtschaftskrise). Darüber hinaus würde auch eine grün-alternative Administration in Washington die Tatsache berücksichtigen müssen, dass ein sofortiger Ausstieg aus der Ölwirtschaft schwerwiegendste soziale Zerrüttungen (Massenarbeitslosigkeit, Ernährungsprobleme etc.) bedeuten würde. Die Interessen der Ölkonzerne sind auch nicht automatisch mit den Interessen der US-Außenpolitik, wie das etwa am Beispiel der Baku-Tbilisi-Ceyhan-Pipeline demonstriert werden kann (die US-Ölkonzerne sind gegen, das State Department für den Bau). Was die „jüdische Lobby“ betrifft, so beruht das parlamentarische System der USA auf dem Lobbying-System, in welchem sich besser organisierte Interessen eher durchsetzen. In Europa und natürlich im arabischen Raum hat ein solches von der Idee des freien Wettbewerbs der Interessensgruppen getragenes System etwas Anrüchiges an sich. Die „jüdische Lobby“ setzt sich bei den Israel betreffenden Grundfragen deswegen durch, weil Israel einen hohen Stellenwert im Rahmen der gesamten Außenpolitik hat. Es ist aber keineswegs so, dass die US-Außenpolitik im Nahen Osten sozusagen im Auftrag dieser Lobby erfolgt und deren Standpunkte genau widerspiegelt. Die jüngsten (August 2002) Versuche der USA, ein Sicherheitsarrangement zusammen mit dem palästinensischen Sicherheitsapparat zu konstruieren, illustriert diese Tatsache.

Wissenschaft als Institution der Unsicherheit: Im Gegensatz zur klassischen Physik kann man auch bei vollständiger Kenntnis der Ausgangsbedingungen in den Humanwissenschaften das Ergebnis eines Prozesses oder einer Kette von Handlungen nicht vorhersagen. Menschen sind zwar nie völlig frei, sich so oder so zu entscheiden, aber auch nicht völlig gebunden. Man kann essen und trinken, wenn man hungrig oder durstig ist, aber man muss nicht. Auch die Erklärungen, die für das beobachtete Verhalten geliefert werden, sind mit Unsicherheit behaftet. Isst jemand nicht, weil er (sie) abnehmen will, oder darf er aus religiösen Gründen die betreffende Speise nicht essen? Auf die Auskünfte der Handelnden selbst ist auch nicht Verlass, sie mögen ein Interesse daran haben, sich anderen gegenüber in bestimmter Weise darzustellen. Dies geht noch weiter: lange wurde auf die so genannten Soft-Sciences, darunter die Humanwissenschaften von den Wissenschaften mit vermeintlich ‚objektiven’ Methoden heruntergeschaut – etwa den Wirtschaftswissenschaften, die sich als ‚Gesetzeswissenschaften’ verstehen und Humanwissenschfaten als ‚spekulativ’ verurteilen. „Objektive“ Daten mag es zwar geben (z.B. die Menge an umlaufenden Banknoten), aber auch sie sind nur der Ausgangspunkt für Interpretationen, Wertungen und anderen „subjektiven“ Prozessen seitens der Individuen, die in der gegebenen Situation irgendwelche Entscheidungen treffen müssen. Ein Wahlsieg der Rechten ist für die einen eine Katastrophe, für andere stellt er die Rettung des Abendlandes dar. Der Politologe (die Politologin), der/die diese Situation analysiert, muss die eine oder andere Deutung nicht übernehmen, aber er/sie muss sie in seine (ihre) Erklärung einbeziehen; etwa wenn versucht wird, eine Beziehung zwischen einem bestimmten Wahlergebnis und der Veränderung der Sparquote oder der Börsenkurse herzustellen.

Politikwissenschaftliche Arbeit ist also, so wie prinzipiell alle menschliche Tätigkeit, mit erheblicher Unsicherheit und Informationsdefiziten behaftet. Dies beweist aber nicht die Unmöglichkeit, Politikwissenschaft zu betreiben, sondern skizziert nur ihr schwieriges Metier. Handeln unter Unsicherheitsbedingungen zwingt zur Entwicklung von Regelsystemen und Annahmen, die diese Unsicherheit verkleinern sollen. Genau deswegen ist es wichtig, nach Möglichkeit alle Annahmen bekannt zu geben, die zu einer bestimmten Schlussfolgerung geführt haben (meistens geschieht dass unter Bezugnahme auf eine Theorie, die menschliches Verhalten unter bestimmten Bedingungen erklärt und beschreibt).

Wer von der Politikwissenschaft einfache Antworten und Wahrheiten erwartet, wird enttäuscht werden. Die findet er oder sie vielleicht in der Politik selbst (z.B. in politischen Glaubensgemeinschaften) oder in Institutionen ausserhalb der eigentlichen Politik, die es sich zur Aufgabe gemacht haben, Wahrheiten zu verkünden (z.B. den Kirchen). Kennzeichen politikwissenschaftlicher Analyse wird daher das differenzierte und durch nachvollziehbare Annahmen und angegebenen Vorbedingungen eingeschränkte Urteil sein, keinesfalls das Pauschalurteil.

Diesem wissenschaftlichen Ethos sind alle möglichen Ansätze in der modernen Politikwissenschaft verpflichtet, gleichgültig ob diesen Ansätzen konservative, technokratische oder emanzipatorische Interessen zugrunde liegen. Was Wissenschaft ist, bemisst sich eben nicht nach der Weltanschauung, sondern nach dem Maß, in dem die Standards wissenschaftlichen Arbeitens eingelöst werden.

Politikwissenschaft und praktisches Wissen: PolitikwissenschafterInnen werden sehr häufig von Politikerinnen nicht ernst genommen. Es wird ihnen vorgeworfen, dass sie von der Praxis keine Ahnung hätten und nur mit weltfremden Theorien um sich würfen. Das mag in vielen Fällen durchaus so sein, denn – wie schon beschrieben, ist die Politikwissenschaft ein wissenschaftliches Fach und kein Training zur politischen Durchsetzungskraft oder zum maximalen Machtgewinn. Vor allem für diejenigen PolitologInnen, die in der Nähe der praktischen Politik arbeiten möchten, ist es umso wichtiger, sich auch dieses praktische Wissen und die nötigen Informationen, nach welchen Kriterien sich Tagespolitik

gestaltet, anzueignen. Erst in Verbindung damit kann der Wert einer wissenschaftlich begründeten Theorie voll aufgehen. Dann haben die PolitikwissenschafterInnen einen analytischen Vorsprung vor den PolitikerInnen gewonnen, welche unter dem Druck zahlloser Termine und unter starken Zwängen verschiedener Gruppen die Teilinteressen ihrer politischen Parteien verfolgen.
Auch politische Entscheidungsträger haben Theorien über menschliches Verhalten (z.B. dass bestimmte Menschengruppen „nur die Sprache der Gewalt" verstünden oder dass man alle Menschen kaufen kann), eindeutige Produkte eines vorurteilsbehafteten Alltagsverstandes. Diese ‚Theorien' haben, genau so wie andere Theorien auch, gewisse, aber immer beschränkte Geltung (sie tragen „ein Körnchen Wahrheit" in sich). Andere Individuen derselben oder anderer Gruppen verstehen, um in dem Beispiel zu bleiben, die Sprache der Gewalt nicht und reagieren in einer nicht der Theorie entsprechenden Weise. Man kann auch nicht alle Menschen kaufen und manche Menschen und Handlungsbereiche entziehen sich der Logik des Marktes. Handlungen ziehen fast immer unerwünschte, nicht vorausgesehene Folgen nach sich, ohne dass daraus notwendigerweise Lernprozesse resultieren.
Die Wissenschaft ist ein Bereich, in dem Termindruck, Entscheidungslasten und Gruppenzwänge möglichst gering gehalten werden sollen, um ruhiges Nachdenken zu ermöglichen. Nur in einer solchen Situation und vor dem Hintergrund praxisrelevanter Information können PolitikwissenschafterInnen das tun, was sie sollen, und was sie dann auch besser können als PolitikerInnen: Ausgehend von einer differenzierten und umfassenden Analyse, die das Ganze in den Blick bekommt, Empfehlungen zu Systemverbesserungen formulieren. Wissenschaft sollte als offenes System mit weniger Abhängigkeiten auch lernbereiter als Politik sein. Das gelingt dann leichter, wenn man Modelle und Theorien als vorläufige und begrenzte Hypothesen sieht und nicht als unumstößliche allgemeine Wahrheiten. Nichts ist in der Politik und in der Wissenschaft gefährlicher als Leute, die vorgeben genau zu wissen was das Gute ist und wo es zu finden ist, die aber nicht hören wollen, dass ihre Meinung nur eine Teilwahrheit ist, die nicht von allen geteilt wird.
Auch wenn man den Sinn der Politikwissenschaft in fundamentaler Systemkritik und der Änderung gesellschaftlicher Zustände (der „Verbesserung der Welt") erblickt, muss man sich der Frage stellen, wie eine als besser erkannte Welt errichtet werden soll. Eine demokratische Abstimmung darüber, die Flugreisen einzustellen und die Autos zu verschrotten wird höchstwahrscheinlich nicht nur am Widerstand der Automobillobby scheitern (wo noch dazu ein bedeutender Prozentsatz von StimmbürgerInnen beschäftigt ist). Eine solche Politikwissenschaft, die sich nur in der Kritik der konkreten Zustände oder im Ausmalen besserer Welten erschöpft und sich so über die Niederungen praktischer Politik erhebt, wird zu Recht nicht ernstgenommen.
Die Universitäten sollen kreative Spielwiesen sein. Das bedeutet aber nicht, dass man straflos alles behaupten darf. Der Unterschied zwischen Seminartisch und Biertisch ist manchmal auch in der universitären Praxis nicht auszumachen, sollte aber im Anspruch immer bestehen, weil eben begründete und mit Fakten untermauerte Meinungen etwas anderes sind als einfach so dahingesagte Vorurteile.
Wenn PolitologInnen als unabhängige Experten in der Öffentlichkeit auftreten, sollten sie sich nach den „Seminartischregeln" verhalten. Das entspricht auch den Erwartungen des Publikums, denn ExpertInnen sollen keine Wahlwerbung betreiben, obwohl sie natürlich ihre Meinung der einen oder anderen politischen Partei näher bringt. Das Ergebnis ihrer Expertise kann der einen oder anderen Partei recht geben (das ist etwa bei den Erkenntnissen des Verfassungsgerichtshofs ebenfalls der Fall), aber in der Argumentation und im Stil sollte sich ein unabhängiger Experte doch von ParteipolitikerInnen oder ParteiexpertInnen unterscheiden.

Die Forderung nach einer wertfreien Politikwissenschaft, wie sie Max Weber im Zuge einer geschichtsphilosophischen Auseinandersetzung auch für die Politikwissenschaft forderte, kann manchen als unsinnig erscheinen, denn alle Menschen haben Werte und innere Präferenzen, sei es auch nur in dem Sinne, dass sie Situationen im Licht ihrer Handlungspläne als gut oder schlecht bewerten (die Physiologen versichern uns, dass eine solche „Wertaufladung" von Informationen in der Hypophyse geschieht). Über eine größtmögliche Bewusstmachung dieser eigenen mitschwingenden Werthaltungen, sowie über den Einsatz adäquater Methoden kann und soll an einer Verringerung – sei es auch über den Weg der Thematisierung - von „heimlichen" Wertungen in Forschungsarbeiten gearbeitet werden. Es geht dabei nicht darum, „falsche" Vorurteile und Werte zu korrigieren, sondern sich ihrer selbst und ihres Einflusses auf das Ergebnis der Forschung bewusst zu sein.

„Wertfreie" PolitologInnen?

Alle demokratischen Parteien haben im Prinzip dieselben Werte: Demokratie, Fortschritt, soziale Solidarität, Ordnung Aber natürlich gibt es verschiedene Wertordnungen, sei es auch nur in dem Sinne, dass man einem Wertkatalog verschieden ordnet und den einzelnen Werten verschiedene Prioritäten zuweist (z.B. den Werten „Freiheit" und „Gleichheit"). Nicht nur die Präferenzordnungen sind verschieden, sondern auch die Vorstellungen darüber, wie man diese Werte verwirklichen soll. An diesem Punkt ist man sofort in der praktischen Politik, die Werte werden zu Zielen wie Wirtschaftswachstum, Nullbudget, Einkommensangleichung, Beseitigung von Ungerechtigkeiten, Frauenförderung ...
Bei ihrer professionellen Tätigkeit sollten sich PolitologInnen von den Werten der Wissenschaftlichkeit leiten lassen, aber versuchen, Meinungen anderer nicht von vorneherein einer endgültigen Wertung zu unterziehen. Bei der politikwissenschaftlichen Analyse sind, anders als in der praktischen Politik, Meinungen und Werte als Daten zu betrachten. Daten sind weder gut noch schlecht, eigentlich werden auch sie erst von den ForscherInnen geschaffen. Sie

sind nur gut oder schlecht erhoben. Nimmt ein Politologe (Politologin) eine Wertung vor, hat dies explizit zu geschehen. Man kann z.B. durchaus fordern, dass sozialdemokratische Werte sich mehr in der Politik der SPÖ niederschlagen sollten (oder christliche in der ÖVP, völkische in der FPÖ etc.). Nur muss man dann genau angeben, was man darunter versteht, warum das so sein sollte, wie man dabei vorgehen soll, und was für geplante und ungeplante Wirkungen und Effekte dabei auftreten können.
Man wird sich unter PolitologInnen über Wertordnungen nicht einigen können. Ist damit das Projekt „Politikwissenschaft" erledigt? Nein, weil es eben gemeinsame Verfahrensweisen und Festlegungen gibt, auf die man sich einigen kann und muss und die gegenüber allen inhaltlich bestimmten Wertordnungen invariabel sind. Eine solche Festlegung ist z.B. die über den Zweck einer Untersuchung. Ist man sich darüber einig, dass ein Projekt den Zweck haben soll, die politische oder soziale Praxis zu beeinflussen, hat das direkte Folgen für die Vorgangsweise und für die konkreten Forschungsfragen. Dabei bestimmt man auch die für die Beantwortung dieser Fragen relevante Information. Dabei kann man je nach Problemlage entweder den Weg wählen, den/der politisch Entscheidenden die Folgen der einzelnen Entscheidungsvarianten vorzurechnen, also z.B. zu zeigen, dass bei abnehmenden Bevölkerungswachstum eine Einwanderung in bestimmten Ausmaß notwendig sein wird; will man das nicht, muss man bestimmte Folgen im Bereich des Sozialsystems in Kauf nehmen. Oder man kann, was etwas schwieriger ist, zeigen, dass eine bestimmte politische Strategie zu bestimmten Widersprüchen, ungewollten Folgen und Schwierigkeiten führt. Das ist deswegen schwieriger, weil man auf Insider- Informationen oder zutreffende Interpretationen solcher politischer Strategien angewiesen ist. Wenn man z.B. der gegenwärtigen US-Regierung unterstellt, sie plane einen Krieg gegen den Irak nur deswegen, weil Bush Junior das Werk von Bush Senior vollenden will, oder weil sie den Zugriff auf das irakische Öl will, wird man höchstwahrscheinlich der komplexen Situation nicht gerecht und man würde von der Gruppe, deren Verhalten man beeinflussen will (eben die US-Administration) nicht ernst genommen (wahrscheinlich ist eine zutreffendere Erklärung für die gegenwärtig (August 2002) von den „Falken" gefahrene Strategie, dass es darum geht, der El Qa´ida zu zeigen, dass das US-Imperium unbesiegbar ist und auch die jahrelange Herausforderung durch Saddam Hussein jederzeit beenden kann. Daher sind auch die – an und für sich richtigen – Argumente, dass es keine nachweisliche Verbindung zwischen El Qa´ida und dem irakischen Regime gibt und dass eine Rückkehr der UN-Waffen-Kontrolleure möglich ist und einen Krieg verhindern würde, für diese Gruppe irrelevant. Relevant wäre für sie höchstens der Nachweis, dass ein Krieg nach dem Modell Afghanistan gegen den Irak militärisch nicht machbar ist).
Für eine Lösung praktischer Probleme ist die Einbeziehung der Entscheidungssituation, die Perzeption (Wahrnehmung) und die Einstellung der relevanten AkteurInnen unumgänglich. Das Außerachtlassen dieser relevanten Information führt zum Misserfolg der so getroffenen Maßnahmen. Wenn man z.B. das Bevölkerungswachstum in Entwicklungsländern entscheidend senken will, dann genügen Aufklärungskampagnen oder das Verteilen von Kontrazeptiven nicht. Der Ansatz, der die Bildung von Frauen fördert, beruht zwar auf der richtigen Beobachtung, dass die höheren Bildungsschichten eine geringere Geburtenrate aufweisen, greift aber zu kurz, weil vor allem in den ländlichen Gebieten die Großfamilie die einzige Form der Sozialversicherung ist. Statt in Seminare sollte man also vordringlich in Systeme der sozialen Sicherung investieren. Nur dann kann Aufklärung großflächig greifen.

Politikwissenschaft ist also gar nicht so leicht, wie es manchmal den Anschein hat. Manche Zusammenhänge erschließen sich nur auf Grund einer bestimmten Lebenserfahrung. Das gilt für den gesamten Bereich der Human- und Gesellschaftswissenschaften und bedeutet nicht, dass erfolgreiche PolitikwissenschafterInnen zumindest im Pensionsalter sein müssen. Es heißt aber, dass man tiefere Einsichten nur dadurch gewinnen kann, dass man Praxis und Theorie zusammenbringt. Die Praxis hilft, theoretische Konstrukte als relevant oder nicht relevant, als empirisch gehaltvoll oder ohne Bezug auf die Wirklichkeit zu erkennen und die Theorie hilft, die Wirklichkeit zu ordnen und zu erklären.

Interdisziplinarität, Komplexität und vernetztes Denken

Mit den Human-und Sozialwissenschaften teilt die Politikwissenschaft das Interesse, menschliches Verhalten zu erklären und zu verstehen. Alle diese Wissenschaften konzentrieren sich auf bestimmte Kernfragen, Sichtweisen und Ansätze, die aber nicht exklusiv sind. Es bestehen daher beträchtliche Überlappungen und im Einzelfall wird es schwierig sein, etwa eine „typisch politikwissenschaftliche" von einer „typisch geschichtlichen" Arbeit abzugrenzen. Auch in der Geschichtswissenschaft hat man im letzten Jahrhundert viele theoretische Debatten geführt, man hat sogar versucht, sie zu ‚versozialwissenschaftlichen' und für die Gesellschaft ebenso zwingende Gesetze anzunehmen wie für die (nomothetischen) Gesetzeswissenschaften. Durchgesetzt haben sich aber vielmehr jene internationalen Erneuerungsbewegungen wie die französische Schule der ‚Annales', die, so wie der überwigende Teil der PolitikwissenschafterInnen mit hermeneutischen interpretativen Verfahren arbeiten; erfolgreich ist auch die aus dem angelsächsischen Raum kommende Cultural History und die Psychohistory, die mit jeweils anderen Ansätzen um ernsthafte Interdisziplinarität bemüht sind, wenn auch nicht immer alle Ansprüche eingelöst werden. Die Geschichtswissenschaft bemüht sich um die Darstellung historischer Abläufe, während die Politikwissenschaft eher nach Regelmäßigkeiten und Mustern sucht. Das hat sie mit Teilen der Soziologie gemeinsam. In der Soziologie steht die Beziehung des Menschen zur Gesellschaft sowie die Gruppenbildung im Mittelpunkt, während in der Politologie traditionell von der

Frage der politischen Macht in der Gesellschaft ausgegangen wurde und etwa die Machtverteilung innerhalb der Familie im Zusammenhang mit der gesamtgesellschaftlichen Machtverteilung studiert. Die Psychologie und ganz besonders die Psychoanalyse als Theorie menschlicher Konflikte beschäftigt sich selbstverständlich auch mit gesellschaftlichen und politischen Phänomenen; gerade vom wissenschaftlichen Instrumentarium der Psychoanalyse und ihren grundlegenden Erkenntnissen zum Funktionieren der menschlichen Seele und Gesellschaft sind wesentliche neue Impulse für die Politikwissenschaft ausgegangen – vor allem hat sie uns einen bisher nicht berücksichtigten, aber mächtigen Einflussfaktor eröffnet, die Kraft des Unbewussten. Dies hat Einflüsse auf viele Teilbereiche der Politikwissenschaft, auf die Theorie von Konflikten, auf die Frauenforschung, aber ganz wesentlich auch auf die Politische Theorie. Gerade die Weiterentwicklung der Freud'schen Psychoanalyse, die dem Vorwurf der ‚Personalpsychologie' ausgesetzt ist, obwohl in ihr sehr wohl grundlegende gesellschaftliche Mechanismen analysiert werden, hat sich viel mehr der Wechselwirkung zwischen Individuum und Gesellschaft verschrieben; die Sozialpsychologie und die Politische Psychologie beschäftigen sich vorwiegend mit Gruppenprozessen. Zweifellos besteht das ‚Herzstück' unserer Disziplin in Fragen, die das Gesellschaftsganze und die politischen Verhältnisse betreffen, doch wer sich nie mit dem Funktionieren der Menschen, ihrer Psyche und dem psychischen Einfluss auf Denkprozesse, Meinungen, Haltungen und Verhalten auseinandergesetzt hat, wird schwerlich die Politik verstehen können. Genauso beschränkt wird aber die Politikwissenschaft ohne die Betrachtung der wirtschaftlichen und der institutionellen Faktoren sein, welche das menschliche Verhalten beeinflussen. Die jüngsten kriegerischen Auseinandersetzungen am Balkan und in der Ex-Sowjetunion, aber auch in Afrika entstanden als Konflikte um knappe Güter, zwecks Erringung von Machtpositionen, von denen sich neue Spielregeln durchsetzen lassen und unter den Bedingungen des Zusammenbruchs stabiler Institutionen. Aus diesen Beispielen wird aber auch klar, dass sich die Politikwissenschaft niemals von den anderen Human- und Sozialwissenschaften abschotten darf. Sie hat auch etwa die Ergebnisse der Human- und Sozialbiologie zu berücksichtigen, was natürlich nicht impliziert, dass man sie unkritisch übernimmt.

Das Erfordernis der Interdisziplinarität ergibt sich logisch aus der Komplexität der empirischen Wirklichkeit. Nehmen wir eine beliebige politische Situation, die wir analysieren und erklären wollen: Die Kriege in Ex-Jugoslawien werden oft als interethnische oder sogar Religionskonflikte gedeutet. Es ist nicht zu leugnen, dass sich die einzelnen Kriegsparteien über ihre ethnische Selbstdefinition von einander abgegrenzt haben und dabei auch oft die Religion als Indikator ethnischer Identität benutzt wurde. Aber das ist nur eine Seite der Konflikte. Mindestens genau so wichtig war die vom Westen eingeforderte verfrühte Demokratisierung, welche zur Machtübernahme nationalistischer Parteien führte, die mangelnde Unterstützung der jugoslawischen Bundesregierung durch den Westen (besonders die USA lehnte sie als „kommunistisch" ab) und, sozusagen spiegelverkehrt, die verzerrte Wahrnehmung der EU und allgemein der westlichen Welt durch die Konfliktparteien. Dazu gehören selbstverständlich auch die Persönlichkeiten, deren Aufstieg durch diese Umstände gefördert wurde, und die negativen Folgen der verfestigten Strukturen des sozialistischen Jugoslawien: die Armee, eine Art Staat im Staat, die Slums in den Großstädten, aus denen die Freiwilligenverbände rekrutiert wurden und die industriellen und agroindustriellen spätsozialistischen Feudalreiche.

Die einzelnen Aspekte von politischen Phänomenen sind alle wichtig. Heißt das, dass sie alle gleich wichtig und relevant sind? Und wonach bestimmt sich die Relevanz? Ein Blick in die politikwissenschaftliche Literatur zeigt, dass die Mehrzahl der Kontroversen mit dieser Frage zu tun hat. Es gibt aber eine allgemeine Antwort auf diese schwierige Frage, nämlich die, dass mit der Wahl einer bestimmten Fragestellung auch eine Entscheidung über die Relevanz verschiedener Informationskomplexe getroffen wird. Man kann etwa das Phänomen des Rechtspopulismus vom psychologischen Standpunkt her betreiben und gleichsam die Führer mitsamt ihren Parteien auf die Couch legen, man kann aber dasselbe komplexe Phänomen vom Standpunkt des Parteienwettbewerbs um Posten, knappe Budgetmittel, um Präsenz in den Arenen der öffentlichen Kommunikation etc. analysieren. Prinzipiell sollen und dürfen alle Fragen gestellt werden. Der Anspruch, ein komplexes Phänomen auf Grund einer einzigen Perspektive verstehen zu können, erinnert an den Versuch einer Gruppe von Blinden, die Gestalt eines Elefanten zu ertasten: das wird nur durch den Austausch und die Integration der einzelnen Tasterlebnisse und Erfahrungen gelingen.

Aus diesen Beispielen sieht man auch, wie wichtig es für die politikwissenschaftliche Analyse ist, Vereinfachungen zu vermeiden, wie sie in der Politik und im Tagesjournalismus üblich sind. Die Beachtung der Komplexität politischer Phänomene schützt auch vor vordergründiger Parteinahme und Schuldzuweisungen. Und letztlich ist sie auch eine Voraussetzung dafür, Probleme und Konflikte zu lösen.

Berufschancen

In einem marktwirtschaftlich-demokratischen System wie Österreich fällt die Planung und Durchführung von beruflichen Karrieren in die Verantwortung der Einzelnen. Die typisch österreichischen Karrieremuster für Akademiker, die durch einen hohen Anteil von Karrieren in der staatlichen Verwaltung oder im staatsnahen Bereich, rechtlich oder faktisch unkündbare Verträge auf Lebenszeit bei niedriger Mobilität gekennzeichnet waren, gehören allerdings schon der Vergangenheit an. Typische Berufskarrieren werden in Hinkunft europäisch oder auch weltweit verlaufen, sie werden verschiedene klassische Berufsbereiche durchlaufen oder kombinieren und häufige Arbeitsplatzwechsel implizieren. Das gilt zunehmend für AbsolventInnen von General- und Spezialstudien. Das bedeutet aber auch, dass die GeneralistInnen mit bestimmten Spezialkenntnissen höhere

Berufschancen haben werden. Flexibilität und Mobilität gehören zum Standardprofil angebotener Positionen, Fremdsprachenkenntnisse werden immer wichtiger, wobei gutes Englisch in Wort und Schrift Mindestvoraussetzung ist. Die rasante Neuformierung der Weltwirtschaft hat aber auch zur Folge, dass zumindest kurzfristige Perioden der Arbeitslosigkeit zur Regel werden könnten, die zur Weiterbildung oder Neuqualifikation, zu unternehmerischer Tätigkeit oder zum vorübergehenden Rückzug in private Bereiche genutzt werden kann (Diese neuen Arrangements werden sich selbstverständlich auch auf Familien- und Partnerschaftsstrukturen sowie auf das Verhältnis zwischen den Geschlechtern auswirken). In Hinkunft wird auch der individuelle Anteil der Berufsfindung immer wichtiger, und obwohl Beziehungsnetze nach wie vor bedeutsam sein werden, wird doch immer mehr die Art und Weise, wie man sich selbst etwa im Rahmen eines Vorstellungsgesprächs präsentiert, entscheidend.

In diesem übergreifenden Kontext befindet sich auch der Berufsmarkt für PolitologInnen in einer Phase der tiefgreifenden Umgestaltung. Traditionelle Berufsbereiche, wie etwa die universitäre Forschung, sind auf Grund der budgetären Zwänge und auch durch die Umstrukturierung der Universitäten selbst entscheidend eingeschränkt. Ähnliches gilt von den ausseruniversitären Forschungs- und Beratungsinstitutionen. Die Forschung, vor allem die Spitzenforschung, wird zunehmend aus der Universität ausgelagert, und von international und interdisziplinär operierenden Teams übernommen, die vorwiegend aus EU-Mitteln finanziert werden. Für die Förderung dieser Art sozialwissenschaftlicher Forschung stellt die EU eigene reichlich dotierte Rahmenprogramme zur Verfügung. Trotzdem wird Projektforschung und -management auch in Hinkunft ein relativ beschränkter Bereich bleiben.

Mittelfristig muss man mit zwei großen Trends rechnen. Traditionelle inländische staatsnahe Berufsbereiche werden schrumpfen und sie werden starke Zugangsssperren errichten bzw. aufrechterhalten („das Boot ist voll"). Die Universität ist dafür paradigmatisch. Der Medienbereich, in dem nach der letzten Erhebung Ende der 90er Jahre 17 % der AbsolventInnen Beschäftigung fand, wird nach wie vor bedeutsam sein, ja sogar im Kontext der Internationalisierung der Informationssysteme noch wichtiger werden. Auf der anderen Seite öffnet sich der internationale Bereich, der gerade jungen AbsolventInnen sozialwissenschaftlicher Studienrichtungen gute Einstiegs- und Aufstiegschancen bietet. Es gibt eine Fülle von internationalen Organisationen und NGOs, die junge AkademikerInnen mit genau den Fähigkeiten suchen, die man in unserem Studium lernt oder zumindest erwerben sollte: dazu gehören analytische, konzeptive und allgemein Fähigkeiten der Informationsaufnahme und -verarbeitung. Wenn man eine internationale Karriere plant, sollte man versuchen, sich möglichst früh einen einschlägigen Praxishintergrund zu erwerben. Das kann etwa durch Mitarbeit in lokalen Verwaltungsstrukturen, Tätigkeit bei NGOs oder auch in der Privatwirtschaft geschehen. Gefragte spezifisch politikwissenschaftliche Fähigkeiten (skills) sind etwa Projektmanagement im Rahmen von städtischen Entwicklungsprogrammen, Personalmanagement im Kontext staatlicher Verwaltung, Weiter- und Fortbildung (capacity building), Menschenrechte etc. Für die Entwicklungshilfe ist eher spezifisches ökologisch-technisches Wissen, wie etwa Wasserhaushaltsmanagement oder Recycling, gefragt.

Da Politikwissenschaft ein Generalistenstudium ist und keine „natürlichen" gewachsenen Berufsbereiche sowie ein gefestigtes Berufsbild besitzt (anders als z.B. bei ÄrztInnen oder LehrerInnen), sind Voraussagen oder Empfehlungen nur sehr schwer zu treffen. Wenn es überhaupt so etwas gibt wie ein politologisches Berufsbild, dann kann man sich am ehesten eine Summe von Fertigkeiten vorstellen, die mit dem Management von Information zusammenhängen. Die Vorstellung potentieller Arbeitgeber ist die, dass PolitologInnen fähig sein sollen, die für einen bestimmten Problemlösungsbereich benötigten Information rasch, zuverlässig und selbständig zu beschaffen und aufzubereiten. Das muss nicht immer politische Information, Information über – im landläufigen Sinn – „politische" Vorgänge sein. Wesentlich ist, dass die PolitologInnen im Einzelfall entscheiden können, welche Information für die Problemlösung relevant ist und Wege finden, sie zu beschaffen. Nicht zufällig machen immer mehr AbsolventInnen im Wirtschaftsbereich Karrieren (z.B. bei Banken). Unternehmerische Entscheidungen sind den Entscheidungen von PolitikerInnen sehr ähnlich und setzen immer Information voraus. Während etwa früher LandwirtInnen für einen lokalen Markt produzierten, ist die Landwirtschaft heute europäisiert, so dass die Kenntnis der europäischen Marktsituation und der Gemeinschaftsregeln für ein erfolgreiches Wirtschaften unumgänglich ist. Allgemein ist vernetztes und problembezogenes Denken immer mehr gefragt und sollte in der Ausbildung (nicht nur der PolitologInnen) eine zentrale Stellung bekommen.

Auch die Berufsbilder anderer Disziplinen sind im raschen Wandel begriffen. Die Universität als „langsame" Institution kann (und soll) nicht jeden Schwenk der Praxis mitmachen, trägt jedoch die Hauptverantwortung dafür, dass die Ausbildung generell praxisrelevant ist. Sie hat daher mit aktuellen und potentiellen Berufsfeldern ständig Kontakt zu halten und zu entscheiden, inwieweit und wann neue Ausbildungsinhalte und Leitideen eingeführt werden sollen. Entscheidend hängt jedoch das Berufsbild der Praxis von der Arbeit der PolitologInnen vor Ort ab. Durch ihre beruflichen Erfolge und durch ihr Auftreten werden Vorbehalte gegen PolitologInnen abgebaut und positive Beispielsfolgen geschaffen. Generell kann man sagen, dass heute die Berufschancen von PolitologInnen jedenfalls nicht schlechter sind als die AbsolventInnen ähnlicher Studienrichtungen und durch Flexibilität und Mobilität sowie durch gezielt erworbene Zusatzqualifikationen entscheidend gesteigert werden können.

Irene Etzersdorfer/Hans-Georg Heinrich
Dozentin/Professor am ipw

Politik - *Was ist das überhaupt?*

Oder: Ein Plädoyer für das Argument.

Von Markus Wolschlager

Politik ist am Beginn des dritten Jahrtausends ein (zunehmend negativ besetzter) Allerweltsbegriff, der sich gegen eine exakte Definition erfolgreich sträubt. Einordnungsversuche können zu Studienbeginn erst einmal zu großer Ratlosigkeit führen, denn wenn mensch von einem juristisch-systemtheoretischen, empirisch-analytischen, kritisch-dialektischen oder philosophisch-normativ-ontologischen Politikbegriff hört, mag mensch sich denken: So genau wollte ich das gar nicht wissen ...

keep it simple

Was ist Politik? Die Funktion der Politik liegt in der Herstellung kollektiv bindender Entscheidungen. Und der Sinn von Politik ist Freiheit. Nach diesen Vorschlägen von Niklas Luhmann (zur Funktion [1]) und Hannah Arendt (zum Sinn [2]) lässt sich Politik relativ verständlich nachvollziehen und wir können zudem eine Grundbedingung zwischen den Zeilen herauslesen: "Politik beruht auf der Tatsache der Pluralität der Menschen." (3) Denn, so der Umkehrschluss, wenn es auf der Welt nur einen einzigen Menschen gäbe, dann bräuchten wir (sic!) keine Politik. Nicht der Mensch selbst ist politisch, er ist ganz im Gegenteil "a-politisch" - die Politik entsteht nur "zwischen-den-Menschen", also im Miteinander "außerhalb des Menschen". (4)

Politik ist deshalb "notwendig", weil jede Tätigkeit einer Person zwangsläufig weitere Menschen betrifft. Diese grundsätzliche Erkenntnis kommt in mehreren philosophisch-theoretischen Strömungen zutage: Der Kommunikationswissenschafter Paul Watzlawick drückt es im Satz "Wir können nicht nicht kommunizieren" aus, der Existenzialphilosoph Jean-Paul Sartre sagt "Wir sind zur Freiheit gezwungen" und Voltaire schreibt: "Wir sind verantwortlich für das, was wir tun, aber auch für das, was wir nicht tun". Drei Sätze, die im Grunde ein und dasselbe Phänomen beschreiben.

Wenn wir mittels Politik nun kollektive, also für alle bindende Entscheidungen und Spielregeln schaffen, dann ist es nur logisch, dass an der Entscheidungsfindung auch "alle" teilnehmen. In dieser Möglichkeit der Teilnahme liegt die Freiheit des mündigen Menschen und somit der Sinn von Politik. Um es an einem Beispiel zu verdeutlichen: Das wir nicht nur gesund sind, sondern auch krank werden können ist ein Faktum. Wie jedoch mit einer solchen Krankheit umgegangen wird, ist eine rein politische Entscheidung, die von Menschen zu treffen ist. Also ob und wie versichert wird, ob und welche Krankenhäuser es gibt, wer "heilen" darf usw. Solche Entscheidungen können nicht nicht getroffen werden. Denn wenn nun jemand krank wird und diese Person beispielsweise nicht versorgt wird, so war gerade das paradoxerweise die unausgesprochene, aber dennoch politische Entscheidung, nämlich beispielsweise keine Heilanstalten zu errichten. Die Frage, ob wir Politik überhaupt brauchen, ist in dieser Allgemeinheit nicht frei zu beantworten, weil wir - sobald wir geboren werden - uns nicht gegen Raum und Zeit in der sozialen Welt wehren können. Wenn hier im Text argumentiert wird, warum Politik "sein muss" und "notwendig" ist, so ist das eine typische Argumentationslinie der Neuzeit, wo der Sinn von Politik "in Sinnlosigkeit umgeschlagen" ist, wie Arendt meint. (5) Anfang der 1960er Jahre schreibt sie: "Die Sinnlosigkeit, in die die Politik im ganzen geraten ist, zeigt sich in der Ausweglosigkeit, in die sich alle einzelnen politischen Fragen festrennen." (6)

Welche Politik wollen wir?

Die Frage nach dem Wozu und dem Sinn von Politik kreist also in Wahrheit um das Problem, auf welche Art und Weise Politik organisiert sein soll. Sir Robert Filmer (1588 - 1653) hat dazu noch den religiösen Standpunkt seiner frühen Neuzeit vertreten, wonach der König ein Minister Gottes sei und so als ein himmlischer Stellvertreter auf Erden herrsche und regiere. Erst später und insbesondere durch den Aufklärer Jean-Jacques Rousseau (1712 - 1778) setzte sich die heute übliche Ansicht durch, dass die Macht der Regierenden nicht "von oben" von Gott, sondern "von unten" von den Menschen kommt. In den Umbruchsbewegungen der letzten 250 Jahre wurde die Monarchie (Herrschaft eines Einzelnen) tendenziell durch die Republik abgelöst (res publica, die öffentliche Sache - also das, was alle angeht und nicht nur eine Person oder wenige Cliquen/Gruppen).

Politische Führer haben immer nur eine geliehene Macht inne, sie selbst sind nicht mächtig. Sie erscheinen genau deswegen als Verkörperung der Macht, weil wir sie als mächtig betrachten. Diese Machtzuschreibung kann stabilisiert werden (siehe etwa den "Kanzlerbonus" im europäischen politischen System), die Macht kann aber genauso schnell wieder verloren gehen. Wenn politische FührerInnen ihre mittels eines kommunikativen Zuschreibungsprozesses geliehene politische Macht nicht mehr abgeben wollen, dann müssen sie Gewaltmittel wie Militär oder Polizei einsetzen - mit Macht hat all das jedoch nichts mehr zu tun.

Wenn wir danach fragen, welche Form von Politik wir wollen, dann geht es vor allem darum, wer im Prozess der kollektiven, bindenden Entscheidungen zugelassen wird. Also ob alle, oder nur Frauen oder nur Männer, nur Junge oder Alte oder ab einem gewissen Alter, ob InländerInnen oder AusländerInnen, ob Reiche oder Arme etc. am

Entscheidungsprozess zugelassen sind. Diese grundsätzliche Entscheidung, wer entscheiden darf, wird in Verfassungen und Menschenrechtsabkommen festgelegt. Davor gibt es häufig Umsturzbewegungen (Revolutionen, Kriege mit anschließenden Friedensverträgen, Systemwechsel von Monarchie zu Republik etc.). Jene Gruppe, die zu Entscheidungen von allen zugelassen ist, kann nun weiter entscheiden, wie die Spielregeln des gesellschaftlichen Zusammenseins zustande kommen sollen (Gesetzgebungsprozess): Ob also PolitikerInnen alle paar Jahre gewählt werden sollen, die dann die konkreten Spielregeln (Gesetze) festsetzen oder ob auch selbst an dieser Entscheidungsfindung teilgenommen wird. Wie die aktuellen Trends der Wahlbeteiligung zeigen, wird selbst die minimalistische Bestimmung darüber, wer bestimmen darf häufig als zu mühsam und aufwendig empfunden. (7)

Die Geburt der Politik

Ein Höhepunkt in der politischen Vita ist zweifelsfrei die Geburtsstunde vor etwa 2.400 Jahren in der griechischen Antike bei Platon und Aristoteles. Dort entstand die Polis (von daher auch der Name Politik), also ein öffentlicher Raum bzw. Platz im Stadtzentrum, der von den freien Männern zur Entscheidungsfindung genutzt wurde: Nicht alle vier Jahre, sondern täglich und ohne irgend eine Unterbrechung wie Sonntag oder Feiertag wurde politisch gehandelt. Problematisch war in dieser Lichtstunde des Politischen, dass Frauen und Sklaven die Entscheidungen zu dulden hatten, also vom politischen Gespräch ausgeschlossen waren. Die Ausweitung der politischen Partizipationsrechte hält bis heute an und ist noch lange nicht abgeschlossen.

Die Kommunikation ist der Ausgangspunkt aller sozialen Phänomene und somit auch von Politik. Karl-Heinz Grasser meinte im Februar 2000 in einem profil-Interview: "Ich war gerade vorige Woche das erste Mal im Theater, das man Parlament nennt." Wenn die politische Diskussion, ganz gleich ob im Parlament oder auch außerhalb, als Plauderei oder unnützes Gerede abgetan wird, dann übersehen wir dabei das Kernelement von politischer Entscheidungsfindung. Nicht zufällig ist es ja in patriarchalen Familien bis hin zu Diktaturen so streng geregelt, wer reden darf und wer den Mund halten muss: es sollen unter keinen Umständen andere bzw. "fremde" Ideen, Interessen oder Lösungsvorschläge aufkommen oder noch "schlimmer" gar eine Diskussion darüber Gang gesetzt werden.

Zurück zur Antike: Während den Männern in der Sphäre der Öffentlichkeit die Freiheit der Politik zustand, waren Frauen und Sklaven in die private Sphäre verbannt. Noch heute lässt sich sprachlich diese Unterscheidung von Politik und Wirtschaft bzw. Ökonomie erkennen. Die öffentliche (und männliche) Polis ist heute Politik, das private (und weibliche) Haus (griechisch "oeikos") ist heute die Ökonomie; es geht hier um die "Regeln des Haushaltens" bzw. um das Management (von Menage, Haushalt). In der Polis ist gemeinsam nach Lösungen für das gute Leben gesucht worden und entscheidender Punkt war hier das gemeinsame Argumentieren - also die Diskussion bzw. Debatte im öffentlichen Raum. Noch heute steckt in der Idee von Politik das gemeinsame Verständigen über sprachlich formulierte Argumente. Die private "oeikos"-Sphäre wurde lange Zeit als das Gegenteil von öffentlicher Polis/Politik und somit als Gegenstück Freiheit empfunden. Umso erstaunlicher sind gegenwärtig die entpolitisierenden Privatisierungswünsche. Ökonomie ist heute nicht mehr notwendiges Übel, sondern anstrebenswertes Ziel.

Soziale Sphären

Natürlich gibt es neben der Politik auch andere Koordinierungsmöglichkeiten innerhalb einer Gesellschaft (siehe Abbildung):

"Wenn wir Politik durch Wissenschaft ersetzen möchten, dann ist meist von ExpertInnen-Regierung und ähnlichem die Rede. Hier wird vorgegaukelt, dass es so etwas wie eine einzige und richtige Lebensweise gäbe und alle Menschen die gleichen Interessen hätten. Politik kann nur sehr eingeschränkt von StellvertreterInnen oder ExpertInnen gemacht werden, genau so wenig wie im Feld Liebe die Erziehungsleistung von Kindern an ExpertInnen ausgelagert werden kann, im Feld Religion das Beten an TheologInnen oder im Feld Wirtschaft die Produktions- und Konsumptionsprozesse von selbst laufen, auch wenn mensch weiß, wie etwa Angebot und Nachfrage theoretisch funktionieren: wenn wir aktiv nichts anbieten und nichts nachfragen, gibt es keine Wirtschaft. Wissenschaft und speziell die Politikwissenschaft ist kein Ersatz für Politik, sondern vielmehr ein Beobachtungspunkt von Phänomenen. Für Anton Pelinka ist Politikwissenschaft die "Lehre vom tatsächlichen Zustand gesellschaftlicher und politischer Verhältnisse." (8) Derzeit ist eine Vierteilung von Problemfeldern in der Politikwissenschaft üblich: Erstens die Politische Theorie (PT), die ideengeschichtlich und systematisch auf Begriffe, Konzepte und Theorien fokussiert. Hier kann mensch sich mit Grundkategorien wie Macht, Demokratie, Ideologie oder Öffentlichkeit auseinandersetzen. Zweitens die Internationale Politik (IP), wo Organisationen von EU bis UNO sowie staatenübergreifende Konflikte wie Ost-West-Konflikt, Nord-Süd-Konflikt, Globalisierung, Terrorismus oder regionale Konflikte wie etwa der Nahostkonflikt beleuchtet werden. Drittens das Österreichische Politische System (ÖPS), wo die Erste und Zweite Republik, die Institutionen oder der Wertewandel in Österreich behandelt werden. Was "als ‚national' und was als ‚international' gilt", ist heute (nicht nur) für den Soziologen Ulrich Beck "nicht mehr zu trennen" (9). Daher beschäftigt sich auch das ÖPS mit Europäisierung und Globalisierung sowie Regionalisierung, um nationale

Veränderungen zu verstehen. Viertens beschäftigen sich die Politikwissenschaft im Politischen System im Vergleich (VP) mit Unterschieden und Gemeinsamkeiten unterschiedlicher politischer Systeme. Vergleich wird hier als Methode der Erkenntnisgewinnung verstanden, denn erst der Unterschied macht den Unterschied. Politikwissenschaft kann also bestenfalls als eine wichtige Entscheidungshilfen (neben anderen) sein - das Argumentieren und das Treffen einer Entscheidung kann aber letztlich niemand abnehmen. Und, siehe oben: Keine Entscheidung ist auch eine Entscheidung.

"Wenn wir Politik durch Religion ersetzen möchten, dann befinden wir uns im bereits angedeuteten Sir-Robert-Filmer-Diskurs des 16. Jahrhunderts. Die politischen Spielregeln gibt Gott als ein übermenschliches, religiöses Wesen vor. Diskussion ist nicht nur nicht überflüssig, sondern erst gar nicht möglich, weil Argumente sinnvoll nur zwischen mündigen Menschen ausgetauscht werden können. Seit der Aufklärung hat im Zuge der Säkularisierung, also "Verweltlichung", ein Transfer von Entscheidungsleistungen "vom Himmel zur Erde" stattgefunden. Vorschläge und Gesetze können heute selbstverständlich hinterfragt und angezweifelt werden - kurz: es kann darüber argumentiert werden. Frei nach Immanuel Kants Wahlspruch zur Aufklärung ("Habe Mut dich deines eigenen Verstandes zu bedienen!") liegt die Mündigkeit bzw. Emanzipation des Menschen darin, sich "seines Verstandes ohne Leitung eines anderen zu bedienen". Und Kant geht bei der Frage über den Grund für die Unmündigkeit hart ins Gericht, denn er schreibt 1784: "Selbstverschuldet ist diese Unmündigkeit, wenn die Ursache derselben nicht am Mangel des Verstandes, sondern der Entschließung und des Mutes liegt, sich seiner ohne Leitung eines anderen zu bedienen." Heute ist die Trennung von Religion und Politik, also von Kirche und Staat, ein wesentliches Element westlicher Demokratien. Religiöse und politische Freiheiten gehen somit Hand in Hand.

"Wenn wir Politik durch Wirtschaft ersetzen möchten, dann befinden wir uns in einem neoliberalen Diskurs (1970er Jahre bis heute) mitsamt den Sachzwängen, die angeblich nicht argumentierbar sind (wir können nicht gegen Sachen, sondern nur mit Menschen sprechen). Der Staat wird für ultraliberale VertreterInnen zu einem riesengroßen Unternehmen unter Finanzkontrolle, BürgerInnen werden zu KundInnen degradiert und fühlen sich dennoch als König, die Universität wird als eine Supermarktfiliale der "Österreich GmbH" zu einem operativen Bereich mit Dienstleistungsfunktion und ProfessorInnen werden zu ManagerInnen - die Bildung verkommt zur Ausbildung. Nützlichkeit, Funktionalität und leichte Austauschbarkeit sind die ökonomischen Leitvorstellungen des modernen Menschen. Im Feld der Wissenschaft möchte mensch Diskussion und Argumentation an allwissende ExpertInnen abschieben, im Feld der Religion an Gott und im Falle von Wirtschaft an eine innere mathematische Zahlenlogik, derer es keiner Debatte bedarf. Scheinbar "zum Wohle aller" entstehen hier Lösungen wie von selbst. Das "wir" im Wort Wirtschaft täuscht übrigens, denn es handelt sich um ein privates "Konkurrenz-Ich". Nicht nur quantitative, objektive Fakten, sondern auch qualitative, subjektive Werte sind für Entscheidungen relevant. Diese "Qualität" wird nur im Medium der Sprache ausgedrückt: Der Umstand der die Sprache so kompliziert macht, schreibt Arendt, "ist die Person, die in ihr mitspricht." (10) In Sprache und Politik steckt die Komplexität jedes einzelnen Lebens, die durch eine wirtschaftliche Koordinierungsleistung nicht ersetzbar ist. Selbst so bedeutende Manager wie Christian Konrad von der Raiffeisen-Landesbank, mit besten Verbindungen zur schwarz-blauen Regierung, bekennen zum Verhältnis von Politik und Wirtschaft: "Der Einfluss der Politik in der Wirtschaft ist heute ein anderer, ein kleinerer. Aber das ist ja von der Politik ausgegangen, das war von ihr erwünscht. (...) Der Privatisierungsprozess war ein bewusster Prozess und erfolgte nicht unter Zwang." (11)

"Selten wird versucht, die Politik durch Kunst (Kultur, Literatur, Musik, Malerei etc.) zu ersetzen. Es ist ja die Politik, die den kollektiv bindenden Entscheidungsrahmen vorgibt, also in Gesetzen etwa festschreibt, was Kunst darf und wo ihre Grenzen liegen. Unverständlich wäre es, wenn SchriftstellerInnen oder MusikerInnen die gesellschaftlichen Spielregeln verbindlich für alle festlegen könnten. Genau so unverständlich, wie wenn dies Gott, WissenschafterInnen oder UnternehmerInnen täten.

"Ebenso selten wird versucht, die Politik durch Liebe zu ersetzen. Denn Liebe ist wie Kunst nicht argumentierbar, sie lässt sich nicht herbeidiskutieren. Aus Liebe zu jemand kann aber politisch gehandelt werden, wie das klassische Familienmodell der letzten fünfzig Jahre zeigt, wo die Frau häufig die gleiche Partei am Wahlzettel ankreuzt, wie der Ehemann. Das hier jedoch neben der Liebe noch weitere Faktoren wie Bildung, Eigenständigkeit und Selbstbewusstsein im Sinne von Emanzipation/Mündigkeit, Medienkonsum, verfügbare Zeit etc. zu berücksichtigen sind, versteht sich von selbst.

An diesen und möglichen weiteren sozialen Räumen können wir erkennen, dass die Politik einen eigenen, nicht ersetzbaren Wert darstellt. Politik hatte und hat sich ständig zu rechtfertigen und muss sich allfälligen Vereinnahmungen zur Wehr setzen. Während in großen Teilen der arabisch-islamischen Welt derzeit die Politik durch die Religion unter Zugzwang gerät, kämpft die Politik im Westen gegen zuviel Einflussnahme der Wirtschaft an. Wechselseitig wird das dann kritisiert - vom religiösen Fundamentalisten-Terrorismus bis zum kapitalistischen Terror der Ökonomie herrscht der polemische Sprachgebrauch.

Licht und Schatten

Was waren die Glanzzeiten der Politik und wo gibt es dunkle Stellen? Politik in ihrer Reinform lässt sich kaum bes-

ser erkennen, als zu Zeiten einer Revolution, wo es um Freiheit für alle geht. (12) Der Begriff Revolution wurde erstmals von Kopernikus (1473 - 1543) in einem astronomischen Zusammenhang für die "revolvierende" Bewegung der Himmelskörper verwendet. Im metaphorischen Gebrauch für gesellschaftliche "Re"-volutionen drückt das Wort eine Wiederkehr aus. Ziel war die Wiederherstellung einer natürlichen Ordnung ohne Unterdrückung (etwa durch adelige Aristokraten in der Französischen Revolution 1789, durch europäische Kolonialherren in der Amerikanischen Revolution 1776 oder durch ein marxistisches Regime in der Ungarischen Revolution 1956 und auch 1989). (13) In einer Revolution handeln die Menschen aktiv und gemeinsam nach ihren Willen und kommen so einer Idealvorstellung von Politik sehr nahe: Ein politischer Vorgang ist nämlich dann gegeben, wenn "eine Vielheit von Menschen, die je irgend etwas Individuelles wollen, sich an einem Ort versammelt, um miteinander zu sprechen und sich schließlich auf ein Gemeinsames zu einigen" (14) Dieses gemeinsam Beschlossene kann nur in eben diesem Rahmen gelten. "Das Gesetz zu überschreiten" ist noch heute, wie damals bei Sokrates, bildlich zu verstehen, denn wenn mensch den Ort der Willensbildung (zu Fuß) verlässt, dann tritt er aus der Gemeinschaft aus, er zieht sich vom Öffentlichen ins Private zurück. (15)

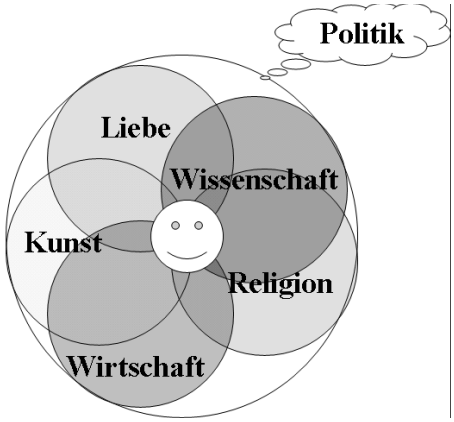
Wenn die dunkle Seite der Politik angesprochen wird, kreisen die Gedanken sehr schnell rund um das Lebensumfeld und den Zeitabschnitt unserer Großeltern. Gemeint ist das relativ neue Phänomen Totalitarismus, insbesondere der Nationalsozialismus. Genau betrachtet hat sich im nationalsozialistischen Regime nicht die Politik von ihrer negativen Seite gezeigt, sondern sie ist vielmehr verschwunden bzw. verbannt worden. Diskussion und politische Äußerung waren nicht nur nicht zugelassen, sondern es kam zu Denunziation und Bestrafungen für Andersdenkende bzw. Anderssprechende. Die Konzentrationslager sind das herausragende Symbol für die Ausschaltung von Individualität im öffentlichen Lebens. "Unerwünschte" Menschen werden fabrikmäßig ermordet, um sie für immer aus dem Blickfeld zu verbannen. Im Nationalsozialismus ist das Individuum, Heideggers "man", nun eine "Masse, ohne die anderen zu sehen". (16) Das Gespräch verkommt zum simplen Befehlen und Gehorchen. Wenn, wie im Extremfall des Nationalsozialismus, die argumentativen "Kommunikationsströme abreißen" und die "Verständigung entweder erstarrt oder zerfällt, wird eine Bedingung des Überlebens zerstört (...), nämlich die Möglichkeit zwangloser Einigung und gewaltloser Anerkennung". Für Habermas ist dieser Aspekt so zentral, dass er daraus, also aus den Voraussetzungsbedingungen für kommunikative Verständigung, "das erkenntnisleitende Interesse der Geisteswissenschaften" ableitet. (17)

Wütende, aber unpolitische Menschen verschmelzen zu einem nicht mehr auseinanderhaltbaren Volkskörper und es entsteht eine einzige Partei, die NSDAP. Sie gibt einen Weg vor - ohne Widerrede und ohne Argument. Der Einparteienstaat, der in sich schon ein Widerspruch ist, weil eine Partei (pars - Teil) immer nur ein Teil eines Ganzen sein kann, hält den letzten Schein von Politik aufrecht. Nach der autoritären Phase und der Ausschaltung des österreichischen Parlaments (durch Dollfuß, 1934) steigerte sich die politische Apathie in der totalitären Phase (1938 - 1945) in einem Verbot der Sprache und zugleich in einem Zwang zum Gerede. Hitler und das NS-Regime stehen als mahnendes Symbol für eine unpolitische Politik.

Fußnoten:

(1) vgl. Walter Reese-Schäfer: Niklas Luhmann zur Einführung. Junius, Hamburg, 1999, S. 84.
(2) vgl. Hannah Arendt: Was ist Politik? Fragmente aus dem Nachlaß. Piper, München/Zürich, 2003, S. 28.
(3) a.a.O., S. 9.
(4) vgl. a.a.O., S. 11.
(5) vgl. a.a.O., S. 31.
(6) a.a.O., S. 31.
(7) vgl. Markus Wolschlager: Die Wahl zwischen Beteiligung und Ausschluss - eine schwierige Entscheidung? Überlegungen aus Anlass der Wahlen zum Europaparlament. In: Politix - Zeitschrift des Instituts für Politikwissenschaft an der Universität Wien, 17/2004, S. 10-11. (Internet: http://www.univie.ac.at/politikwissenschaft/Politix.html)
(8) Anton Pelinka: Grundzüge der Politikwissenschaft. Böhlau, Wien/Köln/Weimar, S. 13.
(9) Ulrich Beck: Macht und Gegenmacht im globalen Zeitalter. Neue weltpolitische Ökonomie. Suhrkamp (Edition Zweite Moderne), Frankfurt am Main, 2002, S. 85.
(10) Hannah Arendt: Vita activa oder Vom tätigen Leben. Piper, München/Zürich, 2001/1958, S. 219.
(11) Zitiert nach profil Nr. 30 vom 19. Juli 2004, S. 43.
(12) Hannah Arendt: Über die Revolution. Piper, München/Zürich, 2000/1963, S. 10.
(13) a.a.O., S. 50 f.
(14) Achim Wagenknecht: Einführung in die politische Philosophie Hannah Arendts. 1995. In: Internet http://sammelpunkt.philo.at:8080/archive/00000249/01/Arendt.pdf, abgerufen am 13. Juli 2004, S. 116.
(15) siehe Fußnote (2), S. 113.
(16) Peter Sloterdeijk: Die Verachtung der Massen. Versuch über Kulturkämpfe in der modernen Gesellschaft. Suhrkamp, Frankfurt am Main, 2000, S. 17.
(17) Jürgen Habermas: Erkenntnis und Interesse. Mit dem Nachwort von 1973. Suhrkamp, Frankfurt am Main, 1973/1968, S. 222.

Markus Wolschlager
Redaktionsmitglied und Student am ipw



Darstellung wichtiger **Teilbereiche der sozialen Welt** (in Anlehnung an die Begrifflichkeiten bei Niklas Luhmann). **Politik** ist Teilbereich der sozialen Welt und stellt zugleich den Rahmen bzw. die gemeinsam auferlegten Spielregeln dar. Zentraler Ausgangspunkt für alle Felder ist die menschliche **Kommunikation.**

Österreichische Gesellschaft für Politikwissenschaft

ÖGPW - WAS IST DAS?

"ÖGPW" steht für Österreichische Gesellschaft für Politikwissenschaft. Die ÖGPW wurde 1971 gegründet und hat derzeit über 500 Mitglieder: StudentInnen, AbsolventInnen und UniversitätslehrerInnen der Politikwissenschaft ebenso wie VertreterInnen der außeruniversitären sozialwissenschaftlichen Forschung und Interessierte aus den verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen. Die ÖGPW ist Mitglied der Central European Political Science Association (CEPSA) and International Political Science Association (IPSA).

AUFGABEN DER ÖGPW

Förderung der politikwissenschaftlichen Forschung in Österreich
Interessenvertretung österreichischer PolitikwissenschafterInnen
weitere Internationalisierung der österreichischen Politikwissenschaft

AKTIVITÄTEN DER ÖGPW

Herausgabe der Österreichischen Zeitschrift für Politikwissenschaft (ÖZP), die pro Quartal erscheint und im Rahmen von Schwerpunktheften ein repräsentatives Forum politologischer Forschung in Österreich darstellt.

Veranstaltung von Tagungen und Workshops.

Derzeit setzen sich 3 Sektionen der ÖGPW mit aktuellen Forschungsbereichen der Politikwissenschaft auseinander: Europaforschung", "Agora, Demokratieforschung", "Politische Ökonomie".

Mitglieder erhalten viermal jährlich den ÖGPW-Rundbrief. Dieser enthält neben relevanten Informationen über den Stand politologischer Forschung in Österreich, Institutsvorstellungen, Ankündigungen von Veranstaltungen im In- und Ausland, Publikationen von Mitgliedern und interne Nachrichten.

Quelle: http://www.oegpw.at/about_us/taetigkeiten.htm

Weitere Informationen finden Sie auf der vor kurzem neu gestalteten Homepage der ÖGPW http://www.oegpw.at/index.htm
Die ÖZP-online mit Abstracts zu den veröffentlichten Artikeln und Informationen zu den AutorInnen gibt es unter http://www.oezp.at/oezp/home.htm
Der Mitgliedsbeitrag für Studierende beträgt □ 7,-, ohne Ermäßigung □ 29,-. Eine Beitritterklärung kann direkt von der Homepage der ÖGPW versandt werden (Seite Mitglieder).

Zusammenstellung: **Petra Purkarthofer**
Univ.-Ass. am ipw

Service & Politik

– die Studienrichtungsvertretung Politikwissenschaft

Erfahrungsgemäß ist aller Anfang schwer und die ersten Tage und Wochen auf der Uni sind da keine Ausnahme. Teils notwendige, teils unnötige Bürokratie, ein (hoffentlich) breites Angebot an Lehrveranstaltungen, aus denen man/frau seinen/ihren eigenen Stundenplan zusammenbasteln muss, etc. Um diese Phase des Studiums wenigstens ein bisschen zu erleichtern, machen wir, die Studienrichtungsvertretung Politikwissenschaft, u. a. auch am Anfang jedes Semesters einen Studienleitfaden, einen Stundenplanvorschlag für das erste Semester, ein Erstsemestrigentutorium und zusätzlich noch individuelle Beratung. Euch die Studienrichtungsvertretung und ihre Aktivitäten ein wenig vorzustellen, ist Ziel dieses Artikels.

StrV Powi - Was ist das?

Die Studienrichtungsvertretung Politikwissenschaft (StRV Powi) ist die gewählte studentische Vertretung am Institut,

d. h. sie vertritt so z. B. die Interessen der Studierenden bei Studien-kommission und Institutskonferenz. Gestellt wird die Studienrichtungsvertretung von der Basisgruppe Politikwissenschaft (Bagru Powi), einer unabhängigen, linken Gruppe, die auch bei den Wahlen der Österreichischen HochschülerInnenschaft im Mai 2003 wieder mit großer Mehrheit gewählt wurde. Gemäß dem drittelparitätischen Prinzip hat die studentische Vertretung neben den beiden anderen "Fraktionen" ProfessorInnenschaft und Mittelbau (z. B.: AssistenInnen) gleichberechtigtes Stimmrecht und so Einfluss sowohl auf studientechnische Themen (Studienpläne, Lehrveranstaltungsangebot, etc.), als auch auf organisatorische, institutsrelevante Entscheidungen. Die Möglichkeit in diesen Fragen mitzubestimmen wird jedoch mit dem Inkrafttreten des UG 2002 ab dem 1.1.2004 massiv beeinträchtigt.

Des weiteren macht die Studienrichtungsvertretung neben der schon erwähnten intensiven (täglichen) Beratung am Anfang jedes Semesters zwei Mal wöchentlich Journaldienst, zum Einen jeden Mittwoch von 12 bis 15 Uhr im Kommunikationszentrum (KOZ) am Institut für Politikwissenschaft, wo ihr uns entweder telefonisch oder direkt kontaktieren könnt, wenn ihr Fragen, Probleme, Beschwerden oder Anregungen habt. Der zweite Termin des Journal-dienstes wird am Anfang des Semesters noch bekannt gegeben.

Die Struktur der studentischen Mitbestimmung auf der Universität

Die studentische Vertretung auf Institutsebene ist Teil der StudentInnenmitbestimmung im Rahmen der ÖH, die sich auf vier Ebenen, die alle demokratisch gewählt werden, aufteilt. Die erste und für Studierende der Politikwissenschaft wichtigste Ebene ist die schon beschriebene StudentInnenvertretung am Institut selbst. Die zweite ÖH-Ebene bildet die Fakultätsvertretung (FakV), deren Aufgabe es ist, die Interessen der Studierenden der gesamten Fakultät, in unserem Fall der Human- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät (HuS), in den jeweiligen Gremien zu vertreten. Auf dieser Ebene agieren, bis auf die Ausnahmen Jus und Medizin, vorwiegend unabhängige Gruppen, die Zusammenschlüsse der jeweiligen Basisgruppen der Institute sind. Derzeit wird die Arbeit auf der HuS von der LIAB, einem Bündnis linker, alternativer Basisgruppen, in Zusammenarbeit mit dem VSStÖ (Verband Sozialistischer StudentInnen) geleistet. Die dritte Ebene bildet die Universitätsvertretung (UV) die Vertretung der ganzen Universität, in unserem Fall die UV der Universität Wien. Höchste Ebene der ÖH ist die Bundesvertretung (BV), deren Aufgabe die Koordination der Arbeit an den diversen Universitäten österreichweit, sowie die Interessensvertretung auf höchster politischer Ebene ist. Diese Existenz einer gesetzlich verankerten Studierendenvertretung, sowohl innerhalb der Uni als auch gegenüber dem Gesetzgeber, bedeutet trotz aller Unkenrufe eine Möglichkeit, Entscheidungen zu beeinflussen. Mit dem neuen Universitätsgesetz 2002 haben Gehrer und KonsortInnen endgültig zum Halali auf studentische Mitbestimmung durch eine sukzessive einseitige Verlagerung der Kompetenzen auf Rektor, ProfessorInnenkurie und fragwürdige, teils politisch untragbare, dem rechtsextremen Lager zuzuordnende Uniräte geblasen. Auch vor diesem Hintergrund ist es wichtig und notwendig, sich gegen den Legitimationsverlust der ÖH, der leider auch von so mancher ÖH-Fraktion selbst betrieben wird, zu stellen.

Wir sind KEINE reine Serviceorganisation!

Anstatt nur pflichtbewusst die von Regierung und Universitätsleitung geforderten Maßnahmen in die Tat umzusetzen und auf der anderen Seite den StudentInnen vorzumachen, keine andere Möglichkeit zu haben, wollen wir aktiv gegen diese autoritären Anwandlungen von Gehrer, Rektor und anderen antreten. Die Bildungs- und Hochschulpolitik ist auch immer Indikator für aktuelle gesamtgesellschaftliche Phänomene und Tendenzen. Die Aktivitäten der Basisgruppe Politikwissenschaft beschränken sich daher nicht ausschließlich auf Service- und Unipolitik, sondern befassen sich darüber hinaus vor allem mit gesellschaftspolitisch relevanten und aktuellen Themen. Dazu gehören Veranstaltungen, Diskussionen, Lesekreise, inhaltliche Seminare und Tutorien. Hierbei bieten wir Einführungen zu theoretischen Themengebieten, wie Gesellschaftskritik, Wertkritik und Kritik der Geschlechterverhältnisse an. Bei unserem offenen Plenum jeden Montag um 19.30 im KOZ sind immer neue Leute willkommen.

Die Entwicklungen der letzten Jahre in Österreich allgemein und auf der Uni im Speziellen haben gezeigt, dass es notwendig ist, aktiv politisch tätig zu sein und sich nicht in den "heiligen Hallen der alma mater rudolphina" zu verstecken.

StrV Politikwissenschaft
Bagru Powi

KOZ: NIG, 2. Stock, Zimmer 221
Offenes Plenum: wöchentlich montags im KOZ um 19.30
Journaldienst: Mittwoch von 12.00 bis 15.00 im KOZ
Kontakt: Tel.: 01/4277 47709
Mail: bagru.powi@gmx.at

Geschichte des Instituts

für Politikwissenschaft/der Studienrichtung Politikwissenschaft

Die Geschichte des Fachs beginnt in Österreich erst 1968. In diesem Jahr wurde in Wien ein politikwissenschaftliches Versuchsprogramm als eigenes Studien- und Dissertationsfach eingerichtet. Dafür wurde auch eine "Professur für Philosophie der Politik- und Ideologiekritik" als Lehrkanzel am Institut für Philosophie verankert. 1971 wurde Politikwissenschaft dann zu einer kombinationspflichtigen Studienrichtung. Per Erlass errichtete das Wissenschaftsministerium das "Institut für Theorie der Politik" an der Philosophischen Fakultät.

Seit dem Universitätsorganisationsgesetz (UOG) 1975 sind Institut und Studienrichtung an der Grund- und Integrativwissenschaftlichen Fakultät (GRUWI), heute Fakultät für Human- und Sozialwissenschaften, verankert. Dieses Institut erhielt im Jahre 1977 die Bezeichnung „Institut für Politikwissenschaft". 1975 wurde auch im Rahmen der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät ein weiteres Institut für Politikwissenschaft eingerichtet. Seit diesem Zeitpunkt gibt es zwei politikwissenschaftliche Institute.

Der Grund hierfür ist zunächst nicht leicht zu verstehen. Im Kampf sowohl gegen als auch für die Politikwissenschaft waren in den späten 60er Jahren vor allem die Juridische und die Philosophische Fakultät involviert. Schwieriger und lange währender Streitpunkt war die Frage der fakultären Zugehörigkeit der Politikwissenschaft. Mit dem UOG 1975 veränderten sich die Fakultätsstrukturen der Universität Wien. Die wenigen „alten" Fakultäten fächerten sich in mehrere neue Fakultäten auf. Ein Institut wurde an der Sozial- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät (SOWI) (Institut in der Hohenstaufengasse) verankert und das andere an der Grund- und Integrativwissenschaftlichen Fakultät (Institut in der Währingerstrasse) verortet. 2000 wurde die SOWI-Fakultät in Fakultät für Wirtschaftswissenschaften und Informatik und die Grund- und Integrativwissenschaftliche Fakultät in Fakultät für Human- und Sozialwissenschaften umbenannt.

Die Institute unterscheiden sich nicht nur in ihrer Fakultätszugehörigkeit, sondern auch in ihrer Aufgabenstellung und neuerdings in ihrer Bezeichnung: Institut für Politikwissenschaft (Währingerstraße, Durchführung der Studienrichtung) und Institut für Staatswissenschaft (Hohenstaufengasse, Angebot von Wahlfachveranstaltungen für Rechts- und WirtschaftswissenschafterInnen und von Lehrveranstaltungen für die Studienrichtung Politikwissenschaft). Das Institut für Politikwissenschaft ist im Sommer 2002 aus der Währingerstrasse in das Neue Institutsgebäude (NIG), Universitätsstrasse, 2. Stock übersiedelt. Die Studienrichtung Politikwissenschaft ist an der Fakultät für Human- und Sozialwissenschaften verankert, die beiden Institute kooperieren beim Lehrangebot und den Prüfungen der Studienrichtung.

Brief vom Sekretariatsteam

Liebe Erstsemestrige, liebe Studierende!

Das Sekretariatsteam begrüßt Sie recht herzlich am Institut für Politikwissenschaft!

Mit diesem Brief möchten wir Ihnen den Einstieg ins Studium erleichtern. Daher möchte ich Ihnen die MitarbeiterInnen des Sekretariats ein wenig näher vorstellen.

Im Zentrum für Studienangelegenheiten sind zur Zeit Monja MARTINKOVICH und Jutta GRAHOFER tätig. Sie sind vor allem für die Erstellung der Zeugnisse, aber auch für allgemeine Fragen zur Studienrichtung zuständig. Sollten Sie daher spezielle Fragen betreffend Studium bzw. Anrechungen haben, so wenden Sie sich bitte während der Öffnungszeiten an das Sekretariat für Studienangelegenheiten, Trakt D, Zimmer 204. Weiters ist Frau Martinkovich auch für die Vergabe der Diplomprüfungstermine zuständig. Sollte Fr. Martinkovich erkrankt sein, so wenden Sie sich bitte an Fr. Grahofer.

Seit Dezember 2003 ist das Sekretariat wieder durch Frau Irene GRAF komplett besetzt.

Frau Graf ist für allgemeine Auskünfte aber auch, neben Stefan SCHREIER, für die Betreuung der Homepage zuständig. Weiters ist Fr. Graf für das KOVO (Kommentiertes Vorlesungsverzeichnis) zuständig. Sollten Sie diesbezüglich Fragen haben, oder einen Fehler im KOVO bemerken, so wenden Sie sich bitte an sie.

Im internen Sekretariatsbereich sind die Agenden auf zwei Sekretariate aufgeteilt.

Das wäre zum Einen das Sekretariat von Frau Wilma GUGGENBERGER und Frau Michaela KATHAN, die vor allem für die Lehre und die LektorInnen zuständig sind, und zum Anderen das Sekretariat von Herrn Stefan SCHREIER und Frau Ursula GROB. Dieses Sekretariat ist vor allem für die internen Lehrenden zuständig.

Das Institut verfügt über ca. 50 externe Lehrende. Ohne diese LektorInnen wäre ein Aufrechterhalten der Lehre nicht möglich. An dieser Stelle sollte ein Dank an unsere externen Lehrenden erfolgen.

Seien Sie daher bitte nicht ungehalten und haben Sie ein wenig Verständnis, wenn wir in dieser Hinsicht nicht immer Auskunft über Verschiebungen oder Verlegungen bzw. auch Absagen von Seminaren oder Vorlesungen geben können.

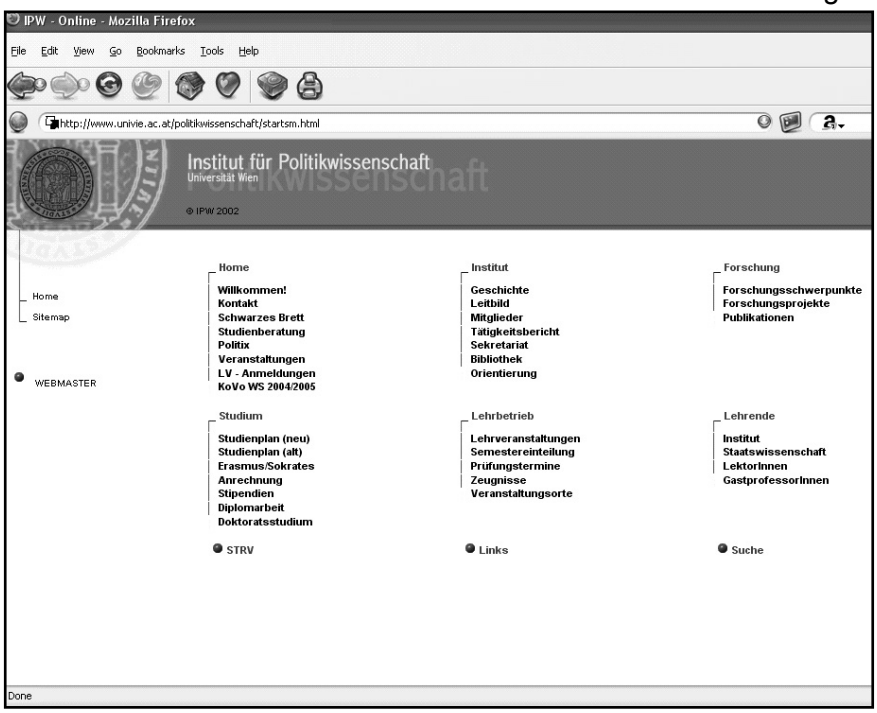
Ursula Grob
für die Sekretariate des ipw

Ein Blick auf die POWI-Homepage

www.univie.ac.at/politikwissenschaft

Von Markus Wolschlager

Folgende Inhalte erwarten dich auf der Institutshomepage:



HOME.
Hier findest du allgemeine Informationen und aktuelle Änderungen, alles Wissenswerte zu Anrechnungen und Studienplänen, laufend aktualisierte Veranstaltungshinweise zu politikwissenschaftlich relevanten Themen, das jeweils aktuelle kommentierte Vorlesungsverzeichnis ("KOVO") und natürlich auch das Anmeldeformular für einzelne Seminare und Veranstaltungen mit beschränkter TeilnehmerInnenzahl. Nicht zu vergessen: Hier gibt's die Online-Ausgabe des Politix: http://www.univie.ac.at/politikwissenschaft/Politix.html

INSTITUT.
Hier kannst du dich über die Geschichte des Wiener Powi-Instituts informieren. Neben dem Leitbild und einem ausführlichen Tätigkeitsbericht findest du hier auch alle Mitglieder des Instituts mit E-Mail-Adresse, Telefonnummer, Zimmernummer und Sprechstundenzeiten. Außerdem kann man hier die Öffnungszeiten der Sekretariate und Bibliotheken erfahren. Wer immer noch verwirrt ist, kann sich beim Punkt "Orientierung" einen Überblick verschaffen.

FORSCHUNG.
Welche Projekte und Forschungsschwerpunkte gibt es am Institut? Wer forscht worüber? Was wurden von den Institutsmitgliedern in letzter Zeit publiziert? Antworten darauf findest du hier im Bereich "Forschung".

STUDIUM.
Alle allgemeinen Fragen zum alten und neuen Studienplan, zum Erasmus-Programm, zur Zeugnisanrechnung, zu Anlaufstellen bei einem Stipendium und Hinweise für DiplomandInnen und DoktorandInnen sind hier abrufbar. Im Diplomarbeitsbereich findest du auch eine Liste der bisherigen Diplomarbeitsthemen der Wiener Politikwissenschaft.

LEHRBETRIEB.
Die für uns Studierenden so wichtigen Fakten zu den Lehrveranstaltungsorten und -zeiten, zu Prüfungsterminen, Zeugnisausstellung und die Semestereinteilung gibt's hier zu finden. Und nicht zu vergessen natürlich das Anmeldesystem, mit dem mensch sich zu Semesterbeginn in die jeweiligen Übungen und Seminare einschreiben kann.

LEHRENDE.
Hier sind alle Powi-Lehrenden mit Kontaktmöglichkeit aufgelistet: sowohl Institutsangehörige als auch Lehrende des Instituts für Staatswissenschaft, LektorInnen und alle GastprofessorInnen.

Ein Blick auf www.univie.ac.at/politikwissenschaft lohnt sich also und kann dir viele unnötige Rennereien ersparen. Die Site wird von Stefan Schreier und Petra Purkarthofer laufend aktualisiert, Hinweise und Anregungen kann mensch an service.politikwissenschaft@univie.ac.at mailen.

Markus Wolschlager
Redaktionsmitglied und Student am ipw

Das Kommentierte Vorlesungsverzeichnis – kurz: KOVO

Wie kann man sich über das Lehrangebot eines Semesters informieren? Allgemeine Informationen zu den Lehrveranstaltungen wie Titel, Zeit, Ort, Anrechenbarkeit oder das Erfordernis der Anmeldung sind im Institut an einer Info-Wand angebracht. Auch im allgemeinen Vorlesungsverzeichnis der Universität Wien, das es in gedruckter Form oder kostenlos im Internet (www.univie.ac.at) gibt, kann man diese allgemeinen Informationen erfahren. Ausführlichere Angaben zum Lehrangebot findet man jedoch im Kommentierten Vorlesungsverzeichnis (KOVO). Darin sind vor allem nähere Information zu den Zielen, Inhalten und Methoden der Lehrveranstaltungen zu finden. Prüfungsart und Beurteilungsmaßstäbe der Lehrveranstaltung sind hier ebenso angeführt. Auch die Literatur, die der Lehrveranstaltung als Basis dient und die im (absoluten) Idealfall vorausgesetzt wird, d.h. bereits gelesen sein sollte, ist im KOVO nachzulesen. Sehr hilfreich sind außerdem die Angaben zur Erreichbarkeit der LehrveranstaltungsleiterInnen. Gerade für StudienanfängerInnen ist es deswegen also sehr hilfreich und nützlich im KOVO nachzulesen! Zu finden ist das KOVO im Internet, auf der Homepage des Instituts (www.univie.ac.at/politikwissenschaft).

BIBLIOTHEKEN-WEGWEISER FÜR POLITIKWISSENSCHAFTERINNEN

Universitätsbibliothek Wien (Hauptbibliothek)
Dr.-Karl-Lueger-Ring 1
A-1010 Wien
Tel.: 4277-15120
http://www.ub.univie.ac.at/

Einige wichtige Institutsbibliotheken der Universität Wien:

Fachbibliothek für Soziologie und Politikwissenschaft
Rooseveltplatz 2
A-1090 Wien
Tel.: 4277 16871
http://ub.univie.ac.at/aussen/soziologie.html

Fachbibliothek für Wirtschaftswissenschaften und Staatswissenschaft
Hohenstaufengasse 9
A-1010 Wien
Tel.: 4277-16411
http://www.univie.ac.at/fbwipol/

Fachbibliothek für Geschichtswissenschaften
Dr.-Karl Lueger-Ring 1
A-1010 Wien
Tel.: 4277-16563
http://www.univie.ac.at/Geschichte

Fachbibliothek für Zeitgeschichte
Spitalgasse 2, Hof 1
A-1090 Wien
Tel.: 4277 16711
http://www.univie.ac.at/zeitgeschichte/fachbib.html

Fakultätsbibliothek für Rechtswissenschaften
Schottenbastei 10-16
A-1010 Wien
Tel.: 4277 / 16311
http://www.univie.ac.at/fbrecht/

Andere Universitätsbibliotheken in Wien:

Universitätsbibliothek der Universität für Angewandte Kunst
Oskar-Kokoschka-Platz 2
Tel.: 711 33-2272
http://bibserver.uni-ak.ac.at/hbaw/einstieg.html

Universitätsbibliothek der Akademie der bildenden Künste
Schillerplatz 3
A-1010 Wien
Tel.: 58816/172
http://www.bib.akbild.ac.at

Universitätsbibliothek der Wirtschaftsuniversität Wien
Augasse 2-6
A-1090 Wien
Tel. 31336-4990
http://www.wu-wien.ac.at/inst/biblio/

Andere Bibliotheken in Wien:

Österreichische Nationalbibliothek
Heldenplatz, Mitteltor (Hauptlesesaal)
A-1010 Wien
Tel.: 53410-440
http://www.onb.ac.at

Sozialwissenschaftliche Studienbibliothek der Arbeiterkammer Wien
Prinz-Eugen-Straße 20-22
A-1040 Wien
Tel. 50165-2452
http://www.akwien.at/bibl.html

Bibliothek und Archiv der Österreichischen Akademie der Wissenschaften
Dr. Ignaz Seipel-Platz 2
A-1010 Wien
Tel.: 51581-1262
http://www.oeaw.ac.at/biblio/

Österreichisches Staatsarchiv - Bibliothek
Nottendorfer Gasse 2
A-1030 Wien
Tel.: 795 40 113
http://www.oesta.gv.at/bestand/biblio/fr_1_bib.htm
Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstands (DÖW)
Wipplingerstraße 8
A-1010 Wien
Tel.: 534 36 90 319
http://www.doew.at
Verein für Geschichte der Arbeiterbewegung
Rechte Wienzeile 97
A-1050 Wien
Tel.: 545 78 70
http://www.wien.gv.at/ma08/vga/
Institut für Höhere Studien
Stumpergasse 56
A-1060 Wien
Tel.: 59991-237
http://www.ihs.ac.at/

Österreichisches Institut für Internationale Politik (OIIP)
Operngasse 20 BA-1010 Wien
Tel.: 581 11 06
http://www.oiip.at/oiip/
Institut für die Wissenschaften vom Menschen (IWM)
Spittelauer Lände 3
A - 1090 Wien
Tel.: 313 58 - 205
http://www.iwm.at/i-libr.htm

Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO)
Arsenal, Objekt 20
A-1030 Wien
Tel.: 798 26 01-0
http://www.wifo.ac.at/bibliothek/

Frauensolidarität - Bibliothek und Dokumentationsstelle "Frauen und Dritte Welt"
Berggasse 7
A-1090 Wien
Tel.: 3174020-0
http://www.frauensolidaritaet.org/
Projektzentrum Genderforschung der Universität Wien
Spitalgasse 2, Universitätscampus Hof 7
A-1090 Wien
http://www.univie.ac.at/gender/

Österreichische Forschungsstiftung für Entwicklungshilfe (ÖFSE)
Berggasse 7
A-1090 Wien
Tel: 317 40 10-120
http://www.oefse.at/german/bibdok/bib_index.htm

Österreichisches Lateinamerikainstitut
Schlickgasse 1
A-1090 Wien
Tel.: 310 74 - 65 - 20
http://www.lai.at/service/bibliothek/

Eine ausführliche Linksammlung der Universität Wien zu Bibliotheken findet sich unter:
http://www.ub.univie.ac.at/links/bibliotheken.html
Auch im Österreichischen Verbundkatalog:
http://www.bibvb.ac.at/verbund-opac.htm

Katharina Zahradnik
Redaktionsmitglied und Studentin am ipw

Linktipps zum Thema *Soziales und Finanzielles*

Die sehr umfassende Website der ÖH, die auch viele Sozial-Broschüren online anbietet:
http://www.oeh.ac.at/oeh/infopoint

Die Website der Studienbeihilfebehörde:
http://www.stipendium.at

Eine sehr praktische Website der Hochschülerschaft der TU Wien, auf der man seine Studienbeihilfe berechnen kann:
http://www.htu.tuwien.ac.at/studienbeihilfe/

Die sehr übersichtliche Website des Student Point der Universität Wien, auf der viele Stipendienmöglichkeiten ausführlich angegeben sind:
http://www.univie.ac.at/studentpoint/

Die Website der Fakultät für Human- und Sozialwissenschaften, auf der auch die genauen Vorgaben für ein Leistungs- und Förderstipendium der Fakultät zu finden sind:
http://www.univie.ac.at/H.u.S./

Die Website des Österreichischen Austauschdienstes, auf der Stipendien-Möglichkeiten für ein Studium im Ausland angeführt sind:
http://www.oead.ac.at/

Die Website der Wiener Arbeiterkammer:
http://www.akwien.or.at

Katharina Zahradnik
Redaktionsmitglied und Studentin am ipw

Anmeldesystem

Einige Fragen, einige Antworten

Von Marion Löffler

Anmeldesystem? Was ist das?

Seit dem Wintersemester 2002/2003 ist am Institut für Politikwissenschaft ein elektronisches Anmeldesystem für ausgewählte Lehrveranstaltungen installiert. Dieses Anmeldeverfahren wurde mit der Einführung eines neuen Studienplans erforderlich, steht somit entgegen einiger Gerüchte nicht in direktem Zusammenhang mit Studiengebühren oder dem neuen UOG. Es ist vielmehr als vorübergehende Lösung zu betrachten bis ein zentrales, universitätsweites Anmeldesystem in Betrieb geht.

Anmeldesystem? Wozu?

Der Sinn des Anmeldesystems besteht darin, die unterschiedliche Nachfrage nach Studienplätzen in einzelnen (Pflicht-)Lehrveranstaltungen auszugleichen, sodass die Qualität der Lehre sichergestellt werden kann. Ziel ist es, allen einen ungehinderten Fortgang in ihrem Studium zu ermöglichen. Das erfordert auch die sogenannten "Reihungskriterien". Denn Studierende der Politikwissenschaft im neuen Studienplan müssen diese anmeldepflichtigen Lehrveranstaltungen auf jeden Fall besuchen, um ihr Studienziel zu erreichen. Studierende im alten Studienplan und anderer Studienrichtungen können auf vergleichbare Lehrveranstaltungen ausweichen (siehe Äquivalenzlisten)

Anmeldesystem? Wozu nicht!

Mit dem Anmeldesystem wurde am Institut weder ein versteckter Numerus clausus eingeführt, noch wurden Studierende des Instituts verwiesen. Im Gegenteil: Gerade um den Studienfortgang nicht zu behindern, wurden die Anrechnungsmöglichkeiten erweitert. Mit der Angabe von "Prioritäten" wird sichergestellt, dass alle in solche Lehrveranstaltungen aufgenommen werden, die sie auch besuchen können. Überhaupt wurde durch das Anmeldesystem erst eine Erfassung der Nachfrage möglich und somit auch eine angepasste Planung des Lehrangebots. Aufgrund der Erfahrungen der vergangenen Semester wurde das Lehrangebot kontinuierlich ausgebaut.

Anmeldepflicht? Ja!

Lehrveranstaltungen, die im Anmeldesystem erfasst sind, können ausschließlich nach vorheriger elektronischer Anmeldung besucht werden. Diese Lehrveranstaltungen sind:

Für den ersten Studienabschnitt:
Techniken des politikwissenschaftlichen Arbeitens (Kapitel: A3)
Grundkurse aus den Kernfächern (Kapitel: C1, C2, C3, C4)

Für den zweiten Studienabschnitt:
Methoden/Statistik (Kapitel: E1, E2)
Forschungspraktika aus den Spezialisierungsmodulen (Kapitel: G1 - G10)

Obwohl das Institut für Staatswissenschaften im Zuge der laufenden Umstrukturierung der Fakultäten wie das Institut für Politikwissenschaften in der neuen Fakultät für Sozialwissenschaften verankert sein wird, erfolgen die Anmeldungen zu Lehrveranstaltungen, die am Institut für Staatswissenschaften angeboten werden, im Studienjahr 2004/2005 noch über deren Anmeldesystem. Infos dazu gibt es im Sekretariat in der Hohenstaufengasse 9.
Für Forschungspraktika steht es den LehrveranstaltungsleiterInnen frei, zusätzliche Aufnahmekriterien (z.B. Interesse, bereits besuchte Seminare usw.) zu formulieren. Die endgültige Aufnahme erfolgt daher durch die Lehrveranstaltungsleitung. Eine elektronische Anmeldung ist aber auf jeden Fall Voraussetzung.
Für einige Seminare und Proseminare ist ebenfalls eine Anmeldung vorgesehen. Diese sind jedoch nicht im Anmeldesystem erfasst, und werden von den LehrveranstaltungsleiterInnen durchgeführt. Informationen finden sich im Online-KOVO (www.univie.ac.at/politikwissenschaft).

Anmelden? Wann und Wo?

Die Anmeldefrist für das Wintersemester 2004/2005 beginnt am Montag, 27. September 2004 (mittags) und endet am Dienstag, 5. Oktober 2004 (mittags). Die Aufnahmelisten sind dann ab Freitag, 8. Oktober 2004 (mittags), ebenfalls online abrufbar.
Das Anmeldesystem ist über die Homepage des Instituts zu erreichen (www.univie.ac.at/politikwissenschaft) oder direkt über den Projektserver der Universität (http://gerda.univie.ac.at/ipw/).
Eine Anmeldung ist von jedem Computer aus durchführbar, der über einen Internetzugang verfügt. Achten Sie aber darauf, dass immer nur eine Person gleichzeitig auf einem Rechner eingeloggt ist. Das Programm setzt keine Cookies und kann daher immer nur eine Person nach der anderen bearbeiten. Also, zuerst abmelden bevor sich der/die Nächste einloggt.

Anmelden? Wie geht das?

Anmeldung und Registrierung sind prinzipiell nur innerhalb der Anmeldefrist möglich. Vor der ersten Anmeldung ist eine Registrierung vorzunehmen. Alle, die bereits registriert sind, können mit ihrem Login-Namen und Passwort einsteigen, ihre Daten aktualisieren und Anmeldungen vornehmen.
Neben der Angabe von Namen und Matrikelnummer ist bei der Registrierung bzw. der Aktualisierung der Daten der Studienstatus einzugeben, d.h. Angaben betreffend Studienkennzahl, Studienplan, Studienabschnitt und Semester. Grundsätzlich ist unser System nicht mit der zentralen Datenbank der Universität verbunden. Sie müssen daher die

Daten selbst eingeben. Wenn falsche Angaben gemacht werden, führt das spätestens bei der Ausstellung von Zeugnissen zu Schwierigkeiten, kann aber auch bedeuten, dass jemand ungerechtfertigter Weise in eine Lehrveranstaltung nicht aufgenommen wird.
Wer also ein Doppel- oder Mehrfachstudium absolviert und auch Politikwissenschaft studiert, gibt bei der Studienkennzahl nur A 300 an. Die zweite Studienkennzahl ist nur dann auszufüllen, wenn im alten Studienplan studiert wird und somit auch eine zweite Studienrichtung als Nebenfach (oder Hauptfach) studiert wird.
Wer erst ab Oktober 2002 mit dem Politikwissenschaftsstudium begonnen hat, befindet sich im neuen Studienplan, sowie alle, die bereits freiwillig in den neuen Studienplan umgestiegen sind. Diejenigen, die noch im alten Studienplan studieren, haben bis 30. April 2005 Zeit, den ersten Studienabschnitt abzuschließen, und bis 30. November 2008 für die Beendigung des zweiten.
Semesterzahl ist durchzuzählen ab der Inskription, wobei nur das Politikwissenschaftsstudium von Interesse ist. Wer also schon vor 10 Jahren immatrikuliert hat und erst im aktuellen Semester mit Politikwissenschaft beginnt, gibt trotzdem 1. Semester an. Wer bereits im zweiten Studienabschnitt ist, kann unmöglich im 1. oder 2. Semester sein (durchzählen!). Wer bereits im dritten Studienabschnitt ist (Doktoratstudium ist im System nicht vorgesehen, da die Lehrveranstaltungen eigentlich nicht dafür gedacht sind), gibt einfach zweiter Studienabschnitt und eine entsprechend hohe Semesterzahl an, weil es für unsere Zwecke ausreicht zu wissen, dass Sie bereits (weit) fortgeschritten sind.

Nach der Anmeldung prüfen Sie bitte, ob diese tatsächlich durchgeführt wurde. Gerade bei instabilen Internetverbindungen kann es passieren, dass am Bildschirm eingegebene Daten nicht in der Datenbank ankommen und daher nur unvollständig gespeichert werden. Die Überprüfung machen Sie am besten erst nachdem Sie bereits einmal aus dem System ausgestiegen sind. Dann werden die Daten von der Datenbank neu angefragt, und es ist sofort sichtbar, ob die Anmeldung korrekt gespeichert wurde. Wenn trotz erfolgter Anmeldung unter der Option "Anmeldestatus" keine Angaben aufscheinen, sollten Sie die Anmeldung wiederholen.

Prioritäten?

Bei der Anmeldung sind je mindestens 2 und maximal 3 Prioritäten zu vergeben. (D.h. wenn z.B. ein Grundkurs besucht werden soll, dann sind mindestens 2 gleichartige Grundkurse auszuwählen.) Die Aufnahme erfolgt vorzugsweise zu der Lehrveranstaltung, die als 1. Priorität genannt ist; falls dort zu viele Anmeldungen vorliegen, erfolgt die Aufnahme nach dem Zufallsprinzip und für die Verbliebenen eine Aufnahme in die Lehrveranstaltung 2. bzw. 3. Priorität. Bei der Anmeldung ist daher zu beachten, dass die Lehrveranstaltungen 2. oder 3. Priorität prinzipiell (terminlich) besucht werden können.
Für Forschungspraktika ist die Angabe einer zweiten Priorität nicht erforderlich. Wer dennoch eine angibt, erhöht allerdings die Chance in ein Praktikum aufgenommen zu werden. Wer nicht aufggenommen wird, finden sich dann bei beiden Prioritäten auf der Warteliste und hat immer noch gute Chancen aufgenommen zu werden.

Reihungen?

Wenn für einen Lehrveranstaltungstyp in Summe überproportional viele Anmeldungen vorliegen, erfolgt die Aufnahme gestaffelt nach den jeweiligen Reihungskriterien. Diese sind je nach Typ unterschiedlich und im Detail online nachzulesen. Im wesentlichen geht es darum, Studierenden der Politikwissenschaft die Erfüllung des Studienplans (Pflichtfächer) zu ermöglichen. Dabei sind die "Techniken des politikwissenschaftlichen Arbeitens" (1. Studienabschnitt) und die "Forschungspraktika" (2. Studienabschnitt) ausschließlich für Studierende der Politikwissenschaft vorgesehen. Studierende anderer Studienrichtungen können sich zu diesen Lehrveranstaltungen nicht anmelden. Abgesehen davon erfolgt die Reihung NICHT nach dem Zeitpunkt der Anmeldung, sondern zufällig. Da die Anmeldefrist über eine Woche dauert, ist daher keine Hektik angesagt.
Damit alle eine Chance haben, gibt es Beschränkungen bei der Zahl der Anmeldungen. So können z.B. pro Semester maximal 2 Grundkurse besucht werden. Details dazu finden sich online.

Keine Chance im alten Studienplan? Doch!

Wir befinden uns derzeit noch in einer Übergangsphase vom alten in den neuen Studienplan. Wie oben erwähnt, müssen wir bis November 2008 Studierende im alten Studienplan bei den Anmeldungen berücksichtigen. Diese Studierenden im alten Studienplan haben teilweise einen anderen Bedarf an Zeugnissen. Für diesbezügliche Anfragen haben wir eine Service-E-Mail-Adresse (anmeldung.politikwissenschaft@univie.ac.at) eingerichtet. (Über diese Adresse können keine Anmeldungen vorgenommen werden.)
Studierende der Politikwissenschaft im alten Studienplan können sich zu allen Lehrveranstaltungen, die im Anmeldesystem erfasst sind, anmelden. Sie werden jedoch im Falle von Überbelegung nach hinten gereiht, zumal es umfangreiche Ausweichmöglichkeiten gibt (siehe Äquivalenzlisten). Im Bereich der Methoden und Statistik gilt die Nach-Reihung nicht, weil diese Lehrveranstaltungen auch im alten Studienplan als Pflichtfächer vorgesehen sind.

Ein Appell!!!

Bevor Sie Anmeldungen vornehmen, konsultieren Sie bitte den Studienplan und ihre bereits erworbenen Scheine! Welche Lehrveranstaltung brauche ich wirklich noch?
Es wäre für alle Beteiligten sehr vorteilhaft, die belegte Lehrveranstaltung auch wirklich abzuschließen und sich nicht jedes Semester wieder zur gleichen anzumelden. Immerhin sind das nur Pflichtübungen - also das "Hinter-Sich-Zu-Bringende", um dann die echt lustigen und spannenden Lehrveranstaltungen besuchen zu können.
Studierende anderer Studienrichtungen, die am Lehrangebot der Politikwissenschaft interessiert sind, können selbstverständlich Lehrveranstaltungen des Instituts besuchen. Richten Sie Ihr Hauptaugenmerk jedoch nicht unbedingt auf die Lehrveranstaltungen aus den Grundlagenmodulen oder einschlägige Forschungspraktika. Diese sind nun einmal für HauptfachpolitologInnen eingerichtet. Berücksichtigen Sie das auch bei der Einreichung von Fächerkombinationen!

Marion Löffler (marion.loeffler@univie.ac.at)
Dissertantin am ipw und zuständig für die Anmeldungen

Prüfungsarten & Prüfungstermine

Im Gegensatz zur Schule gibt es an der Universität viele verschiedene Möglichkeiten eine Lehrveranstaltung positiv abzuschließen. Vorlesungen sind an unserem Institut meistens mit schriftlichen Prüfungen zu absolvieren. Innerhalb der Kategorie schriftliche Prüfungen kann man viele unterschiedliche Formen unterscheiden. Eine große Unterteilung besteht in Hausarbeiten und Prüfungen, die auf der Universität in einer Prüfungssituation zu schreiben sind. Ein allgemeines, wichtiges Charakteristikum von Prüfungen im Studium der Politikwissenschaft, das sie meistens von Schul-Prüfungen unterscheidet, ist folgendes: Sehr selten werden lediglich Fakten oder Theorien abgefragt, die auswendig zu lernen wären. Das bedeutet jedoch keineswegs, dass Theorien und Fakten nicht zu kennen seien. Im Gegenteil: Bei den meisten schriftlichen Prüfungen geht es darum, mittels des angelesenen Wissens zu argumentieren und ein Thema wissenschaftlich wertvoll zu durchleuchten.
Es gibt mehrere Varianten, wie schriftliche Prüfungen gestaltet sein können. So können beispielsweise Begriffsdefinitionen in Kombination mit einem Essay zu einem bestimmten Thema, oder die Rezension eines wissenschaftlichen Artikels, oder die Beantwortung eines multiple-choice-Tests gefragt sein. Mündliche Prüfungen sind in der Politikwissenschaft eher die Ausnahme. Für ein positives Zeugnis in Proseminaren und Seminaren bedarf es neben der Anwesenheit in der Regel eines Referats und einer schriftlichen Hausarbeit, die je nach Art der Lehrveranstaltung unterschiedlichen Kriterien entsprechen muss. Genaue Informationen über die Anforderungen für den Erwerb eines Zeugnisses erfährt man einerseits auf der Homepage des Instituts im Kommentierten Vorlesungsverzeichnis, aber vor allem in der Lehrveranstaltung selbst.
Auch bezüglich der Prüfungstermine unterscheidet sich die Universität von der Schule. Prüfungen zu Vorlesungen können in der Regel an drei bis vier verschiedenen Terminen, die üblicherweise am Anfang und am Ende des Semesters stattfinden, gemacht werden. Zeit und Ort von Prüfungen erfährt man entweder in der Lehrveranstaltung selbst, oder auf der Homepage des Instituts. Aber auch im Glaskasten, der sich rechts vor dem Eingang zum Institut befindet, sind Prüfungstermine angeschrieben.

Katharina Zahradnik
Redaktionsmitglied und Studentin am ipw

Wofür sind Sprechstunden da?

Gerade am Anfang des Studiums überkommen einen und eine während Vorlesungen und Proseminaren brennende Fragen wie: Gilt der Seitenumfang von 15 Seiten für die Gruppen-Arbeit auch für die Einzelne und den Einzelnen? Es kann sich aber natürlich auch um derartige Fragen handeln: Könnte ich die Literaturliste für mein Referat nicht um den oder die mir bekannten AutorIn ergänzen, die ebenfalls Interessantes zu dem Thema geschrieben hat?
Gerade am Anfang des Studiums ist es aber auch so, dass man sich nicht traut, während der Lehrveranstaltung Fragen zu stellen. Und da es den meisten so geht, entstehen regelmäßig nach Lehrveranstaltungen riesige Menschentrauben um den oder die LehrveranstaltungsleiterIn. Auch wenn es sehr verlockend ist, sich im Falle einer Frage am Ende der Lehrveranstaltung in dieses Menschengewühl zu werfen, ist eher davon abzuraten. Ebenfalls abzuraten ist von der Methode, außerhalb der Sprechstundenzeiten bei Lehrenden einfach anzuklopfen und hinein zu platzen. In beiden Fällen wird das Zeitpensum für die Beantwortung der Fragen knapp bemessen sein. Im ersten Fall, weil der oder die Lehrende noch wo anders hin muss. Im zweiten Fall, weil der oder die Betroffene gerade an etwas anderem arbeitet und einen oder eine deswegen vielleicht schnell und genervt aus dem Zimmer verweist. Deswegen also nützt die Sprechstunden. Informationen über Sprechstundenzeiten oder andere Möglichkeiten der Erreichbarkeit könnt ihr auf der Homepage des Instituts dem Kommentierten Vorlesungsverzeichnis entnehmen.

Katharina Zahradnik
Redaktionsmitglied und Studentin am ipw

Das Problem der übervollen Lehrveranstaltungen – jetzt trifft es auch die Politikwissenschaft

Von Gerti Zupanich

Wir - die vor dem WS 2002/03 unser Politikwissenschaftsstudium begonnen hatten - egal ob Erstfach oder Zweitfach - hatten bis jetzt den Vorteil relativ problemlos zur Teilnahme an Seminaren und Proseminaren zu kommen. (Die Einführungs- und andere grundsätzliche Pflichtveranstaltungen ausgenommen). Wer sich, bedingt durch die Wahl einer Fächerkombination, verzweifelt bei anderen Instituten die Teilnahme an Seminaren erkämpfen musste, war für das ausreichende Angebot an der Politikwissenschaft dankbar. Jetzt, wo die Zweitbelegung weggefallen ist, ergibt sich eine ganz andere Situation: Übervolle Lehrveranstaltungen, zuwenig Seminare erschweren zunehmend den studentischen Alltag. Wo liegen die Ursachen für die sich verschlechternden Bedingungen? Noch dazu wo uns versprochen wurde mit der Bezahlung von Studiengebühren würde sich alles zum Besseren wenden.

Zunächst ist, zwar erfreulicherweise, in den letzten Jahren ein Anstieg der Politikwissenschaft-Studierenden insgesamt zu beobachten. Dazu kommt, dass zusätzlich im Rahmen der freien Wahlfächer viele Studierende aus anderen Studienrichtungen die politikwissenschaftlichen Lehrveranstaltungen besuchen. An und für sich wiederum als positives Zeichen zu vermerken. Widerspricht es doch der Meanstream-These, der Jugend wäre es kein Anliegen an der Gestaltung von Politik mitzuwirken. (Was bei genauerer Beobachtung ohnehin nicht stimmen kann, denn die Beteiligung an den Demonstrationen und deren Inhalte gestalten großteils junge Menschen). Die Verantwortlichen des Instituts stellt dieses Interesse an der Politikwissenschaft vor eine große verwaltungstechnische Aufgabe auf den sie und die MitarbeiterInnen des Instituts der Politikwissenschaft bereits im Wintersemester 2002/03 in einer Stellungnahme zur Situation an die zuständige Bundesministerin Elisabeth Gehrer und an den Rektor o. Prof. Dr. Georg Winckler hingewiesen haben.

Wie, bei gleichbleibenden Personalstand, rückläufigen finanziellen Mitteln und dem gleichen Raumangebot, ein effizientes Angebot an Lehrveranstaltungen bieten? Dazu kommt, dass es bei der Planung der Lehrveranstaltungen nicht möglich war und ist - weil ja andere Studienrichtungen inskribiert wurden - vorweg zu berücksichtigen, wer künftig ein Wahlfach in der Politikwissenschaft besuchen wird. Der "Ansturm" der StudienanfängerInnen zur Politikwissenschaft ist nach Meinung der MitarbeiterInnen des Instituts auch darauf zurückzuführen, dass dieses Studium nicht an eine Koppelung an den Berufseinstieg - wie Medizin oder Lehramtsstudien - gebunden ist. "Politikwissenschaft weist Aspekte eines ‚Studiums generale' auf" . Dies zeigen die AbsolventInnen-Befragungen des Instituts auf. Die AbsolventInnen des Instituts weisen einen "hohen Grad an Flexibilität auf und haben daher am Arbeitsmarkt keine schlechte Position". Dieser Vorteil sollte nicht dadurch verspielt werden, dass es durch ein zu geringes Lehrveranstaltungsangebot und der Infrastruktur zu einer Minderung der Ausbildungsqualität kommt.

Verhältnisdaten Lehrende- Studierende:
POWI- Studierende WS 2003/04 Uni- Wien.....3.930
Wissenschaftliches Personal des Instituts.....14
Ergibt ein Verhältnis Lehrende- Studierende..... 1:280

In der künftigen Fakultät für Sozialwissenschaften entfallen 625 Studierende auf eine/n ProfessorIn und 287 auf eine/n Mittelbauangehörigen. Insgesamt sind dies pro WissenschafterIn 197 StudentInnen.

Zum Vergleich die Verhältniszahlen der Universität Wien: 231 StudentInnen pro Professorenplanstelle und 68 pro Assistentplanstelle. Dies zeigt, dass an der künftigen Fakultät für Sozialwissenschaften ein/e WissenschafterIn fast die vierfache Zahl an Studierenden betreut als der Durchschnitt der Gesamtuniversität.

Bei allem Verständnis für den ursächlichen Zusammenhang steigender Studienzahlen bei gleichbleibendem Lehrpersonal wünschen wir Studierende uns doch eine Verbesserung der Situation. Irgendwie sollte Studieren doch auch Spaß machen, obwohl wir uns natürlich mit Ernst dem Politikwissenschafts-Studium widmen wollen.

Gerti Zupanich
Redaktionsmitglied und Absolventin des ipw

Fußnote 1:
Quelle: "Stellungnahme zur Situation des Instituts für Politikwissenschaft" vom 2.4.2003 an die diversen Gremien.
Fußnote 2: Daten, Universität Wien und BMBWK

Universitäts-Chinesisch

Ein **Glossar** *wider den Universitäts-Dschungel*

Blockveranstaltung (Block)
Die Lehrveranstaltung wird nicht wöchentlich, sondern an einem oder mehreren längeren Terminen (z.B. an einem Wochenende) im Umfang der Gesamtstundenzahl des Semesters abgehalten.

Bundesvertretung (BV)
Die BV ist die Vertretung aller Studierenden in Österreich und somit die bundesweite ÖH.

Cum tempore (c.t.)
Beginn der Lehrveranstaltung mit 15-minütiger Verspätung (so genanntes akademisches Viertel)

Dekanat
Amtführende Stelle der Fakultät, Sitz des/der DekanIn

European Credit Transfer System (ECTS)
Internationales System für die Anrechnung von Lehrveranstaltungen.

Freie Wahlfächer
Freie Wahlfächer sind in einem vorgeschriebenen Stundenmaß frei wählbare Lehrveranstaltungen, aus anderen Studienrichtungen und/oder Universitäten.

GastprofessorIn (Gast-Prof.)
WissenschafterInnen einer anderen in- oder ausländischen Universität/Hochschule, die vom Fakultätskollegium für einen bestimmten Forschungsschwerpunkt auf Zeit bestellt werden.

Grundkurs
Der Grundkurs hat Grundkenntnisse des wissenschaftlichen Arbeitens zu vermitteln, in die Fachliteratur einzuführen und exemplarisch Probleme des Fachs zu behandeln. Der Grundkurs hat prüfungsimmanenten Charakter. Im Laufe des Semester sind verschiedene Übungsarbeiten zu verfassen.

Immatrikulation
Alter Terminus für Zulassung zum Studium.

Inskription
Alter Terminus für die Meldung zum Studium.

Klausur
Schriftliche Prüfung

Konversatorium (KO)
Konversatorien sind Lehrveranstaltungen in Form von Diskussionen zu einem bestimmten Thema einer Vorlesung bzw. zur Vertiefung einer Vorlesung.

Lehrveranstaltung (LV)
Lehrveranstaltungen werden als Vorlesung (VO), Übung (UE), Proseminar (PS), Seminar (SE), Grundkurs (GK), Arbeitsgemeinschaft (AR) oder Konversatorium (KO) angeboten.

Matrikelnummer
Individuelle Nummer, die jede/r Studierende bei der Zulassung an der Universität auf Lebzeiten erhält.

Mittelbau
Alle AssistenInnen, DozentInnen, Ass.-ProfessorInnen und Ao.-ProfessorInnen, die an der Universität angestellt sind.

Österreichische Hochschülerschaft(ÖH)
Gesetzliche Interessensvertretung aller Studierenden in Österreich.

Persönliche Anmeldung (p.A.)
Für bestimmte Lehrveranstaltungen muss man/frau sich zu Beginn des Semesters anmelden, um zur Teilnahme berechtigt zu sein.

Pflichtfächer
Lehrveranstaltungen, die unbedingt im geforderten Stundenausmaß zu absolvieren sind.

Privatissimum
Privatissima sind spezielle Forschungsseminare für Höhersemestrige.

Proseminar (PS)
Ablauf wie bei einer Übung, meist längere Abschlussarbeit, Vorstufe zum Seminar. Das PS hat Grundkenntnisse des wissenschaftlichen Arbeitens zu vermitteln, in die Fachliteratur einzuführen und exemplarisch Probleme des Fachs durch Referate, Diskussionen und Fallerörterungen zu behandeln.

Prüfungsimmanent
Mitarbeit während der Lehrveranstaltung ist ebenso Pflicht wie diverse Hausaufgaben und Anwesenheit. Eine Abschlussarbeit muss nicht mehr verfasst werden.

Prüfungsreferat
An jeder Fakultät u.a. für das Ausstellen der Diplomzeugnisse zuständig.

Semesterstunden (SSt.)
Dauer einer LV pro Woche (während des gesamten Semesters)

Seminar (SE)
Das SE hat der wissenschaftlichen Diskussion zu dienen. Es erfolgt eine intensive Auseinandersetzung mit speziellen Themen. Oft ist ein Referat erforderlich. Das SE wird mit einer umfangreichen schriftlichen Arbeit abgeschlossen.

Sine tempore (s.t.)
Die Lehrveranstaltung beginnt pünktlich zur angegebenen Uhrzeit.

Studienrichtungsvertretung (Strv)
Durch Personenwahl gewählte VertreterInnen für eine Studienrichtung.

Übung (UE)
Lehrveranstaltungen mit aktiver Mitarbeit, Gruppenarbeit, Referaten, Diskussionen, praktischer Übung und theoretischen Inputs.

Universitätsvertretung (UV)
Die UV ist die Studienrichtungsvertretung an der jeweiligen Uni.

Vorlesung (VO)
Lehrveranstaltung, in der ein/e Vortragende/r über ein bestimmtes Stoffgebiet referiert. Oft Frontalunterricht. Es besteht keine Anwesenheitspflicht. Meistens gibt es Bücher oder Skripten zur jeweiligen Vorlesung. Allgemeine Vorlesungen sollen in die Hauptbereiche und die Methodologie der Studienrichtung einführen. Spezialvorlesungen sollen auf den letzten Entwicklungsstand der Wissenschaft eingehen und aus speziellen Forschungsgebieten berichten.

Katharina Zahradnik
Redaktionsmitglied und Studentin am ipw

T I T E L

- eine Erklärung

Schon beim Durchblättern des Vorlesungsverzeichnis fällt auf, dass dem Namen der lehrenden Person stets ein mit Punkten und Bindestrichen versehenes Buchstabenkürzel voran geht. Welche Bedeutungen haben diese geheimnisvollen Kürzel?
Zunächst besteht eine grundsätzliche Unterteilung darin, dass in habilitierte und nicht-habilitierte Personen unterschieden werden kann. Voraussetzung für eine Habilitation sind das Doktorat und eine Habilitationsschrift. Eine Habilitationskommission, die vom Fakultätskollegium eingesetzt wird, bestellt GutachterInnen für die "Habil". Ein öffentliches Kolloquium wird abgehalten. Der Kandidat oder die Kandidatin muss sich außerdem einer Prüfung seiner oder ihrer didaktischen Fähigkeiten unterziehen.
Die Habilitation hat grundsätzlich nichts mit der Art des Arbeitsverhältnisses gegenüber der Universität zu tun. Jedoch sind die Habilitierten berechtigt, Diplomprüfungen abzuhalten, während die Nicht-Habilitierten dazu nicht berechtigt sind. Aber wo die Regel, da auch die Ausnahme. Beispielsweise können Wissenschaftliche Beamte Prüfungen abhalten, ohne habilitiert zu sein. Das folgende Glossar stellt einen Überblick über die geläufigsten Titel und Arbeitsverhältnisse dar.

Habilitierte

UniversitätsprofessorIn (Univ.-Prof.)
Beamter/Beamtin des Bundes. Er/Sie verfügt über die "venia docendi", d.h. die Lehrbefugnis (Lese- und Prüfungsrecht) über eine gesamte Studienrichtung an der Universität oder ein bestimmtes Teilgebiet. Ein/e Univ.-Prof. kann auch nach ihrer/seiner Pensionierung als emeritierte/r ProfessorIn an der Universität lesen.

Außerordentliche/r Professorin (Ao. Prof.)
BeamtInnen des Bundes. Er/Sie verfügt über die "venia docendi", d.h. die Lehrbefugnis (Lese- und Prüfungsrecht) über eine gesamte Studienrichtung an der Universität oder ein bestimmtes Teilgebiet. Ao.-ProfessorInnen haben keinen "Ruf" auf die Professur, sondern sind habilitierte Mitglieder des "Mittelbaus".

UniversitätsdozentIn (Univ.-Doz.)
Diesen Titel erhält man/frau mit der Habilitation. Er sagt nichts über die Art des Arbeitsverhältnisses gegenüber der Universität aus. Dieser Titel ist nicht zu verwechseln mit dem/der DozentIn, die/der über einen Lehrauftrag verfügt (siehe UniversitätslektorIn).

HonorarprofessorIn (Hon.-Prof.)
WissenschafterInnen, die aufgrund besonderer wissenschaftlicher oder pädagogischer Leistungen vom Fakultätskollegium mit diesem Titel gewürdigt werden und dadurch eine Lehrbefugnis erhalten.

Nicht-Habilitierte

AssistenzprofessorIn (Ass.-Prof.)
BeamtInnen des Bundes, die auf Lebenszeit bestellt sind.

UniversitätsassistentIn (Univ.-Ass.)
BeamtInnen des Bundes, in der Regel in einem befristeten Anstellungsverhältnis. AssistentInnenstellen werden von einer Unterkommission des Fakultätskollegiums einzelnen Instituten zugewiesen, dann ausgeschrieben und besetzt.

UniversitätslektorIn
Voraussetzung ist meist ein abgeschlossenes Studium. Ein/e LektorIn wird für 1 Semester mit der Abhaltung einer oder mehrerer Lehrveranstaltungen beauftragt, auf die sich seine/ihre Lehrbefugnis beschränkt. LektorInnen werden auch DozentInnen genannt.

Die meisten Definitionen dieses Glossars sind dem Studienleitfaden der ÖH entnommen:
Studienleitfaden der ÖH Uni Wien2002/2003. Medieninhaberin: HochschülerInnenschaft an der Uni Wien. HerausgeberInnen: Iris Hoheneder, Andrea Brunner, Anna-Maria Adaktylos, Unicampus AAKH, 1090 Wien

Katharina Zahradnik
Redaktionsmitglied und Studentin am ipw

Wie man den Studienalltag organisiert - *TO BE ORGANIZED OR NOT TO BE!*

Anmerkungen zum beschleunigten Verlauf der Zeit an der Universität

VonKatharina Zahradnik und Luise Luksch

Wenn das Semester beginnt, ist es fast schon vorüber. Auch auf die Gefahr, mit dieser Behauptung bereits eingangs auf Unverständnis zu stoßen, ist es uns ein Anliegen darauf hinzuweisen, dass das herkömmliche Verständnis vom Verlauf der Zeit besser früher als später über Bord zu werfen ist. Nach einigen Semestern empirischer Beobachtung an uns selbst, aber auch an anderen Studierenden, hat sich diese scheinbar extreme Behauptung mehr als bewahrheitet.
Die Vorlesungen des Wintersemesters beginnen in der Regel Mitte Oktober. So könnte man fälschlicherweise daraus schließen, dass Mitte Oktober der richtige Zeitpunkt wäre, um sich erstmals das Kommentierte Vorlesungsverzeichnis genauer durchzulesen. Im Kommentierten Vorlesungsverzeichnis findet man unter anderem auch Angaben darüber, für welche Lehrveranstaltungen eine Anmeldung notwendig ist. Mitte Oktober sind aber die meisten Anmeldungsfristen für Übungen, Proseminare und Seminare bereits vorbei. Um die Anmeldefristen nicht zu versäumen, sollte man sich also schon weit vor Beginn des Semesters das Vorlesungsverzeichnis ansehen. Dasselbe gilt für das Sommersemester.

Neben der Tatsache, dass das Semester also schon früher als vielleicht gedacht beginnt, spricht ein weiteres Argument dafür, bereits zu Semesteranfang das Ende des Semesters ins Auge zu fassen. Wiederum sorgfältige Beobachtungen lassen uns zur Erkenntnis kommen, dass nach einer motivierten und arbeitsreichen Anfangsphase, in der Mitte des Semesters häufig ein Abnehmen in der Zuwendung zum Studium stattfindet. Dies führt zwangsläufig am Ende des Semesters zu einer großen Akkumulation von noch zu erledigenden Referaten oder Arbeiten. Gleichzeitig hat die Vorbereitungszeit für die Prüfungen am Ende des Semesters bereits begonnen. Unter dem sich daraus ergebenden Arbeitsdruck entsteht somit oftmals der Eindruck, das Semester sei schon vorbei, obwohl es gerade erst begonnen hatte. Unsere Conclusio lautet deshalb, dass die Mitte des Semesters unbedingt aktiv für Referate und sonstige Arbeiten zu nutzen ist!

Was sollte man bei der Erstellung des Stundenplans berücksichtigen?

Im Prinzip sollte man natürlich Lehrveranstaltungen aussuchen, an denen man besonders interessiert ist. Besonders am Anfang ist es wichtig, sich viele verschiedene Gebiete anzusehen, um seine Interessen zu entdecken. Trotzdem ist es sehr ratsam, den Studienplan bei der Wahl der Lehrveranstaltungen nicht aus den Augen zu verlieren. Schließlich ist eines der längerfristigen Ziele des Studiums die Beendigung desselben. Außerdem empfehlen wir, den Stundenplan möglichst geblockt zu gestalten. Es ist viel praktischer an wenigen Tagen auf die Uni zu fahren, an denen man mehrere Lehrveranstaltungen besucht, als fünf mal die Woche für jeweils zwei Stunden den Weg auf sich zu nehmen. Abgesehen von der Zeitersparnis, senkt man damit auch die Wahrscheinlichkeit an unmotivierten Tagen eine Vorlesung nicht zu besuchen. Und wenn wir schon dabei sind, Tipps dafür zu geben, wie man das Fernbleiben vom Unterricht vermeidet: Nach Möglichkeit raten wir dazu, Bibliotheks- oder Kaffeehausbesuche eher vor oder nach dem Tagespensum an Lehrveranstaltungen zu machen. Denn die Studierenden der Human- und Sozialwissenschaften scheinen gemein zu haben, dass sie gesellig sind und sich gerne verplaudern. Wie gesagt, Beobachtungen.

Gemeinsam statt einsam

Ein wesentlicher Punkt, um den Studienalltag besser zu bewältigen, ist die Kommunikation mit anderen Studierenden. Deswegen ist es immer gut, die Möglichkeit einer Gruppenarbeit wahrzunehmen. Auch wenn bei Gruppen oft jemand dabei ist, der die Arbeit über Email-Verkehr abwickeln möchte, sollte man auf persönliche Treffen bestehen. Gerade die Auseinandersetzung mit anderen Studierenden stellt einen wesentlichen Lernprozess während des Studiums dar.

Zum Schluss möchten wir unsere zu oberst gescheiten Bemerkungen zur Organisation des Studienalltags mit dem Hinweis beschließen, dass man sich von anfänglichen Rückschlägen nicht entmutigen lassen sollte. Mit der Zeit durchschaut man das Uni-System besser und die anfänglichen organisatorischen Hürden verschwinden.

Katharina Zahradnik und **Luise Luksch**
Redaktionsmitglieder und Studentinnen am ipw

Allgemeine politikwissenschaftliche **BASISLITERATUR**

Von Birgit Sauer

1. Überblicks- und Einführungsliteratur

Albrecht, Ulrich et al. (Hg.) 1989: Was heißt und zu welchem Ende betreiben wir Politikwissenschaft? Kritik und Selbstkritik aus dem Berliner Otto-Suhr-Institut, Opladen

Alemann, Ulrich von 1994: Grundlagen der Politikwissenschaft: ein Wegweiser, Opladen

Bellers, Jürgen/Kipke, Rüdiger 1993: Einführung in die Politikwissenschaft, München/Wien

Berg-Schlosser, Dirk/Maier, Herbert/Stammen, Theo 1992: Einführung in die Politikwissenschaft, 5.Aufl., München

Berg-Schlosser, Dirk/Quenter, Sven (Hg.) 1999: Literaturführer Politikwissenschaft, Stuttgart

Esterbauer, Fried 1992: Einführung in die Politikwissenschaft, 2. Aufl., Graz

Hartmann, Jürgen 1995: Politikwissenschaft. Eine problemorientierte Einführung in Grundbegriffe und Teilgebiete, Berlin

Heinrich, Hans-Georg 1989: Einführung in die Politikwissenschaft, Wien/Köln: Böhlau

Kevenhörster, Paul 1997: Politikwissenschaft. Entscheidungen und Strukturen, Band 1, Opladen

König, Helmut 1999: Orientierung Politikwissenschaft. Was sie kann, was sie will, Reinbek bei Hamburg

Leggewie, Claus (Hg.) 1994: Wozu Politikwissenschaft? Über das Neue in der Politik, Darmstadt

Mayer, Franz 1995: Studenten vermitteln Inhalte ihres Fachs: Einblick in das Studium der Politologie, München

Meyer, Thomas 2000: Was ist Politik? Opladen

Mohr, Arno (Hg.) 1995: Grundzüge der Politikwissenschaft, München/Wien

Mols, Manfred/Lauth, Hans-Joachim, Wagner, Christian (Hg.) 2001: Politikwissenschaft: Eine Einführung, 3. Aufl., Paderborn/München/Wien/Zürich

Naßmacher, Hiltrud 1994: Politikwissenschaft, München/Wien

Patzelt, Werner J. 2001: Einführung in die Politikwissenschaft. Grundriss des Faches und studiumbegleitende Orientierung, 4. Aufl., Passau

Pelinka, Anton 2000: Grundzüge der Politikwissenschaft, Wien (u.a.)

Röhrich, Wilfried 2001: Herrschaft und Emanzipation: Prolegomena einer kritischen Politikwissenschaft, Berlin

Stammen, Theo et al. 1991: Grundwissen Politik, Frankfurt/M./New York

Waschkuhn, Arno 2002: Grundlegung der Politikwissenschaft, München

2. Handbücher und Lexika

Brunner, Otto/Conze, Werner/Koselleck, Reinhart (Hg.) 1972ff.: Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, Stuttgart

Fetscher, Iring/Münkler, Herfried 1985-1993: Pipers Handbuch der politischen Ideen, 5 Bände, München

Görlitz, Axel/Prätorius, Rainer (Hg.) 1987: Handbuch Politikwissenschaft. Grundlagen - Forschungsstand - Perspektiven, Reinbek bei Hamburg

Holtmann, Everhart (Hg.) 2000: Politiklexikon, 3. Auflage, München/Wien

International Encyclopedia of the Social Sciences 1968ff., hg. von Sills, David L., 16. Bände, London/New York

Mickel, Wolfgang W. (Hg.) 1983: Handlexikon der Politikwissenschaft, München

Nohlen, Dieter (Hg.) 1995: Wörterbuch Staat und Politik, Neuausgabe, München

Nohlen, Dieter (Hg.) 1992ff.: Lexikon der Politik, 7 Bde., München

Pipers Wörterbuch zur Politik 1983ff., hg. von Nohlen, Dieter et al., 6 Bde., München

Schmidt, Manfred G. 1995: Wörterbuch der Politik, Stuttgart

Staatslexikon 1985ff. Recht, Staat, Gesellschaft, hrsg. von der Görres-Gesellschaft, 5 Bde., 7. Aufl., Freiburg

Woyke, Wichard (Hg.) 1998: Handwörterbuch Internationale Politik, 7. Aufl., Opladen/Bonn

3. Methodik und Methoden

Alemann, Ulrich von (Hg.) 1995: Politikwissenschaftliche Methoden: Grundriß für Studium und Forschung, Opladen

Diekmann, Andreas 1995: Empirische Sozialforschung. Grundlagen, Methoden, Anwendungen, Reinbek bei Hamburg

Dreier, Volker 1997: Empirische Politikforschung, München/Wien

Flick, Uwe u.a. (Hg.) 1991: Handbuch Qualitative Sozialforschung. Grundlagen, Konzepte, Methoden und Anwendungen, München

Maier, Jürgen/Michaela Maier/Hans Rattinger 2000: Methoden der sozialwissenschaftlichen Datenanalyse: Arbeitsbuch mit Beispielen aus der politischen Soziologie, München/Wien

4. Praktische Anleitungen zum Studium und (politik)wissenschaftlichen Arbeiten

Alemann, Ulrich von/Forndran, Erhard 1995: Methodik der Politikwissenschaft. Eine Einführung in Arbeitstechnik und Forschungspraxis, 5. Aufl. Stuttgart, Berlin,Köln
Bandemer, Stefan von/Wewer, Göttrik 1992: Technik politikwissenschaftlichen Arbeitens. Eine didaktische Anleitung, Opladen
Billing, Werner/Thomas Simon 2002: Politikwissenschaft und die Technik wissenschaftlichen Arbeitens. Eine Einführung, Opladen
Eco, Umberto 1993: Wie man eine wissenschaftliche Abschlußarbeit schreibt, 6. durchgesehene Auflage, Heidelberg
Jansen, Dörte 2004: Hochschul-Glossar, Hamburg
Kruse, Otto 1993: Keine Angst vor dem leeren Blatt. Ohne Schreibblockaden durchs Studium, Frankfurt/M./New York
Schlichte, Klaus 1999: Einführung in die Arbeitstechniken der Politikwissenschaft, Opladen
Wie verfasst man wissenschaftliche Arbeiten? 1988: Ein Leitfaden vom ersten Studiensemester bis zur Promotion, Dudenverlag

5. Gender Studies in der Politikwissenschaft

Rosenberger, Sieglinde/Sauer Birgit (Hg.): 2004: Politikwissenschaft und Geschlecht, Wien: WUV
Krause, Ellen 22003: Einführung in die politikwissenschaftliche Geschlechterforschung, Opladen: Leske und Budrich
Kreisky, Eva/Sauer, Birgit (Hg.) 1997: Geschlechterverhältnisse im Kontext politischer Transformation. Sonderheft der PVS, Opladen

6. Politikwissenschaftliche Zeitschriften (Auswahl)

Deutschsprachige Zeitschriften:

- Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung "Das Parlament"
- Das Argument. Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften
- Europäische Rundschau
- femina politica
- Journal für Entwicklungspolitik (JEP)
- Kurswechsel
- Leviathan. Zeitschrift für Sozialwissenschaften
- Neue Politische Literatur
- Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft (ÖZP)
- Politische Vierteljahresschrift (PVS)
- Prokla
- SWS-Rundschau
- Transit
- Zeitschrift für Internationale Beziehungen (ZIB)
- Zeitschrift für Parlamentsfragen
- Zeitschrift für Politik (ZFP)
- Zeitschrift für Politikwissenschaft (ZPol)

Englischsprachige Zeitschriften:

- Alternatives
- American Politics Quarterly
- American Political Science Review
- British Journal of Political Science
- Cooperation and Conflict
- European Journal of International Relations
- Foreign Affairs
- International Security
- International Studies Quarterly
- International Feminist Journal of Politics
- Millenium
- Theory, Culture and Society
- Theory and Society

7. Teilgebiete der Politikwissenschaft

1. Österreichisches Politisches System

Dachs, Herbert u.a. (Hg.) 1997: Handbuch des politischen Systems Österreichs, Wien, dritte, erweiterte und völlig neu bearbeitete Auflage
Hanisch, Ernst 1994: Der lange Schatten des Staates. Österreichische Gesellschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert, Wien
Lauber, Volkmar (Hg.) 1996: Contemporary Austrian Politics, Boulder
Pelinka, Anton/Sieglinde Rosenberger 2003: Österreichische Politik: Grundlagen - Strukturen - Trends, Wien, 2. Auflage
Sieder, Reinhard/Heinz Steinert/Emmerich Tálos (Hg.) 1995: Österreich 1945 - 1995. Gesellschaft, Politik, Kultur, Wien
Tálos, Emmerich u.a. (Hg.) 1995: Handbuch des politischen Systems Österreich. Erste Republik 1918-1933, Wien

2. Politische Theorie/Ideengeschichte

Beyme, Klaus von/Claus Offe (Hg.) 1996: Politische Theorien in der Ära der Transformation, Opladen
Beyme, Klaus von 2000: Die politischen Theorien der Gegenwart: eine Einführung, 8. neubearbeitete und erweiterte Auflage, Wiesbaden
Brodocz, André/Gary S. Schaal (Hg.) 2001/2002: Politische Theorien der Gegenwart I + II: eine Einführung, Opladen
Brunkhorst, Hauke 2000: Einführung in die Geschichte politischer Ideen, München
Fenske, Hans u.a. (Hg.) 1997: Geschichte der politischen

Ideen : von der Antike bis zur Gegenwart, Aktualisierte Neuausgabe, Frankfurt/M.
Fetscher, Iring/Herfried Münkler (Hg.) 1985ff.: Handbuch der politischen Ideen, 5 Bände, München u.a.
Hartmann, Jürgen 1997: Wozu politische Theorie? Eine kritische Einführung für Studierende und Lehrende der Politikwissenschaft, Opladen
Helms, Ludger/Jun, Uwe (Hg.) 2004: Politische Theorie und Regierungslehre. Eine Einführung in die politikwissenschaftliche Institutionenforschung, Frankfurt/M./New York: Campus
Lieber, Hans Joachim (Hg.) 1991: Politische Theorien von der Antike bis zur Gegenwart, Bonn
Maier, Hans/Horst Denzer (Hg.) 2001: Klassiker des Politischen Denkens, 2 Bände, München
Neumann, Franz (Hg.) 1995/1996: Handbuch politische Theorien und Ideologien, Neuauflage in 2 Bänden, Opladen
Ottmann, Henning 2001: Geschichte des politischen Denkens : von den Anfängen bei den Griechen bis auf unsere Zeit, Band 1 Die Griechen (2 Teilbände), Stuttgart
Reese-Schäfer, Walter 2000: Politische Theorien heute: neuere Tendenzen und Entwicklungen, München/Wien
Stammen, Theo/Gisela Riescher/Wilhelm Hofmann (Hg.) 1997: Hauptwerke der politischen Theorie, Stuttgart

3. Internationale Politik

Bellers, Jürgen (Hg.) 2001: Handbuch der Außenpolitik, München/Wien
Czempiel, Ernst-Otto 1993: Weltpolitik im Umbruch, 2. Aufl., München
Gabriel, Jürg Martin 1997: Theorien der internationalen Beziehungen, Zürich
Hartmann, Jürgen 2001: Internationale Beziehungen, Opladen
Hoffmann, Stanley 1998: World Disorders, Lanham
Kleinschmidt, Harald 1998: Geschichte der internationalen Beziehungen, Stuttgart
Kohler-Koch, Beate (Hg.) 1998: Regieren in entgrenzten Räumen, Opladen/Wiesbaden
Lehmkuhl, Ursula 2000: Theorien internationaler Politik, Neuausg., München
Lemke, Christiane 2000: Internationale Beziehungen, München/Wien
Nuscheler, Franz (Hg.) 2000: Entwicklung und Frieden im 21. Jahrhundert, Bonn
Pfetsch, Frank R. 1994: Internationale Politik, Stuttgart
Rittberger, Volker 1994: Internationale Organisation, Opladen
Senghaas, Dieter 1997: Frieden machen, Frankfurt/M.
Sylvester, Christine 1994. Feminist Theory and International Relations in a Postmodern Era, Cambridge.
Woyke, Wichard (Hg.) 1998: Handwörterbuch Internationale Politik, 7. Aufl., Opladen/Bonn

4. Vergleichende Politikwissenschaft

Almond, Gabriel A./Powell, S. Bingham 1992: Comparative Politics Today, 5. Aufl., New York
Berg-Schlosser, Dirk/Müller-Rommel, Ferdinand (Hg.) 1997: Vergleichende Politikwissenschaft, 3. Aufl., Opladen
Breslin, Shaun 1998: Comparative Government and Politics, 4. Aufl., London
Gabriel, Oscar W./Brettschneider, Frank (Hg.) 1994: Die EU-Staaten im Vergleich, 2. Aufl., Opladen
Hartmann, Jürgen 1995: Vergleichende Politikwissenschaft, Frankfurt/M./New York
Ismayr, Wolfgang (Hg.) 2000: Die politischen Systeme Osteuropas, Opladen
Ismayr, Wolfgang (Hg.) 2002: Die politischen Systeme Westeuropas, 3. Aufl., Opladen
Lehner, Franz//Widmaier, Ulrich 1995: Vergleichende Regierungslehre, 3. Aufl., Opladen
Lijphart, Arend 1999: Patterns of Democracy, New Haven
Merkel, Wolfgang/Busch, Andreas (Hg.) 1999: Demokratie in Ost und West, Frankfurt/M.
Woyke, Wichard 1998: Europäische Union, München/Wien

Zusammenstellung: Birgit Sauer
a.o. Professorin am ipw

Lesestunde

Was hinter oft zitierten Standardwerken der Politikwissenschaft steckt.

Von Markus Wolschlager

Habermas, Huntington und Horkheimer – nur drei willkürlich ausgewählte Namen, die mensch im Studium mehr als nur einmal begegnet. Im folgenden Text sollen einige so genannte Standardwerke kurz vorgestellt werden. Das Studium der Politikwissenschaft wird völlig zu Recht als ein „Lesestudium" bezeichnet, denn vor allem politikwissenschaftlich relevante Literatur hilft, Einzelerscheinungen in einem größeren Zusammenhang zu sehen. Nicht die eilig aufgeschnappte Radio- und Fernsehmeldung, nicht der tagesaktuelle Happen aus der Zeitung und auch nicht der zusammengefasste Wochen- oder Monatsüberblick in den Magazinen sind für eine fundierte politikwissenschaftliche Analyse ausreichend: Bücher sind jene Medien, die eine intensivere Auseinandersetzung mit Themen und Problemstellungen zulassen. Die Details und Fakten können wir täglich lesen und hören, die Zusammenhänge, Hintergründe und einen gewissen Überblick liefern hingegen die Bücher.

Die folgende Auswahl an Büchern erfolgte rein subjektiv und erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Ich habe versucht, Bücher aus möglichst vielen Teilbereichen (vor allem Politische Theorie, Internationale Politik) der letzten 50 Jahre darzustellen.

In den vierziger Jahren des vorigen Jahrhunderts verfassten **Theodor W. Adorno** (1903 – 1969) und **Max Horkheimer** (1895 – 1973) mit der „Dialektik der Aufklärung" eines der klassischen Werke der Philosophie. Geflüchtet vor dem Nazi-Regime, weisen sie mit diesem in den USA geschriebenen Werk auf die Kehrseite des technischen und sozialen Fortschritts der Aufklärung seit dem 18. Jahrhundert hin: „Denken verdinglicht sich zu einem selbsttätig ablaufenden, automatischen Prozeß, der Maschine nacheifernd, die er selber hervorbringt, damit sie ihn schließlich ersetzen kann." (1) Im Zuge der Proteste der „68er-Generation" erlebte das Buch ein Revival, vor allem die Kapitel über die Kulturindustrie und die Elemente des Antisemitismus wurden gern gelesen und diskutiert.

In den 50er Jahren spinnt **Hannah Arendt** (1906 – 1975) diese Gedankengänge in ihren beiden Hauptwerken weiter. In ihrem Buch „Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft", an dem sie zehn Jahre gearbeitet hat, analysiert sie, was eine totale Herrschaft ausmacht und wie sie entsteht. Dabei scheut sie sich nicht, die beiden totalen Systeme Nationalsozialismus nach 1938 und Bolschewismus nach 1930 gemeinsam zu analysieren (2). Nicht eine bloße Auflistung oder Beschreibung von Fakten, sondern eine systematische Auseinandersetzung mit politischen Mechanismen und der Verantwortung des Einzelnen in einem totalen Staat machen ihr Buch so wertvoll. In einem persönlichen Brief an Hannah Arendt schreibt ihr ihre Freundin Mary McCarthy im August 1973, dass auf einer Tagung soeben jemand erzählte, dass er die „Elemente und Ursprünge" gelesen habe „als er 21 oder 22 Jahre als gewesen sei, und es sein Leben verändert hat." (3)

Arendts wichtigstes Werk ist aber zweifellos „Vita activa oder Vom tätigen Leben". Sie geht darin „nur" der Frage nach, „was wir eigentlich tun, wenn wir tätig sind." (4) Dabei unterscheidet sie das menschliche Tätig-Sein in Arbeiten, Herstellen und Handeln. Das Arbeiten entspricht dabei in etwa dem, was Horkheimer und Adorno kritisieren: ein immerwährender Kreislauf von Produktion und Konsumption, der zwar notwendig und gerechtfertigt ist, aber seit der Phase der Neuzeit immer mehr Bedeutung gewinnt. So viel Bedeutung, dass das menschliche Handeln zusehends eingeschränkt wird, und sich somit die Menschen selbst in ihren Möglichkeiten einschränken. Mit dem Handeln ist das miteinander Sprechen und Kommunizieren gemeint, wortloses Handeln gibt es für Arendt streng genommen überhaupt nicht (5). Es geht nicht um ein „bloßes Gerede" (6), sondern um ein aktives Auftreten im öffentlichen Raum, ein Sprechen, dass das Zusammenleben mit anderen Menschen erst gewährleistet, denn das reine Dulden ist kein Tätig-Sein, sondern die Kehrseite des Handelns (7). Die Sprache ist das Medium der Politik, sie ist komplex und voller „Umständlichkeiten". Arendt: „Der Umstand, der sie [die Sprache, M. W.] so umständlich macht, ist die Person, die in ihr mitspricht." (8)

Hannah Arendt legt in der Vita activa auch ihr positives Verständnis von Macht dar, das sich ausschließlich (!) durch das gemeinsame Handeln ergibt: „Wo Macht nicht realisiert, sondern als etwas behandelt wird, auf das man im Notfall zurückgreifen kann, geht sie zugrunde, und die Geschichte ist voll von Beispielen, die zeigen, daß kein materiell greifbarer Reichtum der Welt diesen Machtverlust auszugleichen vermag." (9)

In den 60er Jahren wurde **Noam Chomsky** (geb. 1928) mit seinen linguistischen Studien weltberühmt. Erst im letzten Jahrzehnt wurde er über ein Fachpublikum hinaus mit seinen politischen Schriften wieder bekannt: In schmalen Büchern über Neoliberalismus („Profit over people") und Terror („The Attack"), in umfangreicheren Werken etwa über den Nahostkonflikt („Israel, die Palästinenser und die US-Politik") oder in ganz aktuellen US-medienkritischen Publikationen („Media Control") kritisiert er die US-Politik und den Medien-Mainstream im Zeitalter des Neoliberalismus. Trotz seiner pointierten Formulierungen fehlt in seinen Schriften vielfach eine fundierte systematische Auseinandersetzung mit dem jeweiligen Thema. Vor allem seine Bücher über den 11. September und über den Neoliberalismus sind in einem sehr essayartigen

Stil gehalten.

Seit den 70er Jahren führt der Soziologieprofessor und Direktor des Fernand Braudel-Centers an der Birmingham University (New York), **Immanuel Wallerstein** (geb. 1930), mit seinen Büchern die so genannte Weltsystemtheorie theoretisch an. In seiner kürzlich erschienenen „Utopistik" fasst er diese Theorie überblickshaft zusammen und versucht, einen Ausblick zu geben: Wallerstein sieht das aktuelle, seit 500 Jahren bestehende Weltsystem, in einer tiefen Krise und spricht von einer „Phase des Übergangs", einer „Hölle auf Erden", in die wir in den nächsten fünfzig Jahren eintreten werden: „Es wird einen Kampf auf Leben und Tod geben. Denn es geht darum, die Grundlagen für das historische System der nächsten 500 Jahre zu legen." (10)

In den frühen 80er Jahren erscheinen die Hauptwerke vom wohl bedeutendsten französischen Soziologen des 20. Jahrhunderts, **Pierre Bourdieu** (1930 – 2002) und des wichtigsten deutschsprachigen Philosophen unserer Zeit, **Jürgen Habermas** (geb. 1929). Habermas veröffentlicht 1981 seine „Theorie des kommunikativen Handelns" (TKH), in der er, ähnlich wie Arendt, die immense Bedeutung des menschlichen Handelns betont. Habermas unterscheidet zwischen dem strategischen Handeln (systematisch verzerrte Kommunikation, Manipulation oder offen strategisches Handeln) und dem verständigungsorientierten kommunikativen Handeln (11), das unter anderem durch die Geltungsansprüche Wahrheit, Richtigkeit und Wahrhaftigkeit erreicht werden kann. Habermas, der als Schüler Adornos der Frankfurter Schule zuzurechnen ist, schafft mit seiner TKH einen theoretisch ausgereiften, wenn auch utopischen (Habermas: „kontrafaktischen") Ansatz und strebt einer maximalen, vollständigen menschlichen Verständigung nach, die letztlich wohl nie erreicht werden kann. Politikwissenschaftliche Relevanz haben seine Ansätze auch bei der Demokratiediskussion, wo Habermas den Ansatz der deliberativen Demokratie vertritt, bei der die herrschaftsfreie Verständigung mittels Diskursen im Vordergrund steht.

Bei Pierre Bourdieu kann mensch in den „feinen Unterschieden", einem 910-Seiten-Wälzer, nachlesen, dass Aussagen wie „das interessiert mich nicht" oder „das ist nichts für mich" subjektive Ausschließungen sind und lediglich Folgen einer objektiven Ausschließung von ökonomischem, sozialem und kulturellem Kapital beruhen (12). Geschmack, also welche Musik, welches Bild, welche Möbel usw. einer Person „gefallen", sind nicht von Natur aus gegeben, sondern kulturell und sozial bedingt, beispielsweise durch einen so genannten Notgeschmack, wo man aufgrund von Ausschließungsfaktoren „Sich in das Notwendige" (13) fügt. In den 90er Jahren wird Bourdieu, ähnlich wie Chomsky, in seinen Werken immer politischer. In seinem auch in der deutschen Wochenzeitung „Die Zeit" erschienen Text über „Das Modell Tietmeyer" macht er etwa auf neoliberale Diskurse in Medien und Politik aufmerksam und decodiert sie (wiederabgedruckt in: „Gegenfeuer. Wortmeldungen im Dienste des Widerstands gegen die neoliberale Invasion").

Im Jahrzehnt der 90er gab es für die internationale Politik zwei zentrale und heftig diskutierte Autoren: Der Harvard-Professor **Samuel P. Huntington** (geb. 1927) sorgte mit seinen Thesen zum „Kampf der Kulturen" für Aufregung, **Francis Fukuyama** (geb. 1945) fachte mit „Das Ende der Geschichte. Wo stehen wir?" die Diskussionen nach dem weltpolitischen Umbruchsjahr 1989 weiter an. Beide argumentierten aus einer sehr konservativen Sicht. Nach Huntingtons Paradigma gibt es nun keine Kriege zwischen Königen (vor 1789), zwischen Nationen (nach 1789) oder zwischen Ideologien (bis 1989) mehr, sondern wir treten in eine Phase von Kriegen zwischen Kulturen ein. Dabei treten seiner Meinung nach sieben Kulturkreise miteinander in Konflikt: der sinische (China), der japanische, der hinduistische, der islamische, der westliche, der lateinamerikanische und der afrikanische Kulturkreis (14). Huntingtons Lösungsvorschlag: „In der heraufziehenden Ära sind Kämpfe zwischen Kulturen die größte Gefahr für den Weltfrieden, und eine auf Kulturen basierende internationale Ordnung ist der sicherste Schutz vor einem Weltkrieg." (15)

Für Fukuyama ist die liberale Demokratie der Endpunkt der Geschichte, der nach dem Umbruch von 1989 endgültig erreicht ist. Er verweist neben einer vorwiegend ideengeschichtlichen Argumentation (aufbauend auf Hegel) auf einen empirisch nachweisbaren Trend zu diesen liberalen Demokratien (16). Ausgangspunkt ist für Fukuyama folgende Frage: „Ist die Geschichte eine unendliche Wiederholung von Aufstieg und Verfall, oder bewegt sich die Geschichte auf ein Ziel, ein Ende zu?" (Klappentext) Der 11. September hat den Thesen Fukuyamas einen leichten Dämpfer gebracht, Huntingtons Rezeption ist dadurch aber etwas gestiegen, da er den islamischen und westlichen Kulturkreis in seinem Jahre zuvor erschienen Buch bereits als die Hauptkonfliktlinie ausgemacht hatte.

Ebenfalls in den 90er Jahren, aber auf einem anderen sozialwissenschaftlichen Feld – der Diskursanalyse –, erlangte die Wiener Sprachwissenschafterin **Ruth Wodak** (geb. 1950) an Bedeutung. In dem gemeinsam mit anderen AutorInnen publizierten Buch „Zur diskursiven Konstruktion nationaler Identität" geht sie der Frage nach, wie sprachlich (durch PolitikerInnenreden, durch Zeitungsartikel, durch Alltagsgespräche) so etwas wie ein Gefühl von einer österreichischen Identität entsteht. Eine Nation ist immer ein (sprachliches) Konstrukt, das laufend aktualisiert wird.

Im Übergang zum 21. Jahrhundert legten der US-Literaturprofessor **Michael Hardt** (geb. 1960) und der aus Italien stammende Philosophieprofessor und Revolutionär **Antonio Negri** (geb. 1933) mit „Empire" das Buch der Globalisierungskritik vor. Sie kommen nach einer philosophisch-theoretischen Analyse zu der Schlussfolgerung, dass die Multitude (= die Masse) in einer Revolution das Empire in ein „Gegen-Empire" verwandelt. Im Empire seien sämtliche Aspekte des Lebens „total" beherrscht, dabei greifen sie in Anlehnung an Michel Foucault auf den Begriff der Biopolitik zurück.

Waren in den 90er Jahren Huntington und Fukuyama „in",

so treten jetzt die beiden konservativen Autoren **Robert Kagan** und **Joseph S. Nye** an ihre Stelle. Kagan beschreibt in „Macht und Ohnmacht" die USA als einen realistischen Staat, der nach dem Hobbe'schen Prinzip des „Rechts des Stärkeren" handelt, während Europa im idealistischen Kantischen „ewigen Frieden" verfangen bleibt. Nye hingegen prägte den Begriff der „soft power", also der US-Vormachtstellung vor allem aufgrund ihrer Kultur (zum Beispiel Hollywood-Filme). Er versucht nachzuweisen, dass die USA im 21. Jahrhundert aufgrund der technologischen Vorherrschaft und der „soft power" weltpolitische Führungsmacht bleiben werden. Im 16. Jahrhundert war dies noch Spanien (wegen Gold und Kolonialhandel), im 17. Jahrhundert die Niederlande (wegen Handel und Kapitalmärkten), im 18. Jahrhundert Frankreich (wegen der Bevölkerungssituation, der Armee und ihrer Kultur), im 19. Jahrhundert Großbritannien (vor allem wegen ihrer Industrie) und schließlich im 20. Jahrhundert die USA aufgrund ihrer technologischen und wissenschaftlichen Vorherrschaft, ihrer Militärstärke und der universellen Kultur.

Der französische Historiker **Emmanuel Todd** (geb. 1951) kritisiert in seinem Buch „Weltmacht USA. Ein Nachruf" sowohl Huntington und Fukuyama als auch Kagan und Nye und behauptet, dass die USA nur scheinhalber Krieg führen, um von ihrer ökonomischen Schwäche abzulenken, die er aus dem stetig steigendem US-Handelsbilanzdefizit erkennen will. Für Todd ist die USA ein Land der KonsumentInnen, der Rest der Welt seien die ProduzentInnen – und das kann seiner Ansicht nach auf Dauer nicht gut gehen. Die Tage der USA seien gezählt. Daher sein „Nachruf auf die USA".

Markus Wolschlager
Redaktionsmitglied und Student am ipw

Bücherhinweise:
Max **Horkheimer**, Theodor W. **Adorno**: Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente. Fischer-Verlag, Frankfurt am Main, 1969 (zuerst New York 1944). ** +
Hannah **Arendt**: Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft. Antisemitismus, Imperialismus, totale Herrschaft. Piper, München/Zürich, 2000 (zuerst New York 1951). ** ++
Hannah **Arendt**: Vita activa oder Vom tätigen Leben. Piper, München/Zürich, 2001 (zuerst Chicago 1958). * +++
Noam **Chomsky**: Profit over people. Neoliberalismus und globale Weltordnung. Europa-Verlag, Hamburg/Wien, 2001. * +
Immanuel **Wallerstein**: Utopistik. Historische Alternativen des 21. Jahrhunderts. Promedia, Wien, 2002. * ++
Jürgen **Habermas**: Theorie des kommunikativen Handelns. Band 1: Handlungsrationalität und gesellschaftliche Rationalisierung. Band 2: Zur Kritik der funktionalistischen Vernunft. Suhrkamp, Frankfurt am Main, 1981. *** +
Pierre **Bourdieu**: Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft. Suhrkamp, Frankfurt am Main, 1982 (zuerst 1979). *** +++
Samuel P. **Huntington**: Kampf der Kulturen. Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert. Siedler-Verlag, München/Wien, 1996. * +
Francis **Fukuyama**: Das Ende der Geschichte. Wo stehen wir? Kindler-Verlag, München, 1992. ** +
Ruth **Wodak**, Rudolf de **Cillia**, Martin **Reisigl**, Karin **Liebhart**, Klaus **Hofstätter**, Maria **Kargl**: Zur diskursiven Konstruktion nationaler Identität. Suhrkamp, Frankfurt am Main, 1998. * ++
Michael **Hardt**, Antonio **Negri**: Empire. die neue Weltordnung. Campus-Verlag, Frankfurt am Main/New York, 2002 (zuerst Cambridge 2000). *** ++
Robert **Kagan**: Macht und Ohnmacht. Amerika gegen Europa in der neuen Weltordnung. Siedler-Verlag, Berlin, 2003. * +
Joseph S. **Nye**: Das Paradox der amerikanischen Macht. Warum die einzige Supermacht der Welt Verbündete braucht. Europäische Verlagsanstalt, Hamburg, 2003. * +
Emmanuel **Todd**: Weltmacht USA. Ein Nachruf. Piper, München/Zürich, 2003. * ++

Legende:
Schwierigkeitsgrad: * = leicht, ** = anspruchsvoll; * = schwierig**
Empfehlungsgrad: + = eventuell mal lesen; ++ = sehr empfehlenswert; +++ = ein „must-have"-Buch!

Fußnoten:
(1) Horkheimer/Adorno 1969, S 31.
(2) vgl. Arendt 2000, S. 867.
(3) Hannah Arendt, Mary McCarthy: Im Vertrauen. Briefwechsel 1949-1975. Herausgegeben und mit einer Einführung von Carol Brightman. Piper, München/Zürich, 1997, S. 486.
(4) Arendt 2001, 14.
(5) vgl. a.a.O., 218.
(6) vgl. a.a.O., 221.
(7) vgl. a.a.O., 236.
(8) a.a.O., 219.
(9) a.a.O., 252.
(10) Wallerstein 2002, 95.
(11) vgl. Habermas 1981, Bd. 1, S. 446.
(12) vgl. Bourdieu 1982, S. 624, Fußnote 6.
(13) a.a.O., S. 585.
(14) vgl. Huntington 1996, S. 57 ff.
(15) a.a.O., S. 531.
(16) vgl. Fukuyama 1992, 86 f.
(17) vgl. Hardt/Negri 2002, S. 400-420.

Copy and **Paste**

Von Birgit Sauer

Die Bienchen tun's, die Asiaten tun's, so sagt man, Studierende aller Fachrichtungen tun's, und honorige Politikwissenschaftler tun's - ja auch die!!! - das Plagiieren. Inzwischen haben sich wissenschaftliche Vereinigungen Kodizes gegeben, in denen das Abschreiben ohne Quellenangabe als unethisches Handeln gebrandmarkt und mit öffentlichem Bloßstellen geahndet wird. Diese Entwicklung als "political correctness" zu diffamieren, verkennt das Problem: nämlich den Diebstahl geistigen Eigentums und die damit verbundene Entwertung der eigenständigen intellektuellen Leistung des/der plagiierten Autors/Autorin, aber auch der potenziellen Leistungsfähigkeit der AbschreiberIn, also auch von Studierenden.

Mit dem problemlosen Zugang zum World Wide Web ist das Plagiieren aus dem Internet zu einem globalen "Trendsport" (Schätzlein 2003) - wie gesagt nicht nur - von Studierenden geworden. Die Ertappten (dies sind zwar am Wiener Institut nicht wenige, aber sicher nur ein kleiner Bruchteil, denn schließlich sind die Lehrenden keine Plagiatspolizei) erklären sich in der Regel mit Unwissenheit, meist aber mit Zeitknappheit. Wie sich Zeitknappheit, Arbeitsüberlastung in Job und Studium mit schlichter Dummheit paaren, kann ich aus eigener Erfahrung bezeugen: Soll ich lachen, weinen oder hysterisch aufschreien, wenn ich einen meiner eigenen Internettexte als Hausarbeit abgeliefert bekomme? Das ist sicher nur ein Extremfall, aber eine gewisse Naivität scheint mit dem Plagiieren einher zu gehen, denn meist reicht ein kurzer (wenn auch nervtötender) Klick auf einschlägige Suchmaschinen, um die Blaupause für "verdächtige" Hausarbeiten im Netz zu finden.

Also: Auch HochschullehrerInnen kennen die einschlägigen Webseiten (eine Auswahl siehe unten), und inzwischen gibt es eigene Programme, die Plagiate aufspüren können (siehe ebenfalls unten). Die Verdachtsmomente sind für geübte LeserInnen von Hausarbeiten in der Regel offensichtlich: kein oder wenig Bezug zum Seminar- oder Vorlesungsthema, keine Referenz auf die Literatur des Seminars bzw. der Vorlesung, geschliffene Sprache oder elaborierte Fachtermini sowie Formatierungsfehler. Es gibt sicher auch das intelligente Abschreiben aus dem Internet, doch ich vermute, dass das ebenso zeitaufwändig ist, wie eine eigene intellektuelle Leistung, sprich: schriftliche Seminararbeit zu erbringen. Und das Internet als Quelle - freilich nur nach eingehender Quellenkritik, die jedoch komplizierter ist als bei qualitätsgeprüften fachwissenschaftlichen Journalen oder Büchern - zu verwenden, ist ja nicht verboten.

Dass es im Studium und beim wissenschaftlichen Arbeiten nicht darum geht, andere geistig zu beklauen, sollte selbstverständlich sein. Dass Lehrende ihre knappe Zeit nicht als PlagiatsschnüfflerInnen vergeuden sollten und wollen, ebenso. Wie dem Problem des Gedankenklaus beizukommen ist, ist aber noch ziemliches Neuland: eher permissiv-verantwortungslos ("Die Studis werden im wirklichen Leben schon merken, wenn sie nur abschreiben und dabei nichts lernen") oder repressiv (sprich: Ausschluss aus dem Studium)?

US-amerikanische Universitäten - sowohl von "law and order-Imperativen" getrieben, wie auch von Gerechtigkeitsvorstellungen in Bezug auf "eigene Leistung" inspiriert - haben inzwischen Hochschul-Kodizes erlassen, die das Plagiieren mit einem Hochschulverweis ahnden. Auch einige deutsche Hochschulen haben Maßnahmen gegen das Abschreiben aus dem Internet ergriffen: So müssen Studierende beispielsweise in Mainz und Darmstadt zu jeder Hausarbeit (nicht nur zu Diplomarbeiten und Dissertationen) eine Erklärung abgeben, dass sie die Arbeit selbstständig erstellt bzw. alle verwendeten Quellen angeführt haben (heise online vom 12.2.2003). Bei einer Plagiatsenthüllung ist durch diese Erklärung der Rechtstatbestand des "Betrugs" erfüllt und kann zur Grundlage eines Prozesses mit dem Ziel des Studienrichtungs- oder Hochschulverweises werden. In erster Linie soll eine solche Verfügung freilich abschreckende Wirkung haben.

Auch einige österreichische Hochschulen denken inzwischen darüber nach, ein solches Verfahren zu implementieren. - Wie ist nun die Policy am Wiener Institut für Politikwissenschaft? Seit dem Sommersemester 2004 muss zu jeder Hausarbeit eine Erklärung unterschrieben werde, in der der/die AutorIn versichert, die Arbeit selbstständig verfasst zu haben. Wird ein Studierender beim Plagiieren erwischt, beginnt ein mehrstufiges Verfahren, an dessen Ende der Ausschluss aus der Studienrichtung Politikwissenschaft steht: Alle PlagiatorInnen werden in einer "schwarzen Liste" erfasst. Mit dem stellvertretenden Vorsitzenden der Studienkommission, Dr. Windhager, wird ein Protokoll des Tatbestandes aufgenommen, das ebenfalls zur "schwarzen Akte" kommt. Werden sie ein zweites Mal beim Abschreiben erwischt, ist dieses Dokument die Grundlage für die Einleitung eines Ausschlussverfahrens aus der Studienrichtung.

Der Zwischenweg zwischen laissez-faire und Repression ist ohne Zweifel Kommunikation. Wer würde die Not der Zeitknappheit beim wissenschaftlichen Schreiben besser kennen als WissenschaftlerInnen, die die Lehrenden am Institut ja sind. Der Weg in die Sprechstunde lohnt sich.

Allgemeine Suchmaschinen
www.google.de
www.alltheweb.com
www.lycos.de
www.altavista.de
www.fireball.de

Meta-Suchmaschinen
www.ez2www.com
www.metager.de
www.metacrawler.com

Suchmaschinen-Verzeichnisse
www.klug-suchen.de
www.suchmaschinen-verzeichnis.de
www.suchmaschinen.de

Datenbanken für Hausarbeiten
www.hausarbeiten.de (18.000 Hausarbeiten aller Fachgebiete)
www.fundus.org
www.referate.de
www.referate.com
www.unifuchs.de
www.student-online.de
www.studis-online.de/Studieren/referate
www.unicum.de/hausarb/
www.diplomarbeiten-online.com
www.diplomarbeit.de
www.diplomarbeiten24.de
www.wissen24.de

Meta-Suchmaschinen für Hausarbeiten
www.homeworxx.de
www.kosh.de

Plagiat-Suchdienste (diese Suchdienste sind kostenpflichtig)
www.turnitin.com
www.plagiarism.org
www.plagiarism.com
www.canexus.com
www.wordchecksystems.com
www.integriguard.com
www.plagiserve.com

So kommt man Plagiaten auf die Spur:
http://plagiat.fhtw-berlin.de/ff/

Literatur:
Heise online. URL: www.heise.de/newsticker
Koch, Christoph 2002: Professor Wachsam, in: Der Tagesspiegel vom 21.11.
Schätzlein, Frank 2003: Studentischer Trendsport "Copy-and-Paste". Plagiate erkennen, überprüfen und verhindern. In: ZWO.E-Journal des Instituts für Germanistik II der Universität Hamburg, Sommersemester 2003. URL: www.rrz.uni-hamburg.de/zwo/
Weber, Karsten 2002: Hausarbeiten und Referate aus dem Internet - Plagiate an der Universität. URL: www.phil.euv-frankfurt-o.de
Weber-Wulff, Debora 2002: Schummeln mit dem Internet? Praxistipps aus der Sicht einer Professorin, in: c't, H. 1, S. 64-69

Birgit Sauer
a.o. Professorin am ipw

wichtige Kontakte

Kontakt:

www.univie.ac.at/politikwissenschaft
NIG, Universitätsstr. 7, 2. Stock
1010 Wien
service.politikwissenschaft@univie.ac.at

Montag - Mittwoch:	9.00 bis 12.00 Uhr und 13.30 - 15.30 Uhr
Donnerstag:	9.00 bis 15.30 Uhr
Freitag:	9.00 bis 12.00 Uhr

Fr. Monja Martinkovich/

Fr. Jutta Grahofer	Zentrum für Studienangelegenheiten	Zimmer D 204
	Monja.martinkovich@univie.ac.at	Tel.:4277/47706
	jutta.grahofer@univie.ac.at	Tel.:4277/47705, Fax: 4277/9477
Fr. Irene Graf	Zentrum für Studienangelegenheiten	Zimmer D 202
	irene.graf@univie.ac.at	Tel.: 4277/47701

Montag:	9.00 bis 12.00 Uhr
Dienstag:	9.00 bis 12.00 Uhr
Mittwoch:	9.00 bis 12.00 Uhr
Donnerstag:	9.00 bis 15.30 Uhr
Freitag:	9.00 bis 12.00 Uhr

Fr. Wilma Guggenberger/

Fr. Michaela Kathan	Verwaltung	Zimmer B 215
	wilhelma.guggenberger@univie.ac.at	Tel.: 4277/47704
	michaela.kathan@univie.ac.at	Tel.: 4277/47704, Fax: 4277/9477

Montag - Freitag: 9.00 bis 13.00 Uhr

Fr. Ursula Grob/

Hr. Stefan Schreier	Verwaltung	Zimmer B 217
	ursula.grob@univie.ac.at	Tel.: 4277/47702
	stefan.schreier@univie.ac.at	Fax: 4277/9477

Montag:	9.00 bis 12.00 Uhr
Dienstag:	9.00 bis 12.00 Uhr
Mittwoch:	9.00 bis 12.00 Uhr
Donnerstag:	9.00 bis 12.00 Uhr
Freitag:	9.00 bis 12.00 Uhr

Sekretariat Hohenstaufengasse
e-mail: staatswissenschaft@univie.ac.at

wichtige Adressen

Arbeitskreis Ost (AKO) 0664/3519919 m.springnagel@arbeitskreis-ost.at http://www.arbeitskreis-ost.at

BIT - Büro für Internationale Forschungs- und Technologiekooperation ++43 1 581 16 16 - 108 bit@bit.ac.at http://www.bit.ac.at

Büro für akademische Mobilität - BAMO ++43/1/4277 / 28185 bamo@oead.ac.at http://www.oead.ac.at

CARE Österreich, Verein für Entwicklungzusammenarbeit +43/1/7150715 care@care.at http://www.care.at

Diplomatische Akademie Wien ++43/1/505 72 72 diplomat@dak-vienna.ac.at http://www.dak-vienna.ac.at/

Europaforum Wien ++43/1/585 85 10 20 institut.efw@europaforum.or.at http://www.europaforum.or.at/wien

Forschungsinstitut für mittel- und osteuropäisches Wirtschaftsrecht (FOWI) ++43/1/313 36/41 99 FOWI@wu-wien.ac.at http://www.fowi.at

Industriellenvereinigung (IV) ++43/1/711 35/2401 - 2402 a.trinkel@iv-net.at http://www.iv-net.at

Institut für den Donauraum und Mitteleuropa (IDM) ++43/1/319 72 58/12 s.rosar@idm.at http://www.idm.at/

Institut für die Wissenschaften vom Menschen ++43/1/313 58-0 Strohschein@iwm.at http://www.univie.ac.at/iwm

Institut für Höhere Studien und wissenschaftliche Forschung (IHS) 0043/1/599 91-0 felderer@ihs.ac.at, isa@ihs.ac.at http://www.ihs.ac.at

Kreisky Forum für Internationalen Dialog 01/318 82 60 kreiskyforum@kreisky.org http://members.eunet.at/kreiskyforum

KulturKontakt Austria 43/1/523 87 65 kk@kulturkontakt.or.at http://www.kulturkontakt.or.at

The Club of Rome - European Support Centre +43-1-5125770 office.europe@clubofrome.at http://www.clubofrome.org

Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche (WIIW) ++43/1/533 66 10 wiiw@wsr.ac.at http://www.wiiw.ac.at/

World University Service (WUS Austria) ++43/316/38 22 58 wus.austria@graz.telecom.at http://www.wus-austria.org

ÖGUT-Ostinfostelle (Österreichische Gesellschaft für Umwelt und Technik) ++43/1/315 63 93-15 oegut@via.at http://www.oegut.at/

Österreich-Kooperation in Wissenschaft, Bildung und Kunst ++43/1/317 49 35, 317 69 93 oek.knafl@magnet.at http://www.oek.at

Österreichische Gesellschaft für Politikwissenschaft ++43/1/599 91-166 hafner@ihs.ac.at http://www.ihs.ac.at/pol/oegpw

Österreichisches College - Europäisches Forum Alpbach +43 (1) 718 17 21, +43 (1) 718 forum.alpbach@netway.at http://www.forum-alpbach.at/

Österreichisches Institut für Internationale Politik (OIIP) +43/1/581 11 06 info@oiip.at http://www.oiip.at

Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO) ++43/1/798 26 01-0 egger@wsr.ac.at http://www.wifo.ac.at/

Österreichisches Ost- und Südosteuropa-Institut (OSI) ++43/1/512 18 95 sekretariat@osi.ac.at http://www.osi.ac.at/

Bitte beachten Sie auch die links auf der Instituts-Homepage, die laufend aktualisiert werden.

Interfakultärer Wahlfachkorb **GENDER STUDIES** im Rahmen der freien Wahlfächer

Von Birgit Sauer

Mit der Implementierung der neuen Studienpläne ist es ab dem WS 2002/2003 möglich, Gender Studies als interfakultäres Wahlfach zu studieren. Dies betrifft insbesondere die Studierenden der Geistes- und Kulturwissenschaften sowie der Human- und Sozialwissenschaften, da in diesen Fakultäten der Anteil der frei wählbaren Stunden im freien Wahlfachbereich im Allgemeinen 48 SSt. beträgt (ehemals kombinationspflichtige Fächer). Der Wahlfachkorb steht prinzipiell jedoch Studierenden aller Fakultäten offen. In den anderen Fakultäten sind die freien Wahlfächer im jeweils definierten Umfang (10% der Gesamtstundenzahl) ohnehin frei belegbar.

Die Anerkennung des Wahlfaches ohne Einzelgenehmigung ist in der vormaligen Human- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät und jetzigen Sozialwissenschaftlichen Fakultät in allen Studienfächern gegeben, die im Studienplan das Wahlfach Gender Studies empfohlen oder für den freien Wahlfachbereich eine generelle Empfehlung ausgesprochen haben (Anlage 1.41.1 Uni StgG). Fehlt eine solche Empfehlung, ist vor der Wahl des interfakultären Wahlfaches Gender Studies die Genehmigung ("Nichtuntersagung") die/der Studienkommisionsvorsitzenden einzuholen (Anlage 1.41 2 UniStG).

Der interfakultäre Gender Studies Wahlfachkorb sieht 3 Alternativen vor:

24 Semesterwochenstunden (Basismodul mit je 1 Grundlagen- und thematischem Schwerpunktmodul, 6 Semesterwochenstunden frei wählbar)

36 Semesterwochenstunden (bzw. 38 im Rahmen der BA-Studiumsvorschriften) (Basismodul mit 2 Grundlagen- und 1 thematischem Schwerpunktmodul, 12/14 Semesterwochenstunden frei wählbar)

48 Semesterwochenstunden (Basismodul mit 2 Grundlagen- und 2 thematischem Schwerpunktmodul, 18 Semesterwochenstunden frei wählbar)

Die genannten Varianten sollen im Studienabschlusszeugnis zertifiziert werden. Das 24 SWS Stunden Modul Gender Studies ist kombinierbar mit einem 24 SWS Modul Cultural Studies. Verbindlich für das Studium aller Varianten ist das Basismodul.

Folgende Module stehen zur Auswahl:

Basismodul (6 SWS)

Grundlagenmodul à 6 SWS)
a) Feministische Theorien und Gender Theorien
b) Wissenschafts- und Sprachkritik, Methoden
c) Geschlechterverhältnisse: Soziale Wirklichkeiten

Thematische Fachmodule (à 6 SWS)
a) Repräsentation und Sprachsymbolik der Geschlechterkonstruktion
b) Zeitliche und kulturelle Manifestationen von Gender und deren Wandelbarkeit
c) Politik, Staat, Recht und Geschlechterordnung
d) Interkulturalität, Religion und Geschlecht
e) Ethik und Geschlecht
f) Frauen- und Geschlechterforschung in Naturwissenschaft, Technik und Medien

Im Projektzentrum Genderforschung wird eine Liste der Institute gesammelt, welchen Modulen die an den verschiedenenen Instituten abgehaltenen Lehrveranstaltungen zuzuordnen sind. Die Hoheit der Zuordnung, Anrechnung, Prüfungsmodalitäten von Veranstaltungen obliegen den Studienkommissionen der Herkunftsfächer der Studierenden. Ein interfakultäres Organ als Steuerungsgruppe und Entscheidungsgremium für das Wahlfach und weitere Planungsinitiativen besteht gegenwärtig informell als AG, wird jedoch als demokratisch legitimiertes Gremium angestrebt.

Kontakt:
Projektzentrum Genderforschung
Spitalgasse 2, Universitätscampus Hof 7
1090 Wien
T +43 (0)1 4277-184 51
F +43 (0)1 4277-184 59
Beratungstermine: jeden Dienstag, jeweils von 13.30 bis 15.30
http://www.univie.ac.at/gender

Birgit Sauer
a.o. Professorin am ipw

Internationale Entwicklung

Von Petra Purkarthofer

Das Projekt Internationale Entwicklung wird weitgehend vom Mattersburger Kreis für Entwicklungspolitik an den Österreichischen Hochschulen getragen. Dieser entstand auf Drängen einer Gruppe engagierter Lehrender bereits in den 70er Jahren, um der fehlenden Auseinandersetzung mit Entwicklungspolitik an Österreichs Hochschulen entgegenzuwirken. In den letzten Jahren hat sich der Kreis der Gründergeneration um eine Gruppe junger Lehrender erweitert, die nun am Ausbau und der Umsetzung folgender Aktivitäten gemeinsam arbeiten:

Internationale Entwicklung kann seit dem Wintersemester 2002/2003 als Individuelles Diplomstudium studiert werden. Für Studierende der Politikwissenschaft scheint es als Schwerpunktbildung für die freien Wahlfächer interessant. Das Kommentierte Vorlesungsverzeichnis der Internationalen Entwicklung finden Sie unter: http://www.univie.ac.at/int-entwicklung/studieren/kovo/index.html

Herausgabe des Journals für Entwicklungspolitik (JEP): Das JEP ist die führende wissenschaftliche Zeitschrift für Fragen von Entwicklungstheorie und -politik in Österreich. Seine zentrale Zielsetzung ist es, Forum für eine breite kritische Diskussion in Österreich und darüber hinaus im gesamten deutschen Sprachraum zu sein. Hierbei finden entwicklungspolitische Diskussionen über Konzepte wie Zivilgesellschaft und Institutionen der Entwicklungszusammenarbeit ebenso Eingang wie mikrosoziale Untersuchungen über Gender oder Gegenmachtstrategien. Makrosozialen Analysen über Migration und regionale Integration wird ebenso Raum gewidmet wie der Schwerpunktanalyse bestimmter Länder oder Regionen. Ein besonderes Anliegen der Redaktion ist es, anspruchsvolle und internationalen Standards entsprechende Beiträge von jungen ForscherInnen aus dem In- und Ausland zu veröffentlichen. Rund zwei Drittel der Beiträge erscheinen in deutscher, ein Drittel in englischer Sprache.
(Quelle: http://www.univie.ac.at/ie/jep/)

Gesamtösterreichische Entwicklungstagung: Der Mattersburger Kreis und die AGEZ (Arbeitsgemeinschaft Entwicklungszusammenarbeit) veranstalteten im Dezember 2003 bereits zum zweiten Mal die Österreichische Entwicklungstagung. Die Konferenz versucht unter dem Motto "Globalisierung entwickeln" im Dialog zwischen Wissenschaft und Praxis herkömmliche Sichtweisen auf Globalisierung kritisch zu hinterfragen sowie die Möglichkeiten und Veränderungen für die EZA in diesem Umfeld zu diskutieren. Die Entwicklungstagung wird durch Reflexionstreffen vor- und nachbereitet (siehe: http://www.univie.ac.at/int-entwicklung/Tagung/).

Weitere Publikationen bzw. Buchreihen, die vom Mattersburger Kreis getragen werden, finden Sie unter: http://www.univie.ac.at/int-entwicklung/forschen/publikationen.html

Petra Purkarthofer
Univ. Ass. am ipw

Lonely Planet Dissertation

SPACESHIP POWI 04

Von Claudia Brunner

Vor etwa einem Jahr hat sich eine Gruppe von Studierenden der Politikwissenschaft aus Wien, Innsbruck und Salzburg gebildet, um die erste Graduiertenkonferenz POWI04 (www.ihs.ac.at/powi04) in Wien zu planen, zu organisieren und im Mai 2004 schließlich erfolgreich durchzuführen (1). Aus dieser Initiative ist der Wunsch entstanden, die bereits für die Konferenz ausschlaggebenden Ziele längerfristig koordiniert weiter zu verfolgen: Vernetzung, allgemeiner Informationsaustausch, Interessenvertretung, inhaltlicher wissenschaftlicher Austausch. Ein offenes Forum von DissertantInnen trifft sich seither, um die weitere Vorgangsweisen zu überlegen und konkrete Schritte zu setzen.

Insbesondere DissertantInnen der Politikwissenschaft sind herzlich eingeladen, sich dieser Initiative anzuschließen. Informationen über Treffpunkte werden vor allem über die PhD-Mailingliste verbreitet, die einer vorangegangenen Initiative von DissertantInnen zu verdanken ist und bereits seit einiger Zeit für wichtigen Informationsaustausch sorgt. Sie ist auch offen für interessierte Nicht-DissertantInnen und kann durch ein E-mail an PhD_Politikwissenschaft-subscribe@yahoogroups.de abonniert werden.

Laufende Neuigkeiten werden auch auf der Institutshomepage veröffentlicht: www.univie.ac.at/politikwissenschaft

Mag.[a] Claudia Brunner promoviert über Geschlechterimplikationen von Diskursen zu Selbstmordattentaten in den Internationalen Beziehungen am ipw der Uni Wien und lehrt dort auch im Rahmen des Studienschwerpunkts "politische Frauen- und Geschlechterforschung".

Kontakt: claudia.brunner@univie.ac.at

PS.: Die Liste weiterer Ansprechpersonen ist lang - und somit die Wahrscheinlichkeit, einem/einer POWI04 in den Gängen des Instituts über den Weg zu laufen, also gar nicht so gering! Just ask for more!

Fußnote:
(1) siehe dazu auch:
Thomas König: Die besten Köpfe? in: Politix 17/2004, S. 23: www.univie.ac.at/politikwissenschaft > Politix
Eva G. Heidbreder/Stephan D. Hofer: Neue Impulse für die Politikwissenschaft in Österreich. Erfolgreiche Graduiertenkonferenz bietet Anstoß für neue Initiativen, in: ÖZP, 33. Jg (2004), Heft 2, S. 227-232

Gender Studies Studis
oder
(k)ein Spiegel der Professorin

Von Hanna Hacker

sie nicht ich, sieh, see, cu

Vorne stehen, darauf läuft es raus. Wo sie steht oder sitzt oder geht, im Kreis, frontal bei Overhead und Tafel, im unerwartet hintersten Eck, dort ist, ist sie Professorin, vorne.
Vorne mit dem Kanon jonglieren, Begriffe und Namen der Feminist Studies, sie kommen wie alte FreundInnen, die sich, sie, wir allesamt kennen, nein nein, gar nicht jede/r weiß!, hallo Performance, hallo Subalternität, hallo Donna, Gloria, Michel, Prost mit dem Cocktailglas, das leisten wir uns, manchmal ist es wie Tanzen, Wirbeln, wie Schubsen, Lachen, sich Entfalten, mehr Entfalten, Konfetti. In die Falle des Überschätzens geht sie immer wieder. Was kann sie voraussetzen, das kann sie nicht voraussetzen, sie setzt immer noch zu oft zu viel voraus. Gelegentlich hasten dann Kulis über Papier, immerhin, doch dann trägt Schweigen und Erstarren den Raum, dann wird die eigene Haut wie betäubt ohne Echo, dann fällt sie in Ratlosigkeit, wo anfangen mit Erklären. Mit Lehren. Echo war eine in Narziss verliebte Nymphe. Salome ein Transvestit.
„Ich vermißte Sie gestern in der Vorlesung“(1).
Hier am Gender Kolleg mit den Postgraduates – viel eher als am Institut mit den ins Bakkalaureat Gequetschten – scheint es ihr oft wie damals, die gute alte Zeit der frühen Frauenforschungsseminare!, und erinnern kann sich manch eine noch selbst. Das Engagement, das sich nicht aufrechnet, die Lust am Überschuss im Denken, im Lesen, im Referieren, im Schreiben, im Organisieren, das Zugegen Sein, weil feministische Theorie begeistert, Schein hin oder her, die Präsenz, weil der Gender Studies Ansatz selbstverständlich. Das Mischen der Disziplinen. Das Du?
Was es heisst, dass sie sie jederzeit treffen können, weiss sie nun wieder, eine Rückkehr ins Wissen nach den Jahren tief im Süden und näher im Osten, zumeist als allmähliches Sich-Wieder-Einpassen, in Momenten ein Flash plötzlicher Erinnerung. Dass sie sie treffen kann in den Szenekontexten und in den Straßen, dass dies sich nutzen läßt (bring mir die Arbeit heut abend ins Kino); dass dies drauf achten macht, was wann wo lieber nicht. (Im Jonasreindl nicht in saucetriefende Falafel beissen! In Chaps auf dieses Fest nicht ohne Jacke drüber!)
„Ich habe die Unart angenommen, den Vortrag immer an eine bestimmte Person im Hörerkreis zu richten, und starrte gestern wie gebannt in die Sitzlücke, die man für Sie gelassen hatte.“ (2)
Schwierig bleibt für sie und für sie alle, das feministische Forschungsparadigma geradeheraus anzusehen, anzugehen, was es bedeutet und wie fern dies ist, „voice“ und eine wie auch immer lokale Befreiungsperspektive, das Prinzip des Emanzipatorischen, des Weg-mit-dem-Hegemonialen als Maßstab für Wissensvermittlung und -erarbeitung, Transformation von geschlechtlichen Machtverhältnissen (Schluß-mit-Heteronormativität) beim akademischen Selbst-Denken und Selbst-Handeln. Sie will, dass hinzu gesprochen wird, aber wie.
Dipl-Diss-Schreiben greift den Körper an, stellen sie fest im Forschungsseminar.

sandra, raissa

Fürs „Winter“-Semester 2003/2004 plane ich Lehrveranstaltungen im Rahmen des postgradualen Gender Studies Unit am Women’s Studies Department der University of Buea, Kamerun. Ich kenne die Unis in diesem Land ein wenig von früher. Jährlich ändert sich doch viel: vielleicht.
Vielleicht ist alles ganz anders. Trotzdem: Stellen Sie sich vor, Sie seien eine Studentin in einem Gender Studies-Programm an einer Universität in Zentralafrika. Die Universität ist völlig fiktiv; Sie sind es, du bist es auch.
Mit hoher Wahrscheinlichkeit erinnerst du dich nicht, sehr wohl schon von Judith Butler gehört zu haben. Mit hoher Wahrscheinlichkeit kannst du Werke von Simone de Beauvoir nennen, von Mary Daly, Alice Walker. Du bist vertraut mit Cheikh Anta Diops Theorien zur matriarchalen Weltgeschichte und mit Harriet Whiteheads Forschungen über Geschlechterkonstruktionen in Stammeskulturen des 20. Jahrhunderts. Du bist mit dem Konzept „Womanism“ vertraut. In deiner Universitätsstadt teilst du ein Zimmer mit deiner besten Freundin. Oft debattiert ihr zwei die ganze Nacht. Wie möchtet ihr leben? Ihr versichert einander, dass ihr so richtig „schlechte“ Frauen werden und dies vollauf genießen wollt. Selbstverständlich wünscht ihr euch Kinder. Die Freundschaft zwischen deiner Zimmergenossin und dir nimmt einen zentralen Platz in deinem Tagebuch ein. Deine Großmutter würde es nicht lesen können. Wenn du endlich die Diplomarbeit geschafft hast, willst du es mit einem Job in einer internationalen NGO versuchen oder in einem Consultingbüro. Würdest so gern ins Feld, in die Dörfer, Fachfrau für Animation,

gelegentlich eine statistische Untersuchung. Und jeden Kontakt ins Ausland nutzen. Egal wofür und wohin.
Es gibt ungefähr zehn Internet-Terminals am Campus, für mehrere Dutzend Angehörige des Lehrkörpers und mehrere tausend Studierende. Jede dieser Personen darf einen Computer gratis 30 Minuten am Tag benutzen. Es gibt oft Strom, die Leitungen werden bald digitalisiert, seit die Satellitenverbindungen stehen, ist Surfen viel leichter geworden.
Es gibt wenige Clos am Campus, und noch weniger in den Cafés und Bars der Umgebung. Manche finden sie unbenutzbar. Gastdozentinnen aus Europa, zum Beispiel, verbringen den ganzen Arbeitstag, ohne zu pinkeln – und daher auch, ohne zu trinken. Wochen, Monate und Jahre. Du fragst dich, wie sie das machen, bei bis zu zehn Unterrichtsstunden am Tag.
In den Lehrveranstaltungen diskutiert niemand so, wie du und deine Mitbewohnerin das so viele Abende und Nächte tun. Jemand hält ein Referat. Die anderen schreiben fieberhaft mit, müssen sie doch alles bei den Prüfungen eins zu eins wiedergeben. Wenn die Noten heraußen sind und deine sind schlecht und du denkst nur noch daran, dass deine ganze Familie und dein halbes Dorf für die Studiengebühren zusammengelegt hat, dann siehst du mehrere Möglichkeiten. Du kannst deine Professorin während ihrer Sprechstunden aufsuchen, in ihrem Büro in Tränen ausbrechen, laut heulen, vielleicht sogar dich auf den Boden werfen. Bis sie dir vielleicht noch eine Chance gibt, dich nochmals prüft und neu benotet. Handelte es sich um einen männlichen Professor, zögest du sexuelle Dienstleistungen im Tausch gegen eine bessere Note in Erwägung.
Später machst du ein Diplom in Afrikanologie in Bayreuth. (Bayreuth, ausgerechnet!) Vom Doktorat in Harvard bleiben Träume.
Erinnern Sie sich, Sie sind nur eine virtuelle Gestalt in meiner Phantasie.

theo, sol

Der Kanon, ja, und was vorausgesetzt werden kann: Anderswo als im Westen ist es für sie aus dem Westen, welchem Westen, stets einfacher, sich der Widersprüche bewusst zu bleiben, denen sich in jeder Situation zu stellen ist; kaum je weicht die Spannung zwischen dem Lehren/-Lernen „des“ feministischen Gender Studies-Kanons und dem Selbst-Einwand von den Rändern, oft furios: wirklich? das gilt? wer schreibt? von welchem Ort, in welcher Sprache? keine sonst?
Im Studienjahr 2001/2002 war ich Gastprofessorin am Department of Gender Studies der Central European University in Budapest, einer US-amerikanisch finanzierten, postgradualen „Exzellenz“-Einrichtung für sehr ausgewählte Studierende aus der Region Zentral- und Osteuropa. Einzelne kommen von nochmal ganz woanders, wo (ebenfalls) Krieg war, Krieg ist. Ein Jahr lang schreiben sie bis zur Erschöpfung. Ein dichtester, ein verschulter, ein Ost-West-Nord-Süd-hybrider Studienplan. Feministische Theorie: Master of Arts, not Mistress. Nicht ganz ohne Haxlstellen im Fight um einen ausfinanzierten PhD-Studienplatz anschliessend.

„(…) My body is endless, limitless, it is continuously consuming itself, self-combusting, from inside towards outside, re-creating itself from the center to the margins. ‚What center? What margins?’ My infinite centers, my crumbling into themselves like Holocaust people-buildings margins. I do not want to surrender to the one, my inner others are revolving around the center-that-is-none, I am all of them, I am everybody, I am god-the-father (small ‚g’, because big ‚G’ does not exist and we all agree that until further evidence, we should acquit the defendant), I am goddess-the-mother, I am my parents and my (n)ever-born-children. I am even my enemy, I am my oppressors, I am my jackals, I am all the men who set the battlefield at fire, I am all those who set up the rules of the war, I am all those who help death at work, I am the universal battle’s arbitrator, I am the ones who lost the fight, I am the victorious ones. I am both sides of the couple/opposition, I am activity and passivity, I am sun and moon, I am day and night, I am form and matter, I am convex and concave, I am step and ground where steps are taken. I am master and slave, one can not exist without the other. I am language and passion, I am word and desire. I am writing. I am creation. For I am woman, I am bisexual, I am lesbian, I am homosexual, I am transsexual. My body is welcoming my others. My self is the location where the two or three or four or more sexes are present. (…)”(3)

„(…)
In my family only my father has seen snow, it was long time ago. They live in Colombia, my country. A place without seasons, where people with the same religion, the same language and deep inter-racial mix, criollos, mestizos and mulatos have been fighting between each other for more than forty years.
In the middle of November my mother sent me an e-mail. How is winter? Is your clothing warm enough?
This is one of the passages that I wrote at that moment:
How to describe to them the snow? I saw it today for the first time. It was in the morning. I was walking slowly trying to be awake enough to go to the kitchen to prepare my coffee. Suddenly, while I pas putting some water into the coffee machine I saw through the window the floor covered by a white carpet.
I could not escape from the white morning conjure. The time was interrupted and I got trapped into the magic dance. Rhythmically the snow and the wind move following the music of silence.
I tried to hear carefully, I could not hear.
I know the tic-tac, tic-tac, tic-tac, sound of the rain.
How is the sound of the snow?
Imperceptibly the snow, the little particles of snow, are

falling over the cat that is running in the garden, over the black jacket of the woman who is taking the bus, over the grass that is loosing the green to become white.
Softly the landscape is turning white.
I am drinking my coffee. I am thinking in the silence of the snow.
I started the letter for my family.
The snow is silent.
(…)"(4)

see, cu, uc, c, sí

„(…) und (ich) bin froh zu hören, daß Ihr Besuch im Lager des männlichen Protestes an der Verursachung Ihres Ausbleiens unbeteiligt ist", las Sigmund Freuds Kollegin und Schülerin, die Schriftstellerin Lou Andreas-Salomé, in Wien im November 1912 (5). Die Theorie vom männlichen Protest gehörte zu einem Denker von der Konkurrenz; deshalb der Anflug von Eifersucht hier. Marjorie Garber deutet die Salomé dieser Briefpassage als den verschleierten, den ausgelöschten Phallus, als eine prototypische Figur der Transgression (6). Die abwesend Anwesende, die, für die gesprochen wird, die russischer Herkunft mit orientalischem Namen, Tänzer/in ungewissen Geschlechts, „Studi", die kommt und geht nach eigenem Willen (bring mir den Kopf des Jochanaan), sieh/sie als Verkörperung der Kategorienkrise schlechthin… was Besseres könnten Sie finden?
Nicht leicht.
Sí.

Hanna Hacker
Soziologin mit Arbeitsschwerpunkten auf historischer Geschlechterforschung, Cultural Studies und Postcolonial Studies in feministischer und Queer Theory-Perspektive war im Sommersemester 2003 Gastprofessorin am Gender Kolleg der Universität Wien.

Fußnoten:
(1) Sigmund Freud/ Lou Andreas-Salomé: Briefwechsel, hg. von Ernst Pfeiffer, Frankfurt/Main 2. Aufl. 1980, S. 12.
(2) Ebda.
(3) Theodora-Eliza Vacarescu: First Days of Writing or the Haunting I of the Other. Term Paper zum Seminar „Introduction to Queer Theory", Gastprof. Hanna Hacker, Department of Gender Studies, CEU Budapest, Winter 2002, S. 5.
(4) Sol Viviana Rojas: Tales and Reflections from the Other Side of the Ocean. Term Essay zum Seminar „White Genders, White Cultures: Exploring ‚Whiteness' in Humanities", Gastprof. Hanna Hacker, Department of Gender Studies, CEU Budapest, Winter 2002, S. 2-3.
(5) Freud/Andreas-Salomé, Briefwechsel, wie Fußnote 1.
(6) Vgl. Marjorie Garber: Verhüllte Interessen. Transvestismus und kulturelle Angst, Frankfurt/Main 1993, S. 487.

GENDER KOLLEG

Von Birgit Sauer

Das Gender Kolleg an der Universität Wien bietet interdisziplinäre Lehrveranstaltungen und Forschungsseminare für Graduierte im Bereich der Geschlechterforschung an. Das Kolleg ist eine Einrichtung der überfakultären Graduiertenförderung bzw. des interdisziplinären Dissertationsstudiums im Bereich der Geschlechterforschung. Lehrende des Instituts für Politikwissenschaft sind Mitglieder der faculty des Gender Kollegs und bieten Lehrveranstaltungen an.

Die Ziele des Gender Kollegs sind die Vertiefung von Theorie, Methodologie und Methoden in der Geschlechterforschung, die Forcierung der inter- und transdisziplinären Methodologie sowie der Praxisbezug (beispielsweise Frauenförderung, Gender Mainstreaming, Wissenschaftskritik an den Schnittstelle zwischen Natur- und Kultur-/Sozialwissenschaften sowie zwischen gesellschaftlicher Praxis und Wissensgesellschaft). Das Kolleg bereitet derzeit ein Gender Studies-Zertifikat für Doktoratsstudien vor. Angestrebt ist auch die Institutionalisierung eines Graduiertenkollegs, das eigene personelle und finanzielle Ressourcen besitzt und den StipendiatInnen finanzielle Ressourcen zur Promotion zur Verfügung stellen kann.

Da das Gender Kolleg (bislang) noch keine fixe Professur hat, werden die **Lehrveranstaltungen** von GastprofessorInnen bzw. von den Faculty-Mitgliedern bestritten. In jedem Semester werden eine Ringvorlesung, ein Forschungsseminar und ein weiteres Seminar im Rahmen des Gender Kollegs organisiert. Im Wintersemester 2004/05 werden folgende Lehrveranstaltungen angeboten: *Ringvorlesung "Brüche - Geschlecht - Gesellschaft: Verfügbare Menschen ? Geschlecht zwischen Hochtechnologie, Bio-Politik und Wissenschafts- Ideologien", eine Vorlesung "Veränderung der Sozialstruktur und der Geschlechterverhältnisse in Russland", ein Seminar "Eliten und Geschlecht im heutigen Russland" sowie ein Forschungsseminar "Komparative Ansätze in der Frauen- und Geschlechterforschung"* (nähere Infos: http://www.univie.ac.at/Gender-Kolleg).

Das Gender Kolleg möchte einen Beitrag zur Entwicklung einer neuen Wissenschaftskultur leisten.
Mit der Zielsetzung, eine neue Form kollektiver inter- und transdisziplinärer Promotionsbetreuung zu etablieren, setzt das Gender Kolleg neue Maßstäbe für die Wiener Universität. Für die erfolgreiche Umsetzung dieser Zielvorgabe erhielt das Gender Kolleg im Jahr 2001 den Anerkennungspreis für Innovation in der Lehre der Universität Wien.

Aktivitäten: Das BMBWK finanzierte das Pilotprojekt des Gender Kollegs "Ruptures - Gender - Society", das sich mit den Ost-West-Beziehungen beschäftigte. Das Projekt wurde im Mai 2001 abgeschlossen, und die Ergebnisse liegen mittlerweile in Buchform vor:
Alice Pechriggl/Marlen Bidwell-Steiner (Hg.): Ruptures - Gender - Society, Reihe "Materialien zur Förderung von Frauen in der Wissenschaft" des BMBWK, Wien 2003.

Einmal pro Semester veranstaltet das Gender Kolleg einen öffentlichen Vortrag.

Kontakt:
Ansprechpartnerinnen: Eva Knoll, Marion Löffler, Alser Str. 23/12, 1080 Wien,
Tel.: 4277-18361,
E-Mail: gender-kolleg@univie.ac.at,
Website: http://www.univie.ac.at/gender-kolleg

Birgit Sauer
a.o. Professorin am ipw

Bei Fernweh: ERASMUS

Von Katharina Zahradnik

Was ist das ERASMUS-Programm?

Will man seinen Horizont mittels eines Studienaufenthaltes im Ausland erweitern, so ist das ERASMUS-Programm mit Abstand der bequemste Weg. ERASMUS (EuRopean Action Scheme for the Mobility of University Students) ist ein Aktionsprogramm der Europäischen Gemeinschaft, das den Austausch von Studierenden in Europa fördert. Dabei treffen die Universitäten, bzw. die jeweiligen Institute, bilaterale Vereinbarungen über Studienplätze, die einfach nur noch wahrgenommen werden müssen. Neben dem Vorteil, dass man sich den Studienplatz an einer ausländischen Universität nicht bürokratisch erkämpfen muss, gibt es ein ERASMUS-Stipendium. Der größte Teil des Stipendiums besteht darin, dass man weder an der Gastuniversität noch an der eigenen Uni für die Zeit des Auslandsaufenthalts Studiengebühren bezahlen muss. Zusätzlich gibt es ein monatliches Stipendium, das teils aus nationalen, teils aus EU-Mitteln finanziert wird. Die Höhe des Stipendiums variiert je nach Gastland und beträgt zwischen □155,- und □252,- monatlich.

Wie bekommt man ein ERASMUS-Stipendium?

Die Vergabe eines Stipendiums erfolgt über das Institut. Genauer gesagt, gibt es an jedem Institut einen oder eine ERASMUS-KoordinatorIn, der oder die StudentInnen für Studienplätze im Ausland nominiert. Am Institut für Politikwissenschaft ist der zuständige Koordinator Prof. Schütz-Müller. Ein allgemeines Anspruchskriterium ist, dass man sich beim Antritt zum Studienaufenthalt mindestens im dritten Semester des Studiums befindet. Viele Universitäten verlangen aber über diese Vorgabe hinaus, dass man sich bei Antritt im zweiten Studienabschnitt befindet. Konkrete Information darüber, welche Studienplätze zur Verfügung stehen und welche Anforderungen dafür jeweils zu erfüllen sind, erfährt man am besten im persönlichen Gespräch mit Prof. Schütz-Müller. Eine gute Möglichkeit sich auf einen Auslandsaufenthalt vorzubereiten, ist außerdem die Teilnahme am von Prof. Schütz-Müller im Wintersemester veranstalteten Proseminar "Politische Systeme der EU". Das Proseminar ist vor allem dazu gedacht den Austausch zwischen ausländischen Studierenden, die gerade in Wien studieren, mit Wiener StudentInnen, die ein Semester im Ausland planen, zu fördern.

Wohin kann man fahren?

Dank des großen Engagements von Prof. Schütz-Müller kann das Institut für Politikwissenschaft im Vergleich zu anderen Instituten viele Studienplätze an verschiedenen Universitäten anbieten. Die Liste der Unis ist lang und geht vom Süden Spaniens zum Norden Skandinaviens quer durch Europa. Sie wird am Institut ausgehängt und wird auch auf der Homepage des Instituts publiziert.

Weitere Informationen auf folgenden Websites:

Büro für Internationale Beziehungen der Universität Wien
http://www.univie.ac.at/international

Österreichischer Austauschdienst (ÖAD)
http://www.oead.ac.at/

Institut für Politikwissenschaft
http://www.univie.ac.at/Poltikwissenschaft

Kontakt am Institut:
Ao.-Univ.-Prof. Ingfrid Schütz-Müller
E-Mail: ingfrid.schuetz-mueller@univie.ac.at

Katharina Zahradnik
Redaktionsmitglied und Studentin am ipw

ERASMUS - Erfahrungsbericht

Erfahrungen aus einem Erasmus-Jahr in Frankreich.

Von Markus Wolschlager

"Aix-en-Provence ce n'est pas Aix-en-vacance." An diesen Satz in der Begrüßung des Direktors am französischen Politikinstitut IEP (Institut d'Etudes Politiques) werden sich wohl noch die meisten der 150 Auslandsstudierenden erinnern. Und rückblickend steckt darin nur die halbe Wahrheit: Einerseits war der Studienaufenthalt in Südfrankreich natürlich nicht Ferien ("vacance"), wenn die Vorlesungsprüfungen plötzlich auf französisch ablaufen - andererseits gibt es natürlich auch Zeit, das Land und die Mentalität der Menschen näher kennenzulernen.

Vor meiner Anreise nach Aix-en-Provence besuchte ich im September 2003 in Paris noch einen zweiwöchigen Sprachkurs, um meine Französischkenntnisse aus der Schulzeit aufzufrischen und zu verbessern. In Aix-en-Provence, eine etwa 130.000 Einwohnerstadt im Süden Frankreichs, die ca. 30 Kilometer von Marseille entfernt liegt, wohnte ich in einem Studentenheim, welches mit einer Monatsmiete von 130,- Euro für die ansonst teuren Verhältnisse in der Gegend verhältnismäßig günstig war.

Start

Ende September 2003 veranstaltete die Universität eine Einführungswoche für Auslandsstudierende mit der bereits erwähnten Begrüßung des Direktors und einigen hilfreichen Informationen für uns Neuankömmlinge aus aller Welt. Der Rest der Woche war für Formalitäten vorgesehen (Anmeldung an der Universität und Studentenausweis, Einreichen der Unterlagen für die französische Aufenthaltsgenehmigung - der "carte de séjour", Kontoeröffnung bei einem französischen Bankinstitut etc.). Diese Schritte wurden durch die französische Universität erleichtert, indem das Sekretariat Info-Zettel bereitstellte und eine hilfreiche zentrale Anlaufstelle für alle Unklarheiten war. Außerdem gab es in dieser ersten Woche einen von der Universität angebotenen Sprachkurs, der speziell auf politikwissenschaftliche Erfordernisse abgestimmt war. In diesem Kurs wurden auch die Besonderheiten des französischen Universitätssystems erläutert: Kernbestandteil dabei ist die strikte Aufbereitung aller Inhalte nach einem so genannten "plan universitaire", also die Anforderung, dass der Hauptteil jeglicher wissenschaftlicher Arbeit zwischen Einleitung und Resümee stets aus zwei bis drei Unterpunkten besteht und diese Unterthemen wiederum in sich symmetrisch gegliedert sein müssen/sollen. Nach diesem formalen Schema sind nicht nur die Lehrveranstaltungen aufgebaut; bei Prüfungen ist der Stoff ebenso in dieser Form zu präsentieren.

Insgesamt gibt es in Frankreich neun IEP. Es handelt sich um angesehene Hochschulen für politikwissenschaftliche Forschung und Lehre (am IEP liegt der Schwerpunkt eher bei der Lehre). Das IEP zählt in Frankreich zu den so genannten "grandes écoles" und die politikwissenschaftliche Richtung wird (insbesondere in Paris) als "Sciences Po" bezeichnet. Franzosen haben sich am IEP umfangreichen Aufnahmeprüfungen zu stellen und besuchen vorher mehrmonatige Vorbereitungskurse, um in ein solches Institut aufgenommen zu werden. Die Kurse sind anders als in Österreich "schulförmiger" aufgebaut, d.h. tendenziell Frontalunterricht und wenig Diskussion. Doch gerade diese Unterschiede, ob formaler Aufbau nach einem "plan universitaire" oder inhaltliche Gestaltung der Lehrveranstaltungen, machen einen Studienaufenthalt im Ausland meiner Meinung nach erst interessant.

Wochenende!

Der Kontakt mit Studierenden aus anderen Ländern ist relativ leicht gefallen und das entspricht auch der allgemeinen Erfahrung von Erasmus-StudentInnen. Das Kennenlernen von französischen Studierenden dauerte etwas länger, da diese bereits einige Jahre am Institut studieren und schon eigene Freundeskreise haben. Das IEP ist bekannt dafür, dass fast alle Studierenden im dritten Ausbildungsjahr ein Auslandsjahr machen und viele von ihnen gehen auch immer wieder in deutschsprachige Länder, vor allem nach Deutschland und Österreich. Im Herbst gab es ein vom IEP organisiertes deutschsprachig-französisches Wochenende, an dem ein gemeinsames Projekt durchgeführt wurde und auch soziale Kontakte geknüpft werden konnten. An freien Tagen und an Wochenenden gab es verschiedene Angebote von Exkursionen und Ausflügen, um die Gegend besser kennenzulernen. Diese Ausflüge wurden von engagierten Studierenden aus dem Studentenheim organisiert. Außerdem waren die öffentlichen Verkehrsnetze mit Bahn und Bus relativ gut ausgebaut, um auch auf eigene Faust auf Entdeckungsreise gehen zu können

Am IEP habe ich mich für das CEP-Programm eingeschrieben, es handelt sich dabei um das "Certificat d'Etudes Politiques", bei dem insgesamt 60 ECTS Punkte zu absolvieren sind. Dabei gab es zwei verpflichtende Lehrveranstaltungen, die sich allgemein mit dem französischen politischen System beschäftigen: Das war im Wintersemester der Kurs über die "französischen

Institutionen", wo auf die besondere Stellung des Präsidenten in Bezug zur Regierung und anderen Institutionen genau so eingegangen wurde, wie auf die historische Entwicklung Frankreichs bis zur derzeit Fünften Republik, die mit einer neuen Verfassung 1958 von Charles de Gaulle gegen einen fragmentierten Parlamentarismus eingeläutet wurde. Im Sommersemester behandelte der Kurs die Problemstellung "Frankreich in der Welt", also die großen Umbrüche nach 1945 und 1989, die Transformation vom bipolaren zum uni- bzw. je nach Anschauung, multipolarem Weltsystem und die fünfzigjährige Entwicklung zur Europäischen Union - jeweils natürlich aus dem Blickwinkel Frankreichs. Neben diesen beiden Pflichtveranstaltungen gab es zwei Seminare zur Auswahl, zum einen ein einjähriger Sprachkurs zur kontinuierlichen Verbesserung der Französischkenntnisse und zum anderen ein Seminar über "Internationale Beziehungen", in dem eher praktisch als theoretisch ein Bogen vom Nahostkonflikt über die Rolle der UNO bis zu den asymmetrischen Konflikten (Terrorismus) gespannt wurde.

Philo à la française

Darüber hinaus waren die restlichen Lehrveranstaltungen völlig frei zu wählen, es konnte also beliebig aus dem Angebot von vier Jahren IEP das eigene "CEP-Menü" zusammengestellt werden. Ich habe zwei Jahreskurse zur "politischen Philosophie" gewählt, wo in einem Kurs ein Überblick beginnend bei der griechischen Polis über die drei Wellen der Modernisierung (Machiavelli 16. Jh., Hobbes 17. Jh., Rousseau 18. Jh.) und den Beginn der Massengesellschaft (19. Jh.) bis ins 20. Jahrhundert (Arendt, Habermas, Rawls) die Grundkoordinaten der politischen Philosophie und Theorie dargestellt wurden. Im anderen Philosophiekurs ging es um den Gegensatz von Egoismus und Altruismus aus der Perspektive der menschlichen Destruktivität. Darüber hinaus habe ich noch einige weitere Semesterkurse besucht.

Ein Auslandsjahr erhöht nicht nur die Fähigkeiten (und somit Möglichkeiten) auf sprachlichen und wissenschaftlichen Gebieten, sondern gibt auch die Gelegenheit zur persönlichen Weiterentwicklung über die Studienerfahrung hinaus. Wenn einmal diverse Probleme eigenständig in einem fremden Land gelöst werden können, sieht man später ähnliche Probleme eher als "Kleinigkeiten" an. Die Erfahrung, die ich in diesem Jahr gesammelt habe, hätte ich im eigenen Land nicht machen können, da die Entfernung einen anderen Blick zulässt. Insgesamt schaue ich auf ein schönes Jahr in Frankreich zurück.

Markus Wolschlager
Redaktionsmitglied und Student am ipw

Europa muss demokratisch werden

Die EU ist keine Demokratie. Warum?

Von Michael Hasenöhrl

Demokratie bedeutet, dass die Menschen ihre Gesetzgeber und Regierenden selbst bestimmen und dadurch die großen Züge der Entwicklung ihrer Gesellschaft steuern können. Konkret: Demokratie besteht in allgemeinen, freien, gleichen, geheimen, direkten, regelmäßig wiederkehrende Wahlen der Gesetzgeber und Regierenden.

Die EU ist undemokratisch, weil ihre Gesetzgeber und Regierenden nicht von den Menschen gewählt werden. Die Menschen Europas haben zwar das allgemeine, freie, geheime und periodische Wahlrecht, aber kein gleiches und kein direktes Wahlrecht.

Die Wähler sind ungleich: Es zählt nicht jede Stimme gleich viel, weil die kleinen Staaten unverhältnismäßig viele Abgeordnete stellen und die großen Staaten unverhältnismäßig wenige. Die Wahlkreise sind nicht also gleich groß, wie sie es sein müßten, sondern ganz verschieden groß. Ein britischer Wähler wird im Vergleich zu einem österreichischen Wähler benachteiligt, weil seine Stimme weniger wert ist als eine österreichische Stimme. Zu Recht sind Wähler in großen Staaten skeptisch gegenüber einem suprastaatlichen System, das sie ungleich behandelt. Das europäische Wahlrecht muss nach dem Prinzip One man - one vote reformiert werden: gleich große Wahlkreise oder zumindest Verteilung der Abgeordneten auf die Staaten strikt nach der Bevölkerungsgröße. Zur Berücksichtigung von Sonderinteressen der Staaten ist nicht das Parlament da, sondern der Rat, der wie in anderen Bundesstaaten als Senat oder Staatenkammer fungieren sollte.

Ungleich ist das (subjektive) Wahlrecht der Europäer weiter, weil es kein einheitliches (objektives) Wahlrecht gibt, sondern in jedem Staat nach einem gesonderten Wahlrecht gewählt wird. In Großbritannien z.B. wird nach dem Mehrheitswahlrecht gewählt, was dazu führt, daß die Stimme eines britischen Wählers, der für eine kleinere Partei stimmt, verloren ist, während die Stimme eines französischen Wählers, der für eine kleinere Partei stimmt, im Verhältniswahlrecht berücksichtigt wird. Bei ein und derselben Wahl werden Stimmen daher völlig unterschiedlich behandelt - ein eklatanter Verstoße gegen das gleiche Wahlrecht. Das europäische Wahlrecht muß daher vereinheitlicht werden. Die beste Methode dafür ist, das europäische Wahlrecht zu einer Kompetenz des Europaparlaments zu machen - wie es ja bei allen anderen Parlamenten selbstverständlich ist.

Die Menschen müssen bei der Wahl echte Alternativen haben; ein Wahlrecht, das dazu führt, dass regelmäßig nur zwei Großparteien mit ähnlichen Inhalten zur Wahl stehen, ist daher undemokratisch. Eine große Partei, die die Inhalte ihrer Gegner übernimmt und die Menschen damit ihrer alternativen Wahlmöglichkeit beraubt, ist undemokratisch. Das Wahlrecht muß sicherstellen, dass die Menschen in einem solchen Fall eine bestehende dritte Partei stärken können oder dass eine dritte Partei gegründet werden kann, die die alten Inhalte der ersten Partei vertritt und dabei faire Wahlchancen hat. Nur das Verhältniswahlrecht ist daher demokratisch, denn es gibt den Menschen reale Wahlalternativen und flexible Reaktionsmöglichkeiten auf veränderte Inhalte der Parteien.

Undemokratisch ist das derzeitige europäische Wahlrecht auch, weil die im Parlament agierenden Einheiten, die Fraktionen, nicht zur Wahl stehen. Zur Wahl stehen nur die nationalen Splitterdelegationen. Warum? Weil es kein einheitliches Wahlrecht gibt, keinen einheitlichen Wahlvorgang, nicht einmal einen einheitlichen Wahltag - und daher auch keine zur Wahl stehenden europäischen Parteien. (Eben dieses Wahlrecht ist auch der Grund dafür, dass die bisherigen EU-Wahlkämpfe zu einem Nebeneinander von nationalen Wahlkämpfen und nationalen Zwischen- und Testwahlen verkommen.) Demokratie verlangt aber, dass die Menschen eine reale Wahlmöglichkeit zwischen den handelnden Gruppen haben. Das europäische Wahlrecht muss also vereinheitlicht werden, und zwar so, daß die europäischen Parteien, die im Parlament agieren, kandidieren können. Die Menschen müssen die Möglichkeit erhalten, auf dem Wahlzettel europäische Parteien anzukreuzen, wenn Europa nicht eine Scheindemokratie bleiben soll.

Die Menschen haben in der EU kein direktes Wahlrecht, weil die von ihnen direkt gewählten Abgeordneten nicht die Gesetzgeber sind. Die Gesetze gibt der Rat, der mit seinen jeweiligen nationalen Wählerschaften nur über so viele Zwischenstufen verbunden ist, dass er von den Menschen faktisch nicht verantwortlich gemacht werden kann. Das Parlament hat nur ein Vetorecht in einem Teil der Kompetenzbereiche. Das ist für Demokratie zu wenig. Ein demokratisches Parlament muss das alleinige Gesetzgebungs- und Budgetrecht haben. Die EU muss demokratisiert werden, indem entweder die Gesetzgebung vom Rat auf das Parlament übertragen oder der Rat direkt gewählt wird. Mit diesem Punkt steht und fällt die ganze Demokratie, weil die Menschen die Richtung der Entwicklung ihrer Gesellschaft bestimmen können müssen, indem sie genau die Personen wählen und abwählen

können, die tatsächlich über die Gesetze bestimmen. Die tatsächlichen Gesetzgeber müssen von den Wählern direkt zur Verantwortung gezogen werden können.

Demokratie verlangt, dass die Menschen nicht nur ihre Gesetzgeber, sondern auch ihre Regierenden selbst bestimmen: entweder indem sie direkt einen Präsidenten wählen, der die Regierungsgeschäfte führt, oder indem das Parlament die Regierungsmitglieder wählt oder zumindest abwählen kann. Die Exekutive der EU besteht in der Kommission und den nationalen Regierungsapparaten. Die Kommission wird weder direkt von den Menschen gewählt noch vom Parlament gewählt noch sind ihre Mitglieder vom Parlament abwählbar. Das Parlament kann nur ein Veto gegen die Bestellung der Kommission einlegen oder die gesamte Kommission absetzen - ein so gewichtiger Schritt, dass das Parlament auch dann vor ihm zurückschrecken würde, wenn ein einzelner Kommissar sich unmöglich machen würde. Die Menschen in der EU können also praktisch keinen Einfluß darauf nehmen, wer ihre Regierenden sind. Demokratisierung bedeutet daher, entweder einen direkt gewählten europäischen Präsidenten als Chef der Exekutive einzuführen oder die Wahl und Abwahl der einzelnen Kommissare dem Parlament zu überantworten.

Die Demokratie in der EU ist heute auf dem Stand, den die englische im 12. Jahrhundert erreicht hatte. Wir wollen nicht noch einmal achthundert Jahre warten. Die EU muss demokratisiert werden. So schnell wie möglich.

Mag. Michael Hasenöhrl
(Diplomand am ipw)

SCHÖNE NEUE WELT

Von Corinna Windisch

New York, New York!! Dort begann unsere von Prof. Ingfrid und seinem Bruder Ingolf Schütz-Müller organisierte Studienreise: drei Wochen USA für 50 glückliche StudentInnen der Politikwissenschaft (Powi), Wien. New York-Washington-Williamsburg. So lautete die Reiseroute, auf der wir hautnah Orte des historischen und internationalen politischen Geschehens kennen lernen sollten. Fast drei Wochen, in denen wir miteinander in eine - für die meisten - neue Welt eintauchen durften.

Am 1. April 04 ging es los: Abflug in Wien Schwechat. Nach zehn Stunden landeten wir endlich in JFK. "The Big Apple" wartete auf uns! Tägliche Besuche im New Yorker United Nations (UN) Headquarter, bei denen wir den vielzähligen Briefings beiwohnen durften, standen auf dem Programm. An den Abenden und Wochenenden wurden der Times Square, der Broadway, das Metropolitan und das Guggenheim-Museum, Soho, China-Town, und vieles mehr unsicher gemacht.

Im Laufe der zwei Wochen im UN-Hauptquartier hatten wir die Chance von zum Teil sehr kompetenten und hoch stehenden Persönlichkeiten Insiderinformationen zu bekommen: Themenschwerpunkte waren die Millennium Development Goals - ökonomisch, ökologisch und soziale Zielsetzungen, die bis 2015 von den Mitgliedsstaaten der UN erfüllt werden sollen, Peace Keeping Operations mit aktuellen Diskussionen und Querverweisen zu Irak-Krieg, Terrorismus, Global Compact und Menschenrechten. Besondere Ehre wurde uns zuteil, als wir von Mr. Edward Mortimer, dem ersten Redenschreiber des Generalsekretärs der Vereinten Nationen, Kofi Annan, anlässlich des 20. Besuches der Wiener Powi-StudentInnen im New Yorker Headquarter begrüßt wurden.
In Washington konnten wir in die dunklen, unterirdischen Räumlichkeiten der Weltbank und des institutionellen Bruders Internationaler Währungsfonds eintreten und von offiziellen Referenten über ihre Aktivitäten erfahren.
Selbstverständlich konnten wir trotz der Distanz unser Ursprungsland nicht vergessen! Der Bezug zu Österreich wurde stets gepflegt: Zum einen haben wir das "Austrian Cultural Forum" besucht, wo wir durch eine ganz moderne fotografische Ausstellung geführt wurden, zum anderen waren wir bei der "Wirtschaftskammer Österreich" in New York. Wir haben erfahren, dass neben Red Bull, Österreichs Exportschlager chirurgische Nähseide ist. Wer hätte das gedacht? Und natürlich waren wir auch bei der österreichischen Botschaft in Washington, haben auch diverse ÖsterreicherInnen als Vortragende gehabt.
Ein wichtiger Bestandteil dieser Studienreise bestand auch darin, den StudentInnen zu zeigen, welche Ziele man erreichen kann und wie. Internships bei den verschiedenen Organisationen wurden einem wärmstens ans Herz gelegt, aber auch der Besuch der Long Island C.W. Post und vor allem der Columbia University sollten unseren Wissensdurst und unsere Freude an einem Masterprogramm fördern. Aufgrund des meist sehr offenen Auftretens der Vortragenden konnten viele von uns mit ihnen Kontakt aufnehmen und "Tipps" ergattern, wie man am besten zu einem begehrten Praktikum kommen kann, was natürlich einen weitaus tieferen Einblick in das Treiben der internationalen Organisationen gewähren würde.

Wir könnten aber keine unserer Umwelt bewussten PolitologInnen werden, wenn wir dem Leben, bzw. der Lebensweise der BewohnerInnen des Übersee-Kontinents nicht zumindest versucht hätten auf die Spur zu kommen! Neben eigenen, zum Teil sehr feinen Beobachtungen der dort einheimischen Bevölkerung in den großen Städten und anderen populären Schauplätzen (am Ende wurde uns aus natürlich rein wissenschaftlichen Gründen der Besuch eines Vergnügungspark, "Busch Gardens Theme Park", und zweier Outlets gewährt) durchfuhren wir die Insel Long Island, die zum Teil ein Indianerreservat ist, und besuchten die noch nach den Gesellschaftsregeln des 16. Jahrhunderts lebenden Amish-People. Sie führten uns "modernen" Menschen die Vorzüge eines Lebens nach der Moral und Sitte Gottes vor. Wir waren dennoch froh in unserem klimatisierten Bus in Washington anzukommen!

Voll bepackt mit Informationsmaterialien und Eindrücken, die von lautem Sirenengeheule rund um die Uhr über Menschengedränge bis zur hohen Politik reichten, kehrten wir mit einer kleinen Träne im Augenwinkel am 18. April in unsere schöne alte Welt zurück.

Persönlich habe ich die Studienreise extrem bereichernd gefunden, nicht nur, weil sie mir wieder einen ziemlich großen Ansporn gegeben hat weiterzumachen, mir Ziele vor Augen geführt hat und ich mit anderen Powi-StudentInnen sehr viel Zeit verbringen konnte, sondern auch, weil es drei höchst intensive Wochen des einmal ganz anderen Studierens waren - und das war einfach spannend! Wer die Möglichkeit dazu hat, soll sie nutzen und mitmachen!

Corinna Windisch
Studentin am ipw

Frauensache?

Ein aktuelles Studienbuch zur Geschlechterdimension in der Politikwissenschaft gibt Überblick.

Von Markus Wolschlager

Zwei Professorinnen unseres Instituts, Sieglinde Rosenberger und Birgit Sauer, haben im Mai heurigen Jahres in der Fachbuchreihe "UTB für Wissenschaft" einen Sammelband mit dem Titel "Politikwissenschaft und Geschlecht" herausgegeben. Die elf Texte sind in Form einer einheitlichen Strukturierung übersichtlich aufgebaut: Jeder Text bringt neben einer Darstellung der aktuellen politischen Relevanz zunächst einen Überblick über den Forschungsstand der Disziplin ("Mainstream") und anschließend eine Diskussion aus dem Blickwinkel der Geschlechterforschung. Der als Handbuch konzipierte Reader besticht vor allem mit der goldenen Mitte aus wissenschaftlicher Exaktheit und Verständlichkeit. Die im Studienband versammelten Texte treffen diese richtige Mischung, denn sie sind weder so langweilig wie ein Lexikon, noch so ausartend wie ein langer Essay. Zur Leseerleichterung wurden zentrale Begriffe einzelner Passagen fett gedruckt. Querverweise sowohl auf andere Texte innerhalb des Readers als auch auf das umfangreiche Glossar ermöglichen ein nachvollziehbares Lesen.

Begriffe verstehen

Die Texte des Readers behandeln die zentralen Begrifflichkeiten der Politikwissenschaft. Bei der Auswahl der Schlüsselbegriffe wurde unter anderem darauf geachtet, dass alle drei Politikbereiche abgedeckt werden:

Beim Polity-Bereich ("formale Organisation einer politischen Gemeinschaft") werden die Begriffe Macht, Herrschaft, Staat und Recht näher beleuchtet.

Im Feld der Politics ("Prozesse und AkteurInnen") sind die Begriffe Demokratie, Partizipation, Repräsentation, Interesse und Identität von Bedeutung.

Und im Policy-Bereich ("konkrete Inhalte politische Entscheidungen") werden beispielhaft die Bereiche Arbeit(steilung) sowie Krieg und Frieden besprochen.

Jeder dieser Begriffe und auch die direkt angrenzenden Themenfelder werden knapp und präzise dargestellt. Die Autorinnen diskutieren weniger Einzel- und Spezialthemen, sondern eben jeweils einen Überblick über die verschiedenen theoretischen Hauptzugänge zu einem Thema bzw. politikwissenschaftlich relevanten Schlüsselbegriff.

Eva Kreisky bietet in ihrem Text "Geschlecht als politische und politikwissenschaftliche Kategorie" einen Überblick zum Geschlechterbegriff an sich und erläutert dabei auch den Begriff des Begriffs (in Abgrenzung zu Kategorien oder Theorien). Kreisky analysiert den Paradigmenwandel von der traditionellen Frauenforschung (wo der Gegenstandsbereich auditiv in eine Wissenschaftsdisziplin einfach dazugenommen wird) zur feministischen Frauenforschung. Hier gibt es wiederum zwei Phasen: Zuerst fragen Forscherinnen in den 1970er und 80er Jahren nach Ursachen und politischen Mechanismen von Benachteiligung von Frauen. Erst in den 1980er und 90er Jahren kommt es zu einer Verschiebung und Erweiterung der Forschungsperspektiven von der Mikro- zur Makroebene, also hin zur Relevanz gesellschaftsstruktureller Bedingungen, und Kreisky zitiert dazu etwas weiter im Text auch den bekannten Ausspruch Simone de Beauvoirs: "Man kommt nicht als Frau zur Welt, man wird es", um in der Folge diesen Prozess des "Frau-Werdens" aus verschiedenen Blickwinkeln darzustellen.

Regina-Maria Dackweiler, Politikwissenschafterin an der FH-Bielefeld und Gastprofessorin am ipw von 1999 bis 2001, beschreibt in ihrem Text die Begriffe Wissenschaftskritik, Methodologie und Methoden, wo sie unter anderem die Differenz zwischen erklärenden und verstehenden Paradigma hervorstreicht. Die aktuelle Entwicklung geht in Richtung Triangulation, das ist die Verwendung von einander ergänzenden quantitativen und qualitativen Methoden.

Sabine Lang ist Professorin an der Henry M. Jackson School of International Studies an der University of Washington und beleuchtet in ihrem Text "Politik - Öffentlichkeit - Privatheit" einen beinahe "wunden Punkt" in der politikwissenschaftlichen Geschlechterforschung. Lang argumentiert, dass die heute so geläufige Unterscheidung von Privatheit und Öffentlichkeit sich erst im Zuge von Industrialisierung und politischer Moderne bildeten. In der Geschlechterforschung wird die Definition der Politik im Bereich des Öffentlichen vor allem deshalb kritisiert, weil damit oftmals eine Reduktion von Frauen im privaten Bereich mitgemeint ist. Lang zeigt in ihrem Text auf, wo Frauenforderungen wie "Das Private ist politisch" theoretisch zu verorten sind und welchen Einfluss der Begriff der Politik an sich auf die gender studies hat, denn die Autorin streicht gleich zu Beginn heraus, dass der Begriff der Politik einer der umstrittensten Konzepte der Moderne ist.

Die Professorin für Philosophie an der Tübinger Uni, Cornelia Klinger, geht in ihrem Text "Macht - Herrschaft -

Gewalt" der Frage nach, wie diese Begriffe zueinander stehen und welche Bedeutung sie einnehmen. Sie kommt nach einer sehr klar und verständlich formulierten Definition bzw. der Darstellung unterschiedlicher Definitionen, etwa anhand von Max Weber bis Michel Foucault, zu dem Schluss, dass heute der Herrschaftsbegriff in der Politikwissenschaft in den Hintergrund geraten ist.

Birgit Sauer fragt in ihrem Text "Staat - Institutionen - Governance" in einer Phase gegenwärtiger Entstaatlichung provokativ, ob der Staat denn nun tot sei. Zu Beginn der Frauenbewegung wurde der Staat als patriarchales Element kritisiert und abgelehnt. Sauer plädiert in ihrem Text dafür, die Kategorie Staat theoretisch zu hinterfragen anstatt voreilig über Bord zu werfen und den Staat als einen Raum der Debatte zu bewahren. Dabei geht sie auch auf die Transnationalisierungsproblematik und global governance ein.

Barbara Holland-Cunz, Politologin in Gießen, erläutert die drei Begriffe Demokratie, StaatsbürgerInnenschaft und Partizipation und geht in der Geschlechterperspektive auf die Paradigmenwechsel der letzten Jahrzehnte ein. Zum Abschluss ihres Textes diskutiert sie die Entwicklungen im Zuge der Transnationalisierung der Demokratie durch die Globalisierung und schließt trotz negativer Stimmen (etwa von Hardt und Negri im breit diskutierten "Empire"-Buch) mit einer positiven Zukunftshoffnung auf eine transnationale StaatsbürgerInnenschaft.

Die Politikwissenschafterin Sibylle Hardmeier von der Universität Zürich konzentriert sich in ihrem Text auf den Repräsentationsbegriff und beschreibt die Mechanismen von "Vertretungspolitik". Die Thesen bzw. Forderungen von Frauenbeteiligung in Eliten werden kritisch hinterfragt.

Sieglinde K. Rosenberger beschreibt das Begriffspaar Interesse und Identität in ihrer politikwissenschaftlichen und geschlechterpolitischen Relevanz. Zwei VertreterInnen der Berkeley-Universität werden gegenwärtig dazu breit rezipiert: Manuel Castells mit seinen Thesen zur Informations- und Netzwerkgesellschaft, wo sich die Gruppen- und Individual-Identitäten verändern und Judith Butler, die als Foucault-Kritikerin die Kategorie des sozialen (und auch biologischen) Geschlechts in Frage stellt.

Ute Behning ist wissenschaftliche Assistentin am Institut für höhere Studien (IHS) und widmet sich dem Themenfeld Arbeit und Arbeitsteilung und ihrer wohlfahrtsstaatlichen Konzeption im Hinblick auf die Trennung von bezahlter und unbezahlter Arbeit. Verschiedene Ansätze stellen die Fragestellung rund um "bezahlte Hausarbeit" in ihren pro und contras dar.

Gabriele Wilde von der Bergischen Universität Wuppertal stellt den Zusammenhang von Politik und Recht in einem Spannungsverhältnis dar, um weiters auf die geschlechterzentrierten Paradigmen einzugehen. Wilde sieht das Recht als Grenze, Bedingung und zugleich als Resultat von Politik an.

Cilja Harders ist Juniorprofessorin für Politikwissenschaft in Bochum und versucht in ihrem Text "Krieg und Frieden in den internationalen Beziehungen" die jeweils männlich und weiblich aufgeladenen Kategorien von Krieg und Frieden sichtbar zu machen. Auch in diesem abschließenden Text des Studienbandes ist deutlich die Handschrift und das Konzept der Herausgeberinnen zu erkennen, da alle Begriffe in einer klaren, knappen und verständlichen Sprache dargestellt werden, bevor die Geschlechterdimension als Folie hinzugenommen wird.

Markus Wolschlager
Redaktionsmitglied und Student am ipw

Sieglinde K. Rosenberger, Birgit Sauer (Hg.): Politikwissenschaft und Geschlecht. Konzepte - Verknüpfungen - Perspektiven.
WUV Universitätsverlag, Wien, 2004. (Reihe UTB für Wissenschaft, Band 2478); 314 Seiten, broschiert,
 23,60

Reaktion auf Martin Mittersteiners Artikel "Unter Hakenkreuz und Titostern - Eine Wanderausstellung erhitzt die Gemüter in Kärnten und Slowenien" in Politix 16/04, S.34:

Die Unmöglichkeit von Neutralität angesichts der Fakten

Eine Verteidigung der jugoslawischen PartisanInnen

Von Matthias Falter

Martin Mittersteiner berichtete in der vorletzten Ausgabe von POLITIX (16/04) über die Kärntner-slowenische Wanderausstellung "Unter Hakenkreuz und Titostern" und übersah dabei Grundsätzliches.

Schon der Titel dieser Ausstellung lässt Schlimmes erahnen. Mit der zumindest impliziten Gleichsetzung von Nationalsozialismus und Kommunismus bewegen sich die OrganisatorInnen und BefürworterInnen im verschleiernden Feld der unsäglichen Totalitarismustheorie. Die graphische Gestaltung der Homepage bringt dies mittels der visuellen Überschneidung von Hakenkreuz und rotem Stern unmittelbar zum Ausdruck.(1) Dies zeigt sich auch im entlarvenden Untertitel: "Eine bilaterale Konfrontation mit nationalen Feindbildern, totalitären Ideologien und Parteidiktaturen am Beispiel Kärnten und Slowenien."
Nun scheint sich die Ausstellung vorerst scheinbar von Kärntner Zuständen angenehm abzuheben, da auch die Verbrechen des Nationalsozialismus in Kärnten thematisiert werden. Angesichts der kulturellen Hegemonie des Kärntner Heimatdienstes (KHD), der hinter jedem Minderheitenrecht "slowenische Kommunisten und Nationalisten" vermutet, ist dies wahrscheinlich wirklich als Positivum zu vermerken. Trotzdem erscheint die Intention der Ausstellung als ein Zugeständnis an nationalistische Geschichtsschreibung. Mit der Gleichsetzung von nationalsozialistischer Vernichtungspolitik und "kommunistischem Partisanenterror" bleiben die AusstellungsmacherInnen offensichtlich kläglich auf halbem Weg aus dem braunen Sumpf des österreichischen Geschichtsrevisionismus stecken.
Am 6. April 1941 überfällt Deutschland ohne Kriegserklärung Jugoslawien. Bei der Bombardierung von Belgrad sterben mehr Menschen als in Warschau, Rotterdam und Coventry zusammen.(2) Nach der Kapitulation Jugoslawiens am 18. April 1941 wird in Kroatien ein Satellitenstaat unter der Führung der faschistischen Ustascha installiert, Serbien wird unter deutsche Militärverwaltung gestellt und Slowenien unter Deutschland und Italien aufgeteilt. Unmittelbar nach der Besetzung beginnen die deutschen Behörden, insbesondere unter Mitwirkung der Wehrmacht, mit der Deportation von ZwangsarbeiterInnen und der Verfolgung von KommunistInnen, Juden und Jüdinnen. Gleichzeitig bilden sich in Jugoslawien die ersten bewaffneten Widerstandsorganisationen in einem vom Dritten Reich überfallenen Land. Neben den großserbischen, nationalistischen und antidemokratischen Tschetniks, die jedoch ab 1944 großteils auf deutscher Seite kämpften(3), sind es vor allem die kommunistischen PartisanInnen unter Tito(4), die militärischen Widerstand leisten. Aufgrund deren Erfolge, auf die die Nationalsozialisten mit grausamen Sühnemaßnahmen unter der Zivilbevölkerung antworten, wird der Nimbus der deutschen Wehrmacht schon vor Stalingrad beträchtlich angekratzt. Auch in Kärntner Gebieten operieren PartisanInnengruppen. Ehemalige Mitglieder und HelferInnen der PartisanInnen, z.B. Johanna Sadolschek besser bekannt unter dem Namen Zala, werden heute noch in Kärnten als "LandesverräterInnen" gebrandmarkt.(5)
Martin Mittersteiner schreibt in KHD-Diktion von den "zahlreichen Verhaftungen und Verschleppungen" durch PartisanInnen, "die meist den sicheren Tod bedeuteten". Auch wenn davon unglücklicherweise auch NichtnationalsozialistInnen betroffen waren, so wurden viele aus gutem Grund verhaftet. Der bedauerliche Tod einiger weniger wird dem systematischen Massenmorden der Nazis, "Revolutions- und Partisanenterror" der Vernichtungspolitik des Nationalsozialismus unkommentiert gegenübergestellt. Die Aufforderung Mittersteiners, "mit offenen Augen durch die Welt zu gehen und ethnische Vielfalt als Chance und nicht als Bedrohung zu sehen", unterstellt in diesem Kontext den PartisanInnen implizit, KärntnerInnen aufgrund ihrer Herkunft getötet zu haben. Es waren aber nicht die PartisanInnenverbände, die eine Politik des Genozid verfolgten, was aufgrund der kommunistischen Orientierung und der folgenden Politik Titos ja völlig irrsinnig wäre, sondern die NationalsozialistInnen, die die Vernichtung der Juden und Jüdinnen, der Roma und Sinti und in Folge auch der "slawischen Untermenschen" planten und aktiv vorantrieben. Genau dieser Vernichtungspolitik wurde von den Alliierten mit Hilfe der PartisanInnen und anderen WiderstandskämpferInnen militärisch ein Ende bereitet.
Dass die Ausstellung zweisprachig ist und von der Kärntner Landesregierung unter Jörg Haider nicht unterstützt wurde,

macht sie angesichts dieser transportierten Inhalte nicht besser. Und der Hinweis auf das "mutige" Handeln des Villacher SP-Bürgermeisters, die Ausstellung nach Kärnten zu holen, kostet angesichts der Vergangenheit der Kärntner SPÖ, deren Minderheitenpolitik(6) und der aktuellen Koalition mit der FPÖ nur ein müdes Lächeln.

Die Ausstellung befindet sich mitten im vergangenheitspolitischen Mainstream der postnationalsozialistischen Volksgemeinschaft, die zwar die Verbrechen der NationalsozialistInnen und ihrer HelferInnen angesichts ihrer Beispiellosigkeit nicht gutheißen kann, im nächsten Atemzug jedoch immer gleich auf die "Verbrechen" der Alliierten zu sprechen kommt. Dresden, Hamburg und auch die Ereignisse in Kärnten im Mai 1945 werden so zu Quellen nationaler Identitätsfindung, die dort weitermacht, wo sie aufgehört hat, beim Opfermythos. Waren es vor 1945 noch "das Judentum", "westliche Plutokratien" und der "jüdische Bolschewismus", die das eigene zur Volksgemeinschaft zusammengeschweißte Kollektiv bedrohten, so stilisiert man sich nach der militärischen Zerschlagung des Nationalsozialismus einerseits zum Opfer des "Verführers Hitler" und andererseits zum "Opfer der Alliierten". Wo es nur mehr Opfer gibt, verschwinden die TäterInnen im diffusen Nebel des Opfermythos, der so auch fast sechzig Jahre später noch fröhliche Urständ' feiert. Wer sich mit solch einem wahnhaften Eifer auf die "Verbrechen der anderen" stürzt, muss einiges zu verbergen haben. Von dieser Einebnung können nur die TäterInnen und deren Nachkommen profitieren.(7)

Der bewaffnete Kampf der PartisanInnen wird 1945 als eigener Beitrag Österreichs zur Befreiung dargestellt und somit die Position in den Verhandlungen über die Unabhängigkeit stark verbessert. Ein Beitrag, der nie wirklich gewürdigt worden ist, schon gar nicht von Kärntner offizieller Seite, die lieber gefallener "Kriegshelden" auf dem Ulrichsberg gedenkt.

Genau in der scheinbaren, von der Ausstellung in Anspruch genommenen Objektivität und Neutralität liegt die Tendenz zur Verharmlosung des Nationalsozialismus und des Vergessens. Neutralität, so schreibt Raul Hilberg, ist eine "Nullmenge, die in einem ungleichen Kampf dem Stärkeren zugute kommt".(8) Die antifaschistischen jugoslawischen und Kärntner PartisanInnen verdienen daher aufgrund ihres Beitrags zur militärischen Niederlage des Nationalsozialismus die volle Solidarität und Dankbarkeit.

Matthias Falter
Student am ipw und aktiv in der StRV Powi

1 Online unter http:// http://gostje.kivi.si/total/ [06.08.2004].

2 Manoschek, Walter: "Serbien ist judenfrei." Militärische Besatzungspolitik und Judenvernichtung in Serbien 1941/42, München, 1995, 2.Auflage, S.18f.

3 Ebd., S.119.

4 Erwähnenswert ist auch das im Vergleich ungewöhnlich fortschrittliche Frauenprogramm der KPJ unter Tito, das 1940 verabschiedet wurde (vgl. Strobl, Ingrid: "Sag nie, du gehst den letzten Weg." Frauen im bewaffneten Widerstand gegen Faschismus und deutsche Besatzung, Frankfurt am Main, 1995, S.75).

5 Vgl. u.a. Berger, Karin et al. [Hg.]: Der Himmel ist blau. Kann sein. Frauen im Widerstand. Österreich 1938-1945, Wien, 1985, S.122-141.

6 Vgl. dazu Obid, Viva/Mirko Messner/Andrej Leben: Haiders Exerzierfeld. Kärntens SlowenInnen in der deutschen Volksgemeinschaft, Wien, 2002.

7 Vgl. Götz, Judith/Bernhard Wernitznig: Aufklärung als AnTITOtalitarismus, in: Context XXI 8/2003-1/2004, S.16-17.

8 Hilberg, Raul: Die Vernichtung der europäischen Juden, Frankfurt am Main, 1999, 9.Auflage, S.324.

Wanderausstellung "Unter Hakenkreuz und Titostern"

SCHWARZ|WEIß-Malerei

Reaktion auf die Kritik von Matthias Falter

Von Martin Mittersteiner

Ich danke Matthias Falter für die Kritik an meinem Artikel, muss ihm aber in einigen Punkten widersprechen:

Es ist richtig, dass die implizite Gleichsetzung von Nationalsozialismus und Tito-Kommunismus im Titel und Logo der Ausstellung äußerst kritikwürdig ist, da die Verbrechen, die unter Tito begangen wurden selbstverständlich nicht auf eine Ebene mit dem systematischen Genozid unter Hitler gestellt werden können. Die Ausstellung selbst tut das auch nicht. Es werden historische Ereignisse der Alpe-Adria-Region gezeigt, die bis heute von weiten Teilen der Bevölkerung nicht aufgearbeitet wurden und deshalb zu Spannungen unter den Volksgruppen führen: Kärntner Abwehrkampf und Volksabstimmung, Deportationen und Massenvernichtung durch NationalsozialistInnen, Widerstandskampf der PartisanInnen, Partisanenterror und Verbrechen unterm Tito-Kommunismus. Dabei wird ganz klar deutlich, dass die NS-Massenvernichtungen mit Abstand das grausamste Verbrechen dieser Zeit waren und mit keinem anderen Ereignis gleichzusetzen sind. Es wird aber auch gezeigt, dass die PartisanInnen nicht nur antifaschistische WiderstandskämpferInnen waren, die einen wichtigen Beitrag für den Fall des Dritten Reiches leisteten, sondern auch Verbrechen begangen haben. Schwarz-Weiß-Malerei, wie sie Falter in seinem Beitrag betreibt, ist eindeutig fehl am Platz.
Meiner Meinung nach übersieht (oder verschweigt) Matthias Falter Grundsätzliches: TitopartisanInnen und der Kommunismus in Jugoslawien bedeuteten nicht nur Kampf gegen und Sieg über den Nationalsozialismus, sondern auch zahlreiche Verbrechen an der Zivilbevölkerung. So kehrte nach der Kapitulation Deutschlands im kommunistischen Jugoslawien keineswegs Ruhe ein: im slowenischen Gebiet wurden in den ersten Wochen nach Kriegsende mehr Menschen ermordet als in den vier Kriegsjahren davor, der Großteil der deutschsprachigen Bevölkerung vertrieben...

Falter kritisiert an der "postnationalsozialistischen Volksgemeinschaft" in Österreich, dass ein Anerkennen der Verbrechen des Nationalsozialismus allzu oft nur mit dem Hinweis auf die Verbrechen der Alliierten stattfindet. Diesen Kritikpunkt habe ich in meinem Artikel im Hinblick auf Kärntner NationalistInnen und PartisanInnen auch angeführt.
Wie Falter von meinem Appell, ethnische Vielfalt als Chance und nicht als Bedrohung zu sehen, ableitet, ich würde den PartisanInnen Genozid vorwerfen, ist mir rätselhaft. Diese Aussage bezieht sich auf die schwierigen Verhältnisse heute. Noch immer belastet die unzureichend aufgearbeitete Geschichte das Verhältnis der Volksgruppen und der Nachbarländer Slowenien und Kärnten (siehe Ortstafel-Streit). Ich bin der Meinung, dass es an der Zeit ist, endlich aufeinander zuzugehen und die Chancen im erweiterten Europa zu nutzen, anstatt irrationale Ängste zu schüren wie etwa der KHD mit seiner Anti-Ortstafel-Kampagne.
Umso mehr entsetzt es mich, von Falter in KHD-Nähe gerückt zu werden. Das weise ich entschieden zurück, weil die Positionen des KHD absolut nicht mit meinen Werten und Einstellung in Einklang gebracht werden können: Der KHD verhindert das harmonische Miteinander der Volksgruppen, indem er irrationale Feindbilder vom slowenischen Volk schürt, außerdem vertritt er rechtsextreme Positionen wie das Ablehnen von Entschädigungszahlungen an NS-Opfer. Die Erinnerungskultur des KHD konzentriert sich nur auf PartisanInnenverbrechen und klammert die grausamen Verbrechen des Nationalsozialismus oft aus. Ich lehne Rechtextremismus und einseitige Geschichtsbetrachtung ab. Eben weil die Ausstellung die Geschichte der Region Slowenien-Kärnten nicht einseitig betrachtet, finde ich sie so empfehlenswert.

Die Ausstellung wurde in Slowenien und Kärnten von Partisanenverbänden, KommunistInnen, und (Deutsch)Nationalen Heimatverbänden kritisiert: wohl weil u.a. mit Heldenmythen auf beiden Seiten aufgeräumt wird. Wer mit offenen Augen durch die Ausstellung geht, wird weder "Kriegshelden" auf dem Ulrichsberg gedenken, noch ein rein positives Bild von den PartisanInnen und dem Tito-Kommunismus aufrecht erhalten können.
Ich lade Matthias Falter ein, sich noch einmal die online-Version der Ausstellung anzusehen: Es wird ihm unmöglich sein, zu behaupten, die NS-Verbrechen würden "heruntergespielt" und die Verbrechen der Partisanenbewegung "aufgebauscht". Ich stimme Falter zu, dass den PartisanInnen für ihren antifaschistischen Widerstand Dank und Anerkennung gebührt. Aber sollen die Verbrechen der PartisanInnen und der Tito-KommunistInnen deshalb verschwiegen werden? Ich glaube nicht. Die Welt ist nicht Schwarz-Weiß - in der Zeit rund um den Zweiten Weltkrieg war sie das schon gar nicht.

Für weitere Diskussionen zum Thema bin ich gerne bereit, bitte eMail an: schnirdl@yahoo.com

Website der Ausstellung "Unter Hakenkreuz und Titostern":
http://gostje.kivi.si/total/
Website des KHD (Kärntner Heimatdienst):
www.khd.at
Politix Nr 16 (mit Originalartikel zur Ausstellung) online:
http://www.univie.ac.at/politikwissenschaft/politix.html

Martin Mittersteiner
Redaktionsmitglied und Student am ipw
Autor des Artikels zur Wanderausstellung in Politix 16/04